

# Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

**1973**

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

**AUGUST**

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



## INHALT

<b>Bevölkerung 1972 - 1990</b>	205	Seit 1966 führen die Statistischen Landesämter und das Bundesamt Bevölkerungsvorausschätzungen durch, denen einheitliche Annahmen und Verfahren zugrunde gelegt werden. Um Alternativen der möglichen zukünftigen Bevölkerungsentwicklung aufzuzeigen, wurden im Rahmen der 4. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung vier Modelle erstellt.
<b>Einkommensniveau der Arbeitnehmer in regionaler Gliederung</b>	210	Im Zusammenhang mit den Bemühungen der Neuabgrenzung der Fördergebiete wurden die Einkommensunterschiede der Arbeitnehmer in regionaler und branchenmäßiger Differenzierung analysiert und mit den wichtigsten Eckwerten der Volkszählungsergebnisse kombiniert.
<b>Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich</b>	217	Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit wurde im Bundesgebiet in den 60er Jahren zum Teil durch Faktoren bestimmt, die in allen Ländern wirksam waren. In bestimmten Sektoren ist der Wachstumsprozeß jedoch unterschiedlich verlaufen. Hervorstechendes Merkmal ist dabei ein offensichtlicher Trend in Richtung Süden der Bundesrepublik.
<b>Ernteaussichten für 1973</b>	220	Mit diesem Beitrag werden für die wichtigsten Fruchtarten die zu erwartenden Erntemengen angegeben. Da solche Prognosen überwiegend anhand von Vorschätzungen und allgemeinen Beurteilungen gestellt werden, sind sie insbesondere im Hinblick auf den künftigen Wetterablauf mit einigen Unsicherheiten verbunden.
<b>Öffentliche Schulden 1972</b>	224	Als eines der wichtigen Elemente der antizyklischen Finanzpolitik ist die Koordinierung der Kreditaufnahme durch die Gebietskörperschaften Teil des kürzlich beschlossenen Stabilitätsprogramms.
<b>Fremdenverkehr 1972</b>	229	Im Rahmen der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur wird in Rheinland-Pfalz der staatlichen Förderung des Fremdenverkehrs eine hohe Priorität eingeräumt. Die vorliegende Analyse der Entwicklung des Angebots und der Nachfrage nach Übernachtungsmöglichkeiten in Rheinland-Pfalz dürfte daher besonderem Interesse begegnen.
<b>Straßen und Parkflächen 1971</b>	233	Zur Bewältigung des in den letzten Jahren stark angestiegenen Kraftfahrzeugverkehrs mußte das Straßennetz in Rheinland-Pfalz nicht nur vergrößert, sondern auch erheblich verbessert werden. Die Ergebnisse der Straßenbestandsaufnahme von 1971 bringen einige interessante Angaben über das Ausmaß der Veränderung.
<b>Anhang</b>	49*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	55*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes



### Hauspersonal und Zweitwohnungen gar nicht so selten

Im Grundinterview zu der über das ganze Jahr 1973 laufenden Einkommens- und Verbrauchsstichprobe bei privaten Haushalten war unter anderem auch danach gefragt worden, ob Haushaltsmitglieder irgendwo über eine Zweitwohnung, etwa ein Ferien- oder Wochenendhaus verfügen und ob der Haushalt täglich oder stundenweise familienfremdes Personal zur Pflege der Wohnung oder zur Betreuung von Haushaltsmitgliedern beschäftigt. Wenngleich diese sehr allgemein gestellten Fragen keine Spezifizierung der Antworten zulassen, beispielsweise eine Gliederung nach Art der Zweitwohnung oder nach Reinigungs-, Krankenpflege-, Kinderbetreuungspersonal, so gestattet doch allein die Beantwortung mit Ja oder Nein in Kombination mit der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes und dem monatlichen Nettoeinkommen des Haushalts recht interessante Feststellungen.

Von den insgesamt befragten 3 093 Haushalten gab immerhin jeder 25. an, daß mindestens eines seiner Haushaltsmitglieder über eine Zweitwohnung verfüge, wobei die Frage in Haushalten von Angestellten, Beamten und gewerblich oder freiberuflich Selbständigen häufiger mit Ja beantwortet wurde als in solchen von Landwirten, Arbeitern oder Nichterwerbstätigen. In der Staffelung nach Einkommensgruppen ergibt sich ein ganz kontinuierliches Verlaufsbild: Während bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 800 DM eine Zweitwohnung nur von jedem 50. Haushalt bestätigt wird, trifft das für jeden 16. Haushalt mit einem Einkommen von über 1 800 DM zu; prozentual sehen die Werte für die fünf Einkommensgruppen unter 800, bis 1 200, 1 500, 1 800 und über 1 800 DM so aus: 2,0 - 2,2 - 3,3 - 4,5 - 6,3.

Im Zeichen einer Überbeschäftigung und dem hierfür typischen Arbeitskräftemangel namentlich im Dienstleistungsbereich ist die Feststellung bemerkenswert, daß jeder 16. Privathaushalt familienfremdes Hauspersonal täglich oder doch zumindest stundenweise beschäftigt, von den Haushalten Selbständiger sogar jeder fünfte. Mit wachsendem Einkommen steigt im übrigen auch der Anteil der Haushalte, die bezahlte Hilfe in Anspruch nehmen, von 2,9 auf 12,7%, ku

### Ungünstigere Bevölkerungsentwicklung

Selbst bei Eintreffen der optimistischen Annahmen, die der 4. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung zugrunde gelegt wurden, wird in den 70er und 80er Jahren die Bevölkerungsentwicklung des Landes Rheinland-Pfalz einen ungünstigeren Verlauf nehmen als in der Vergangenheit. Eine mögliche Zunahme der Einwohnerzahl kann nur durch Wanderungsgewinne erzielt werden, denn die natürliche Bevölkerungsbewegung wird in den nächsten Jahrzehnten nur einen negativen Beitrag leisten. Bleiben die Wanderungsgewinne aus, so wird aufgrund von Sterbeüberschüssen die Bevölkerung sogar abnehmen.

Geschlechterrelation und Altersstruktur werden in der Zukunft starken Veränderungen unterworfen sein. Der Frauenüberschuß, der sich gegenwärtig bei 1 000 Knaben und Männern auf 92 Mädchen und Frauen beläuft, wird bis zum Jahre 1990 auf 29 zurückgegangen sein. Während in demselben Zeitraum der prozentuale Anteil der unter 15jährigen Kinder der Gesamtbevölkerung abnimmt und der der alten, über 65jährigen Leute konstant bleibt, ist für den

Anteil der Menschen, die im erwerbsfähigen Alter stehen, eine Zunahme zu erwarten. Der sogenannte Rentenberg wird bereits in gut zehn Jahren überwunden sein. ju

Mehr über dieses Thema auf Seite 205.

### Gestorbenenüberschuß nimmt rapide zu

Am Ende des 1. Vierteljahres 1973 hatte Rheinland-Pfalz 3 693 000 Einwohner. Mit 2 700 Personen lag das Bevölkerungswachstum um 600 über der Zunahme im 1. Quartal des Vorjahres.

In weit stärkerem Maße als 1972 wurde das Wachstum von dem positiven Wanderungssaldo (+ 5 200) bestimmt. Die Zahl der Geborenen ging gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 12% auf 9 250 zurück. Bei fast konstanter Gestorbenenanzahl bedeutet das eine weitere Verschlechterung der natürlichen Bevölkerungsbilanz. Der Gestorbenenüberschuß (2 500) übertraf den des Vergleichs-vierteljahres um mehr als 1 100 und kam bereits bis auf 400 an die für das gesamte Vorjahr registrierte Zahl (2 900) heran.

Nur in den drei Land-Kreisen Trier-Saarburg, Germersheim und Pirmasens überwog die Zahl der Geborenen die der Gestorbenen geringfügig. Durch den in den meisten Kreisen positiv ausgefallenen Wanderungssaldo konnte jedoch die Hälfte der Kreise ihre Bevölkerungszahl erhöhen. Insgesamt betrachtet kam die Zunahme fast ausschließlich den Landkreisen zugute. ju

### 1972: Positive Wanderungsbilanz von fast 15 000 Personen

Innerhalb des Landes Rheinland-Pfalz wechselten im Jahre 1972 etwas mehr als 125 000 Personen ihren Wohnsitz. Zusammen mit den 125 000 Zuzügen und 110 000 Fortzügen über die Landesgrenzen ergab das ein Wanderungsvolumen von 360 000 oder 98 Fälle auf 1 000 Einwohner; diese Mobilitätsziffer entspricht dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre.

Die männliche Bevölkerung beteiligte sich weitaus stärker als die weibliche an den Wanderungen (118 bzw. 80 auf 1 000 Einwohner). Die Differenzierung nach dem Alter zeigt einen deutlichen Schwerpunkt bei den 20- bis 35jährigen.

Im Bevölkerungsaustausch mit den anderen Bundesländern war ein Wanderungsverlust von 1 300 Personen zu verbuchen, der in erster Linie auf die negativen Salden mit den angrenzenden Ländern Hessen (— 3 100) und Baden-Württemberg (— 1 500) zurückzuführen ist. Aus der DDR kamen 600 Personen, aus den Oder-Neiße-Gebieten 350 Personen mehr als dorthin zogen. Da aus dem Ausland fast 36 000 Personen zuzogen, denen nur 23 000 Fortzüge gegenüberstanden, ergab sich insgesamt eine positive Wanderungsbilanz von nahezu 15 000 Personen.

Die größte Anziehungskraft - gemessen an der Zahl der Zuzüge - hatten Gemeinden mit 5 000 bis 20 000 Einwohnern (83 Zuzüge auf 1 000 Einwohner), gefolgt von den Großstädten (73); relativ wenige Zuzüge (56) waren in den kleineren Gemeinden zu verzeichnen. Während in den Gemeinden unter 5 000 Einwohnern mehr als die Hälfte der Zugezogenen aus anderen rheinland-pfälzischen Orten kamen, nahmen in den Städten die Zuzüge aus den übrigen Bundesländern und dem Ausland den ersten Rang ein. Bei zwei Dritteln der kreisfreien Städte und Landkreise überwogen die Zuzüge die Fortzüge. Stärkere Wanderungsverluste gab es nur im Raum Pirmasens/Zweibrücken. ju



**13,2% mehr Abiturabsolventen**

Im März 1973 befanden sich 6 613 Abiturienten in den rheinland-pfälzischen Gymnasien. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich damit die Anzahl der vor der Reifeprüfung stehenden Schüler um 738 bzw. 12,6%, wobei die Anzahl der Mädchen um 21,4% und die der Jungen um 6,6% stieg. Aus diesen unterschiedlichen Steigerungsraten folgt eine wesentliche und begrüßenswerte Nivellierung der Geschlechterstruktur: 1972 kamen 67 Mädchen und jetzt 76 auf 100 Jungen.

3,3% der Schüler (1972: 4,1%) bestanden die Reifeprüfung nicht. Die Durchfallquote der Mädchen betrug 2,0% und die der Jungen 4,3%. Im Schulversuch der Mainzer Studienstufe lag die Durchfallquote um einen Prozentpunkt unter dem Landesschnitt.

Nach der Reifeprüfung wurden die 6 366 (13,2% mehr als im Vorjahr) Abiturabsolventen nach ihren Berufsabsichten befragt: 30% nannten Lehrerberufe, 52% sonstige akademische Berufe, 8% sonstige nichtakademische Berufe und 10% waren noch unentschieden. Ähnlich war es im Vorjahr. Interessant ist dabei, daß die Schüler der Oberstufe im Februar 1973 (im Rahmen der bundeseinheitlichen Abiturientenbefragung) zu 24% den Lehrerberuf und zu 64% einen sonstigen akademischen Beruf als Berufsziel angegeben hatten. se

**10% mehr Berufsfachschüler 1972/73**

Der Bereich der Berufsfachschulen umfaßte im Schuljahr 1972/73 177 Schulen (1971/72: 171), an denen 15 516 Schüler (14 107) unterrichtet wurden. Bezüglich der Fachrichtung der Schulen ist keine wesentliche Veränderung in der Geschlechterrelation der Schüler zu erkennen. Die kaufmännischen Schulen wurden zu 52% von Schülerinnen frequentiert, gewerbliche zu 7% und hauswirtschaftliche bzw. Kinderpflegesschulen zu 100%. 69% aller Berufsfachschüler besuchten kaufmännische, 17% hauswirtschaftliche, 11% gewerbliche Schulen und 3% Kinderpflegesschulen.

Die derzeitige relative Beliebtheit der jeweiligen Fachrichtung kann an der Struktur der Schüler gemessen werden, die sich 1972/73 im ersten Schuljahrgang befanden: Von 8 792 (1971/72: 8 712) Schülern waren 65% in kaufmännischen, 18% in hauswirtschaftlichen, 12% in gewerblichen Schulen und rund 5% in Kinderpflegesschulen. Gegenüber dem Vorjahr ergaben sich keine Strukturverschiebungen. se

**Über 87 Mill. DM für Jugendhilfemaßnahmen 1972**

Im Berichtsjahr wurden 22 227 Amtspflegschaften erfaßt, während die Zahl der unter Pflegeaufsicht stehenden Minderjährigen und die der Amtsmündel - sie sind seit der Reform des Nichteheleichenrechts erheblich zurückgegangen - nur 2 846 bzw. 6 033 ausmachte. Bei den Erziehungsmaßnahmen fallen etwa zwei von drei Minderjährigen unter die Form der Freiwilligen Erziehungshilfe; 644 (37%) sind durch gerichtliche Anordnung in Fürsorgeerziehung eingewiesen worden. Unter den 4 468 Einrichtungen waren 1 559 für Kinder bestimmt (1971: 1 494).

Die Ausgaben für Jugendhilfemaßnahmen stiegen um 17% auf 87 Mill. DM. Für Kindertagesstätten wurden allein 27 Mill. DM ausgegeben (1971: 22 Mill. DM). Die Träger der freien Jugendhilfe erhielten für diesen Zweck 17 Mill. DM. hä

**Stärkere Verschuldung der kleineren Gemeinden**

Die öffentliche Verschuldung nahm 1972 weiter stark zu. Die Schulden des Landes und der Gemeinden (Gv.) stiegen gegenüber Ende 1971 um 13,5% auf 8 366 Mill. DM. Die kommunalen Schulden erreichten ein Volumen von 4 876 Mill. DM (+ 14,4%); ihr Anteil an den gesamten öffentlichen Schulden erhöhte sich damit auf 58,3%. Die Schulden des Landes beliefen sich zum Jahresende auf 3 490 Mill. DM (+ 12,3%). Die Schuldenaufnahme der Gebietskörperschaften übertraf mit 1 641 Mill. DM den hohen Vorjahresbetrag. Verglichen mit dem Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1970 hat sich die Kreditaufnahme in den beiden letzten Jahren etwa verdoppelt.

Banken und Sparkassen verstärkten ihre führende Position als Gläubiger der öffentlichen Hand. Ende 1972 entfielen auf diese Gläubigergruppe 1 413 Mill. DM (40,5%) der Schulden des Landes und 3 929 Mill. DM (80,6%) der kommunalen Verschuldung. Dagegen gingen die Schulden sowohl des Landes als auch der Gemeinden bei anderen Gebietskörperschaften zurück.

Im kommunalen Bereich zeichnen sich zwei bemerkenswerte Entwicklungen ab. Der Anteil der Verschuldung für unrentierliche Zwecke stieg seit 1968 von 46,0% auf 54,8%; dies bedeutet eine wachsende Belastung der Haushalte durch den Schuldendienst. Außerdem nimmt die Verschuldung in den kleineren Gemeinden relativ stärker zu. Von 1968 bis 1972 stieg die Schuldenlast je Einwohner in den kreisfreien Städten um 28,8%, bei den kreisangehörigen Gemeinden dagegen um 69,0%. ly

Mehr über dieses Thema auf Seite 224.

**Erstmals seit 20 Jahren Spareinlagenrückgang**

Erstmals seit über 20 Jahren war im II. Quartal 1973 ein Rückgang des Spareinlagenbestandes bei den rheinland-pfälzischen Kreditinstituten zu verzeichnen. Ende Juni dieses Jahres beliefen sich die auf den Sparkonten befindlichen Einlagen auf 13 752 Mill. DM, das sind 97 Mill. DM oder 0,7% weniger als am Schluß des Vorquartals.

Eine Aufteilung nach der Fristigkeit zeigt, daß vor allem die vergleichsweise niedrig verzinsten Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist von der verminderten Sparneigung betroffen waren; bei ihnen ergab sich allein eine Bestandsverminderung um 160 Mill. DM (- 2,1%). Bei den Einlagen mit einer vereinbarten Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren verringerte sich der Bestand ebenfalls, und zwar um 70 Mill. DM (- 1,9%). Lediglich die Spareinlagen mit einer Kündigungsfrist von mehr als vier Jahren verzeichneten einen Zuwachs um immerhin 133 Mill. DM (+ 4,8%). Auch die prämienbegünstigten Spareinlagen erhöhten sich um weitere 77 Mill. DM, das sind 5,9%. Dies kann als Indiz dafür angesehen werden, daß sich die Sparer angesichts der Geldentwertungsraten der letzten Monate zunehmend renditebewußter verhalten und in die höherverzinslichen Spareinlagen oder auch andere Sparformen (Wertpapiere) übergewechselt sind.

Je Kopf der Bevölkerung errechnet sich nunmehr ein durchschnittlicher Spareinlagenbetrag in Höhe von 3 724 DM. he



## Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 1972 bis 1990

Ergebnisse der 4. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung

Für die in Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft mit Planungsaufgaben betrauten Personen ist als Entscheidungshilfe die Kenntnis der voraussichtlichen Entwicklung der Bevölkerung sowohl in ihrer Gesamtheit als auch hinsichtlich ihrer Zusammensetzung nach Alter und Geschlecht unentbehrlich. So beeinflusst zum Beispiel die vorausgeschätzte Zahl der 6- bis 15jährigen Kinder die Bildungsplanung in bezug auf Lehrerberbedarf und Schulbau, die erwartete Zahl der 60- bis 65jährigen Menschen die Überlegungen auf dem Gebiet der Altersvorsorge.

Der Prognostiker muß sich bei seiner Vorausschau an der gegebenen Alters- und Geschlechtsstruktur, am generativen Verhalten, an der Sterblichkeit und auch an der räumlichen Mobilität der Bevölkerung orientieren. Durch Beobachtung und Analyse der Entwicklung der Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge über einen längeren Zeitraum hinweg findet er Gesetzmäßigkeiten, deren Geltung - eventuell modifiziert - er auch für die Zukunft annimmt. Hierbei wird deutlich, daß die Güte des Vorausschätzungsergebnisses von der Qualität der Eingabewerte abhängt. Mit zunehmender zeitlicher Entfernung von der Gegenwart wird sich eine wachsende Diskrepanz zwischen den getroffenen Annahmen, die der Prognose zugrunde gelegt wurden, und der tatsächlichen Entwicklung einstellen. Der Vorausschätzungszeitraum darf darum nicht zu groß gewählt werden. Aus diesem Grunde werden in diesem Aufsatz die Ergebnisse der 4. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung, die bis zum Jahre 2000 reichen, lediglich für den Zeitraum bis 1990 dargestellt.

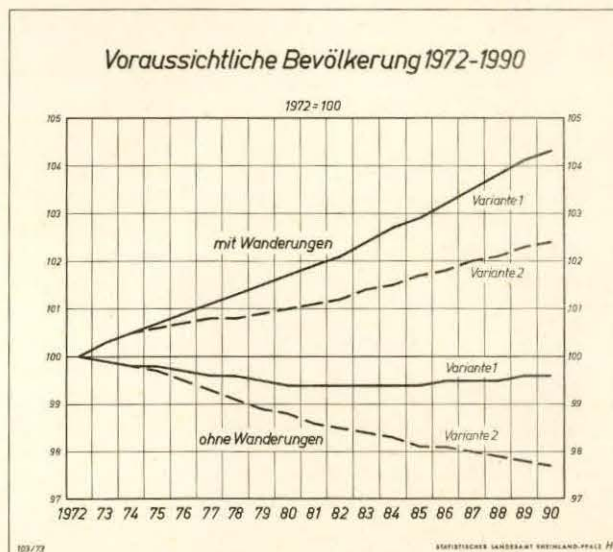
### Annahmen der Vorausberechnungen

Die bisher von den Statistischen Landesämtern und vom Statistischen Bundesamt durchgeführten koordinierten Bevölkerungsvorausschätzungen - seit 1966 werden die Annahmen und das Verfahren für Bevölkerungsvorausschätzungen zwischen den vorgenannten Stellen koordiniert, damit die Summe der Länderergebnisse mit den Vorausschätzungsergebnissen für den Bund übereinstimmt - wurden durch den starken Geburtenrückgang während der vergangenen Jahre, der in Ausmaß und Dauer nicht vorherzusehen war, schon bald überholt. Um Alternativen der möglichen zukünftigen Bevölkerungsentwicklung aufzuzeigen, wurden bei der 4. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung bezüglich der Fruchtbarkeit der Frauen zwei Varianten angenommen. Während die Basisbevölkerung und die Sterbewahrscheinlichkeiten in beiden Varianten gleich sind, wurden für die Entwicklung der Fruchtbarkeitsziffern zwei verschiedene Annahmen getroffen. Da beide Varianten zunächst ohne, sodann mit Berücksichtigung von Wanderungen durchgerechnet wurden, ergeben sich insgesamt vier Vorausschätzungsmodelle. Die wichtigsten Ergebnisse der beiden Modelle, die einen Wanderungsansatz, also Zu- und Fortzüge

über die Landesgrenzen einschließen, insbesondere die der Variante 2, sollen ausführlicher dargestellt werden. Detaillierte Ergebnisse aller vier Modellrechnungen wurden in dem Statistischen Bericht AI8 - 1/73 veröffentlicht.

Im einzelnen liegen der 4. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung folgende Annahmen zugrunde:

- (1) Die *Ausgangsbewölkerung* (Basisbevölkerung) bildet die vom Statistischen Landesamt unter Berücksichtigung der Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge zum 1. Januar 1972 fortgeschriebene Wohnbevölkerung des Landes, gegliedert nach Geschlecht und einzelnen Altersjahren. Basis der Fortschreibung sind die Ergebnisse der Volkszählung 1970. Eine Differenzierung der Gesamtbevölkerung nach Deutschen und Ausländern wurde nicht vorgenommen.
- (2) Als *Sterbewahrscheinlichkeiten* wurden die durchschnittlichen alters- und geschlechtsspezifischen Werte der Jahre 1970 und 1971 verwendet. Die Sterbeziffern sind, da sie sich auch längerfristig nur in geringem Maße ändern, bis 1990 als konstant angenommen.
- (3) Auch die *Überlebenswahrscheinlichkeit* der Geborenen (das ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Neugeborenen das Ende des Geburtskalenderjahres erleben) entspricht, da die Säuglingssterblichkeit derzeit stagniert und über ihre weitere Entwicklung keine plausible Vorhersage getroffen werden kann, für alle Vorausschätzungsjahre dem Durchschnitt der Jahre 1970 und 1971.
- (4) Wie oben erwähnt, liegen der Berechnung der erwarteten Geburten zwei unterschiedliche Annah-





Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung insgesamt  
1972 - 1990

Jahres- anfang	Ohne Wanderungen		Mit Wanderungen	
	Variante 1	Variante 2	Variante 1	Variante 2
	1 000			
1972	3 678,5	3 678,5	3 678,5	3 678,5
1973	3 675,7	3 675,7	3 690,2	3 690,2
1974	3 672,8	3 671,5	3 697,2	3 696,0
1975	3 669,9	3 666,0	3 704,2	3 700,3
1976	3 667,1	3 659,3	3 711,2	3 703,3
1977	3 664,5	3 652,6	3 718,2	3 706,2
1978	3 662,0	3 646,1	3 725,4	3 709,3
1979	3 659,9	3 639,8	3 732,9	3 712,6
1980	3 658,2	3 633,8	3 740,7	3 716,1
1981	3 657,0	3 628,3	3 748,9	3 720,0
1982	3 656,2	3 623,2	3 757,5	3 724,2
1983	3 656,0	3 618,5	3 766,6	3 728,8
1984	3 656,3	3 614,3	3 776,2	3 733,8
1985	3 657,1	3 610,4	3 786,2	3 739,2
1986	3 658,3	3 607,0	3 796,6	3 744,8
1987	3 659,7	3 603,7	3 807,1	3 750,6
1988	3 661,1	3 600,5	3 817,6	3 756,3
1989	3 662,3	3 597,0	3 827,7	3 761,8
1990	3 662,9	3 593,0	3 837,4	3 766,7

men über die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der 15- bis 50jährigen Frauen zugrunde.

**Variante 1:** In der ersten Variante wurden die Fruchtbarkeitsziffern des Jahres 1972 geschätzt (die tatsächlichen Werte lagen zur Zeit der Berechnung der Eingabedaten noch nicht vor) und für alle Vorausschätzungsjahre konstant gehalten. Die Schätzung erfolgte in der Weise, daß die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern des Jahres 1971 um den beobachteten prozentualen Geburtenrückgang vom 1. Halbjahr 1971 zum 1. Halbjahr 1972 reduziert wurden.

**Variante 2:** Eine zweite Variante soll die Auswirkung eines wahrscheinlichen weiteren Rückgangs der Geburtenhäufigkeit aufzeigen. Hier hat man, ausgehend von den für 1972 geschätzten altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern (siehe Variante 1), die Ziffern für 1973 um 3%, die für 1974 um 6% und die für 1975 um

9% gegenüber dem Basisjahr 1972 reduziert. Für die weiteren Vorausschätzungsjahre wurden die Ziffern des Jahres 1975 als konstant angesetzt.

(5) Für die Bevölkerungsentwicklung des Landes Rheinland-Pfalz hat die räumliche Mobilität eine größere Bedeutung als die natürliche Bevölkerungsbewegung. Die Wanderungen, die über die Landesgrenzen erfolgen, dürfen darum bei einer Bevölkerungsprognose nicht unberücksichtigt bleiben. Zwei der vier Vorausschätzungsmodelle schließen darum einen gemeinsamen *Wanderungsansatz* ein. Diese beiden Modelle unterscheiden sich somit lediglich durch die unterschiedlichen Fruchtbarkeitsziffern der Varianten 1 und 2. Die Größenordnung des angenommenen jährlichen Wanderungsstromes orientiert sich dabei an den Erfahrungen der Vergangenheit. Für das Jahr 1972 wurde der tatsächliche Zuzugsüberschuß von 14 500 Personen eingesetzt, für die darauffolgenden Vorausschätzungsjahre 1973 bis 1990 ein konstanter jährlicher Wanderungsgewinn von 10 000 Personen. Die zuletzt genannte Zahl entspricht dem Zehnjahresdurchschnitt 1963/72. Der zukünftige Wanderungsgewinn wurde nach der Alters- und Geschlechtsstruktur der in den Jahren 1970 und 1971 Zu- und Fortgezogenen aufgliedert. Die Zahl der Männer weist darum mit rund zwei Dritteln den größeren Anteil an dem jährlichen Zuzugsüberschuß aus; starke Besetzungen ergeben sich dabei für die 21- bis 40jährigen. Bei den Frauen mußten für die fruchtbaren Altersjahre der 17- bis 22jährigen Wanderungsverluste in Kauf genommen werden, was einen zusätzlichen negativen Einfluß auf die Geburtenentwicklung hat. Für die Wanderungsbevölkerung wurden ansonsten dieselben Fruchtbarkeits- und Sterbeziffern angenommen wie für die übrige Bevölkerung.

### Zukünftige Bevölkerungsentwicklung ungünstiger als die der Vergangenheit

Unter Berücksichtigung der oben genannten Wanderungsgewinne werden bei konstanten Sterbe- und Fruchtbarkeitsziffern (Variante 1) Anfang 1990 insgesamt 3,837 Millionen Menschen in Rheinland-

Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung und ihrer Komponenten 1972 - 1990  
(mit Wanderungen, Variante 2)

Jahres- anfang	Bevölkerung						Frauen auf 1 000 Männer	Lebend- ge- borene	Ge- storbene	Gebo- renen- über- schuß	Wande- rungs- gewinn	Zunahme der Bevölkerung	
	insgesamt	männlich	weiblich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich						auf 10 000 Einw.	
	Anzahl			1972 = 100			Anzahl						
1972	3 678 500	1 758 500	1 920 000	100,0	100,0	100,0	1 092	42 200	45 000	- 2 800	14 500	11 700	32
1973	3 690 200	1 766 900	1 923 400	100,3	100,5	100,2	1 089	41 400	45 600	- 4 200	10 000	5 800	16
1974	3 696 000	1 771 700	1 924 200	100,5	100,8	100,2	1 086	40 700	46 400	- 5 700	10 000	4 300	12
1975	3 700 300	1 776 000	1 924 300	100,6	101,0	100,2	1 084	39 900	46 900	- 7 000	10 000	3 000	8
1976	3 703 300	1 779 800	1 923 500	100,7	101,2	100,2	1 081	40 500	47 600	- 7 100	10 000	2 900	8
1977	3 706 200	1 783 700	1 922 600	100,8	101,4	100,1	1 078	41 200	48 100	- 6 900	10 000	3 100	8
1978	3 709 300	1 787 800	1 921 600	100,8	101,7	100,1	1 075	42 000	48 700	- 6 700	10 000	3 300	9
1979	3 712 600	1 792 100	1 920 500	100,9	101,9	100,0	1 072	42 800	49 300	- 6 500	10 000	3 500	9
1980	3 716 100	1 796 800	1 919 400	101,0	102,2	100,0	1 068	43 600	49 700	- 6 100	10 000	3 900	10
1981	3 720 000	1 801 700	1 918 300	101,1	102,5	99,9	1 065	44 400	50 200	- 5 800	10 000	4 200	11
1982	3 724 200	1 806 900	1 917 300	101,2	102,8	99,9	1 061	45 300	50 700	- 5 400	10 000	4 600	12
1983	3 728 800	1 812 400	1 916 400	101,4	103,1	99,8	1 057	46 000	51 000	- 5 000	10 000	5 000	13
1984	3 733 800	1 818 300	1 915 500	101,5	103,4	99,8	1 053	46 700	51 300	- 4 600	10 000	5 400	14
1985	3 739 200	1 824 400	1 914 800	101,7	103,7	99,7	1 050	47 200	51 600	- 4 400	10 000	5 600	15
1986	3 744 800	1 830 800	1 914 100	101,8	104,1	99,7	1 045	47 600	51 800	- 4 200	10 000	5 800	15
1987	3 750 600	1 837 300	1 913 300	102,0	104,5	99,7	1 041	47 700	52 000	- 4 300	10 000	5 700	15
1988	3 756 300	1 843 800	1 912 600	102,1	104,9	99,6	1 037	47 500	52 000	- 4 500	10 000	5 500	15
1989	3 761 800	1 850 200	1 911 600	102,3	105,2	99,6	1 033	47 100	52 200	- 5 100	10 000	4 900	13
1990	3 766 700	1 856 300	1 910 400	102,4	105,6	99,5	1 029	46 500	52 200	- 5 700	10 000	4 300	11

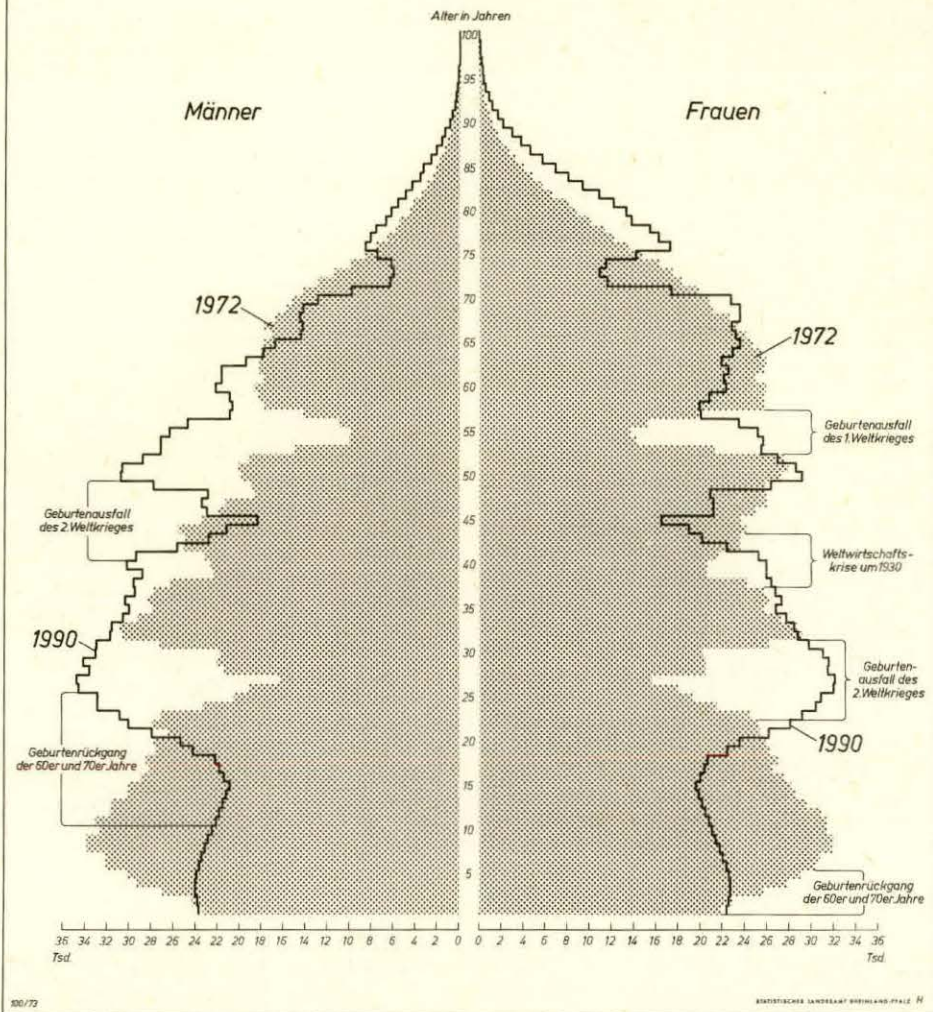


Pfalz leben, das sind 4,3% mehr als zu Beginn des Jahres 1972. Nimmt man bei sonst gleichen Bedingungen für die Jahre 1973 bis 1975 eine abnehmende Fruchtbarkeit der Frauen an, die in den Folgejahren sodann konstant bleibt (Variante 2), so wird sich die Bevölkerungszahl in demselben Zeitraum lediglich auf 3,767 Millionen erhöhen, was einem Zuwachs von 2,4% entspricht. Ohne Berücksichtigung von Wanderungen, also allein aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung, würde dagegen die rheinland-pfälzische Bevölkerung nach Variante 1 um 0,4%, nach Variante 2 sogar um 2,3% abnehmen. Selbst unter Zugrundelegung der günstigeren Annahmen (Wanderungsgewinne, konstante Fruchtbarkeitsziffern der Variante 1) wird somit die Bevölkerungsentwicklung des Landes einen ungünstigeren Verlauf nehmen als in der Vergangenheit.

### Trotz steigender Geborenenzahlen ständiger Sterbeüberschuß

Der Einfluß, den die unterschiedlichen Annahmen über die „Geburtenfreudigkeit“ der Frauen auf das zukünftige Bevölkerungswachstum ausüben, wird deutlich, wenn man die für die einzelnen Vorausschätzungsjahre berechneten Geborenenzahlen betrachtet. Hierbei sollen, genau wie bei den darauffolgenden Betrachtungen, nur die beiden Varianten einschließlich Wanderungen berücksichtigt werden. Nach der Variante 1 wird die Zahl der lebendgeborenen Kinder, die im Basisjahr 1972 mit rund 41 000 tatsächlich den niedrigsten Stand seit Bestehen des Landes erreichte, in den kommenden Jahren wieder zunehmen. Bis zum Jahre 1987 wird sie auf 52 600 angestiegen sein, den Wert des Jahres 1969 aber dennoch nicht erreicht haben. Die Variante 2 zeigt, entsprechend den getroffenen Annahmen, eine ungünstigere Entwicklung. Hiernach wird die Geborenenzahl bis 1975 weiter sinken, in dem genannten Jahr mit 39 900 sogar einen neuen Tiefstand erreichen. Erst danach wird eine Tendenzwende eintreten, die die Zahl der lebend zur Welt gekommenen Kinder wieder langsam, aber stetig ansteigen läßt. Das für 1987 mit 47 700 berechnete Maximum wird dennoch das im Jahre 1970

Bevölkerung nach Alter und Geschlecht 1972 und 1990  
(mit Wanderungen, Variante 2)



registrierte Ergebnis nicht übersteigen. Nach beiden Varianten tritt gegen Ende der 80er Jahre - wegen der sich verschlechternden Altersstruktur der Frauen - wiederum eine abwärts gerichtete Tendenz ein.

### Bevölkerungswachstum nur noch von Wanderungsgewinnen getragen

Die natürliche Bevölkerungsbewegung wird insgesamt, also unter Beachtung der Sterblichkeit, nach beiden Varianten einen negativen Beitrag zur Bevölkerungsentwicklung leisten. Für die Zeit bis 1990 wurde nach der Variante 1 ein Sterbeüberschuß von 27 700, nach der Variante 2 ein solcher von 96 100 berechnet. Nur in den Jahren 1984 bis 1988 wird, wenn man die Annahmen des ersten Vorausschätzungsmodells zugrunde legt, die Zahl der Lebendgeborenen die der Gestorbenen geringfügig übersteigen. Die Bevölkerungszunahme des Landes, die mit + 4,3% bzw. mit + 2,4% angegeben wurde, wird damit in den kommenden 70er



Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung nach Altersgruppen 1972 - 1990  
(mit Wanderungen, Varianten 1 und 2)

Jahres- anfang	Bevölkerung insgesamt		unter 15 Jahre			15 - 65 Jahre			65 Jahre und älter			Bela- stungs- quote 1)
	1 000	1972=100	1 000	%	1972=100	1 000	%	1972=100	1 000	%	1972=100	
Variante 1												
1972	3 678,5	100,0	887,9	24,1	100,0	2 298,8	62,5	100,0	491,8	13,4	100,0	600
1973	3 690,2	100,3	873,1	23,7	98,3	2 314,1	62,7	100,7	503,0	13,6	102,3	595
1974	3 697,2	100,5	857,4	23,2	96,6	2 326,8	62,9	101,2	513,1	13,9	104,3	589
1975	3 704,2	100,7	839,7	22,7	94,6	2 342,3	63,2	101,9	522,2	14,1	106,2	581
1976	3 711,2	100,9	821,0	22,1	92,5	2 360,2	63,6	102,7	529,9	14,3	107,7	572
1977	3 718,2	101,1	801,2	21,5	90,2	2 381,9	64,1	103,6	535,2	14,4	108,8	561
1978	3 725,4	101,3	782,5	21,0	88,1	2 401,9	64,5	104,5	541,0	14,5	110,0	551
1979	3 732,9	101,5	762,8	20,4	85,9	2 424,8	65,0	105,5	545,3	14,6	110,9	539
1980	3 740,7	101,7	743,9	19,9	83,8	2 448,7	65,5	106,5	548,1	14,7	111,4	528
1981	3 748,9	101,9	728,6	19,4	82,1	2 478,2	66,1	107,8	542,0	14,5	110,2	513
1982	3 757,5	102,1	714,5	19,0	80,5	2 514,4	66,9	109,4	528,6	14,1	107,5	494
1983	3 766,6	102,4	704,5	18,7	79,3	2 549,3	67,7	110,9	512,8	13,6	104,3	478
1984	3 776,2	102,7	697,2	18,5	78,5	2 581,6	68,4	112,3	497,5	13,2	101,2	463
1985	3 786,2	102,9	694,7	18,3	78,2	2 599,2	68,6	113,1	492,4	13,0	100,1	457
1986	3 796,6	103,2	698,3	18,4	78,6	2 602,6	68,6	113,2	495,7	13,1	100,8	459
1987	3 807,1	103,5	704,4	18,5	79,3	2 602,8	68,4	113,2	499,9	13,1	101,6	463
1988	3 817,6	103,8	714,5	18,7	80,5	2 599,9	68,1	113,1	503,1	13,2	102,3	468
1989	3 827,7	104,1	723,9	18,9	81,5	2 599,6	67,9	113,1	504,2	13,2	102,5	472
1990	3 837,4	104,3	732,3	19,1	82,5	2 600,1	67,8	113,1	505,1	13,2	102,7	476
Variante 2												
1972	3 678,5	100,0	887,9	24,1	100,0	2 298,8	62,5	100,0	491,8	13,4	100,0	600
1973	3 690,2	100,3	873,1	23,7	98,3	2 314,1	62,7	100,7	503,0	13,6	102,3	595
1974	3 696,0	100,5	856,1	23,2	96,4	2 326,8	63,0	101,2	513,1	13,9	104,3	588
1975	3 700,3	100,6	835,8	22,6	94,1	2 342,3	63,3	101,9	522,2	14,1	106,2	580
1976	3 703,3	100,7	813,1	22,0	91,6	2 360,2	63,7	102,7	529,9	14,3	107,7	569
1977	3 706,2	100,8	789,2	21,3	88,9	2 381,9	64,3	103,6	535,2	14,4	108,8	556
1978	3 709,3	100,8	766,5	20,7	86,3	2 401,9	64,8	104,5	541,0	14,6	110,0	544
1979	3 712,6	100,9	742,5	20,0	83,6	2 424,8	65,3	105,5	545,3	14,7	110,9	531
1980	3 716,1	101,0	719,4	19,4	81,0	2 448,7	65,9	106,5	548,1	14,7	111,4	518
1981	3 720,0	101,1	699,8	18,8	78,8	2 478,2	66,6	107,8	542,0	14,6	110,2	501
1982	3 724,2	101,2	681,2	18,3	76,7	2 514,4	67,5	109,4	528,6	14,2	107,5	481
1983	3 728,8	101,4	666,6	17,9	75,1	2 549,3	68,4	110,9	512,8	13,8	104,3	463
1984	3 733,8	101,5	654,8	17,5	73,7	2 581,6	69,1	112,3	497,5	13,3	101,2	446
1985	3 739,2	101,7	647,7	17,3	72,9	2 599,2	69,5	113,1	492,4	13,2	100,1	439
1986	3 744,8	101,8	646,5	17,3	72,8	2 602,6	69,5	113,2	495,7	13,2	100,8	439
1987	3 750,6	102,0	647,9	17,3	73,0	2 602,8	69,4	113,2	499,9	13,3	101,6	441
1988	3 756,3	102,1	653,3	17,4	73,6	2 599,9	69,2	113,1	503,1	13,4	102,3	445
1989	3 761,8	102,3	659,2	17,5	74,2	2 598,4	69,1	113,0	504,2	13,4	102,5	448
1990	3 766,7	102,4	665,5	17,7	75,0	2 569,2	68,9	112,9	505,1	13,4	102,7	451

1) Unter 15jährige sowie über 65jährige, bezogen auf 1 000 15- bis unter 65jährige.

und in den 80er Jahren ausschließlich von den erwarteten Wanderungsgewinnen getragen.

### Abnehmender Frauenüberschuß

Da während des gegenwärtigen und des kommenden Jahrzehnts die männliche Bevölkerung eine günstigere Entwicklung zeigen wird als die weibliche, wird sich das Zahlenverhältnis zwischen den beiden Geschlechtern, das durch die Kriegsereignisse stark aus dem Gleichgewicht geraten war, weiterhin normalisieren. Entfallen gegenwärtig auf 1 000 Knaben und Männer noch 1 092 Mädchen und Frauen, so wird sich der Frauenüberschuß in Höhe von 92 bis zum Ende des Vorausschätzungszeitraumes auf 28 (Variante 1) bzw. 29 (Variante 2) reduzieren.

### Starke Verschiebungen in der Altersstruktur

Nicht nur die Geschlechterrelation, sondern auch die Altersstruktur der Bevölkerung wird in der Zukunft starken Veränderungen unterworfen sein, was eine Vielzahl sozialer und wirtschaftlicher Probleme mit sich bringt. Der Wandel der altersmäßigen Zusammensetzung wird erkennbar, wenn man die Entwicklung der für viele Aspekte unseres Lebens relevanten drei großen Altersgruppen (unter

15 Jahre, 15-65 Jahre, 65 und älter) verfolgt. Bei längerfristiger Betrachtung wird nach beiden Varianten der prozentuale Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung abnehmen, derjenige der alten Leute konstant bleiben, der Anteil der Menschen, die im erwerbsfähigen Alter stehen, dagegen ansteigen. Die Zahl der unter 15jährigen erfährt bis 1990 eine Abnahme von gegenwärtig 887 900 auf 732 300 nach Variante 1 bzw. 665 500 nach Variante 2, was einem Rückgang um 17,5% bzw. 25,0% entspricht. Der Anteil dieser Altersgruppe an der gesamten Bevölkerung sinkt damit von 24,1% auf 19,1% (17,7%). Zwischenzeitlich wird dieser Anteil sogar bis auf 18,3% (1985 nach Variante 1) bzw. 17,3% (1986 nach Variante 2) abfallen. Eine erhebliche Zunahme verzeichnet dagegen die große Gruppe der 15- bis 65jährigen, deren einzelne Altersjahre allerdings zum Teil eine recht unterschiedliche Entwicklung zeigen. Betrug die Zahl dieser Personengruppe zu Beginn des Vorausschätzungszeitraumes noch 2,299 Mill., so wird sie sich 18 Jahre später auf 2,600 (2,596) Mill. stellen, das entspricht einem Zuwachs von + 13,1% (+ 12,9%). Anteilmäßig wird sich der im erwerbsfähigen Alter stehende Personenkreis damit von derzeit 62,5% auf 67,8% (68,9%) vergrößern.

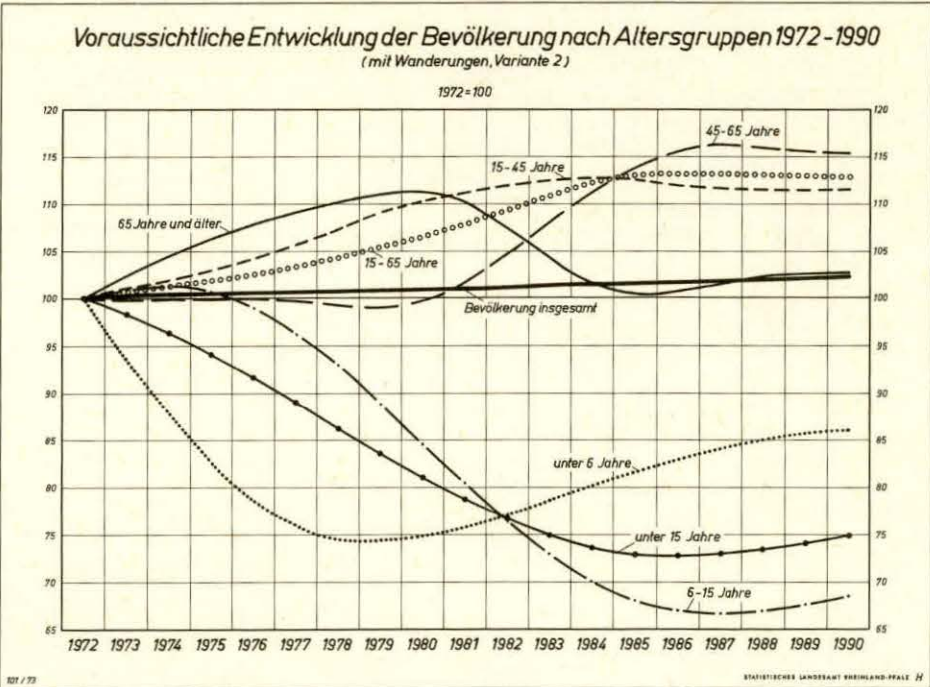


**Rentenber**g wird bereits in zehn Jahren überschritten sein

Für die Zahl der älteren, über 65jährigen Menschen, die heute schon mit 492 000 um ein Drittel höher ist als von zehn Jahren, wird sich für das laufende Jahrzehnt ein weiteres Anwachsen ergeben. Die steil anwachsende Kurve der sich im Rentenalter befindlichen Menschen gelangt 1980 zu einem Maximum. 11,4% alte Leute werden dann, nach beiden Varianten berechnet, mehr in unserem Lande leben als 1972. Danach wird deren Zahl rasch sinken, im Jahre 1985 sogar das Ausgangsniveau wieder erreicht haben. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre erfährt sie sodann wieder eine leichte Zunahme. Der prozentuale Anteil dieser Altersgruppe, der 1972 mit einem Wert von 13,4% genauso hoch ist wie 1990, wird sich zwischenzeitlich nur geringfügig erhöhen. Als wesentliches Ergebnis der 4. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung ist festzuhalten, daß der sogenannte Rentenber

g bereits in gut zehn Jahren überwunden sein wird.

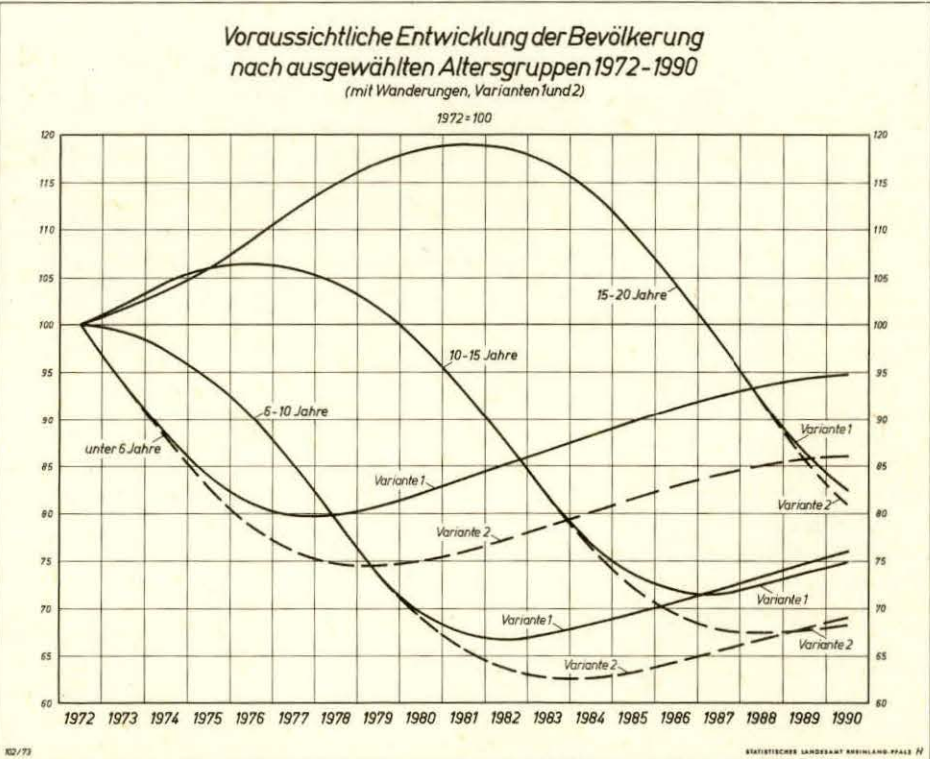
Die arbeitsmarktpolitische Bedeutung der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung wird deutlich, wenn man je 1 000 der 15-bis 65jährigen Menschen, die größtenteils im Erwerbsleben stehen, mit den unter 15- und den über 65jährigen Personen „belastet“. Ergibt sich auf diese Weise für das Basisjahr eine Belastungsquote von 600 (diese Zahl sagt aus, daß auf je 1 000 15-bis 65jährige Personen 600 Menschen entfallen, die noch nicht oder nicht mehr im erwerbsfähigen Alter stehen), so wird diese Quote nach beiden Prognosemodellen aufgrund der starken Abnahme der unter 15jährigen in den nächsten Jahren immer geringer, im Jahre 1985 sogar nur noch einen Wert von 457 (Variante 1) bzw. 439 (Variante 2) aufweisen. Zum Ende des Vorausschätzungszeitraumes wird sie sich



jedoch, insbesondere wegen des stärkeren Nachrückens in die höchste der drei Altersgruppen, wieder auf 476 bzw. 451 erhöhen. Insgesamt gesehen wird bei sonst gleichen Bedingungen eine „Entlastung“ des erwerbsfähigen Bevölkerungsteils eintreten.

**Schülerzahlen zeigen unterschiedliche Entwicklung**

Auf großes Interesse, insbesondere der Bildungsplaner, dürfte die künftige Entwicklung der Zahl der Jugendlichen stoßen, die vor dem Eingangsalter für die einzelnen Schulgattungen stehen. Der in der





jüngeren Vergangenheit eingetretene beachtliche Geburtenrückgang, der sich nach der Variante 2 bis Mitte der 70er Jahre fortsetzt, führt bis 1979 zu einer Reduzierung der Zahl der unter 6jährigen Kinder um ein Fünftel (Variante 1) bzw. ein Viertel (Variante 2). Hiernach wird sich die Zahl der noch vor dem schulpflichtigen Alter stehenden Knaben und Mädchen zwar wieder erhöhen, das Ausgangsniveau jedoch im gesamten Prognosezeitraum nicht mehr erreichen. Eine zeitlich um ein paar Jahre verschobene, aber letztlich noch größere Abnahme wird für die Zahl der 6- bis 10jährigen Kinder, die Schüler der Grundstufe, vorhergesagt. Das Anfang der 80er Jahre erreichte Minimum dieser Gruppe wird den Ausgangsbestand um rund ein Drittel unterbieten. Die Altersjahre der 10- bis 15jährigen Kinder, die größtenteils die Hauptschule besuchen oder sich in der Mittelstufe befinden, werden insgesamt in den nächsten Jahren eine bis zu 6% stärkere Besetzung aufweisen, Ende des laufenden Jahrzehnts jedoch zahlenmäßig wieder unter das gegenwärtige Niveau fallen. In knapp 20 Jahren wird ein Viertel, eventuell sogar ein Drittel an Schülern der Haupt- und Mittelstufe weniger schulisch zu betreuen sein als heute. Größere Ansprüche auf Klassenräume und Lehrer werden hingegen die 15- bis 20jährigen stellen. Ihre bis 1981 um nahezu ein Fünftel ansteigende Zahl läßt einen verstärkten Ausbau der weiterführenden Schulen sowie der Hochschulen erforderlich erscheinen. Erst gegen Ende der 80er Jahre dürfte mit sinkender Zahl der Heranwachsenden ein Nach-

lassen des Andrangs zu den genannten Schulen eintreten.

### Stark deformierte Alterspyramide

Betrachtet man den für die Jahre 1972 und 1990 in Form von Polygonen dargestellten Altersaufbau der rheinland-pfälzischen Bevölkerung, so erkennt man, daß die Alterspyramide auch in den nächsten Jahrzehnten nicht zu dem ausgewogenen Bild, das um die Jahrhundertwende bestand, zurückkehren wird. Die vier tiefen Einkerbungen, die die Pyramide durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse dieses Jahrhunderts, letztmalig - an der Basis - durch den Geburtenrückgang der vergangenen Jahre erlitten hat, werden sich lediglich um 18 Altersjahre nach oben verschieben.

Abschließend sei nochmals auf den Modellcharakter von Bevölkerungsprognosen hingewiesen. Diese Vorausberechnungen können selbstverständlich keine Aussage über die tatsächliche zukünftige Entwicklung machen, wohl aber darüber, was eintreten wird, wenn sich die zugrunde gelegten Annahmen später als richtig erweisen. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, nach dem Vorliegen neuerer Erkenntnisse über die Einflußgrößen der Bevölkerungsentwicklung, zum Beispiel über die Geburtenhäufigkeit oder die Wanderungsbewegung, das Vorausschätzungsmodell zu überdenken und neu zu konstruieren.

Diplom-Volkswirt H. Jucknat

## Einkommensniveau der Arbeitnehmer in regionaler Gliederung

### Ergebnisse einer Sonderuntersuchung zur Neuabgrenzung der Fördergebiete

Im Rahmen der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen nimmt die Regionalpolitik bei Bund und Ländern einen hohen Stellenwert ein, welcher insbesondere in den Gemeinschaftsaufgaben seinen Niederschlag findet<sup>1)</sup>. Dabei ist es in erster Linie das Anliegen der Länder, daß die regionale Wirtschaftspolitik Ziele und Grundsätze der Raumordnung und Landesplanung beachtet und bei Zielkonflikten die Interessenlage gegeneinander abwägt und eine bestmögliche Lösung anstrebt<sup>2)</sup>. Mit den Aktionsprogrammen wurde die seit langem beabsichtigte Zusammenarbeit von Bund und Ländern verwirklicht, das heißt Auswahl und Abgrenzung der Fördergebiete werden gemeinsam geplant und die Förderungsmaßnahmen des Bundes und der Länder einheitlich zusammengefaßt. Die Aktionsprogramme wurden für einen Zeitraum von fünf Jahren angelegt, wobei diese über 50% des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland, in dem etwa 25% der Bevölkerung wohnen, fördern. Diese Werte lassen

erkennen, daß die Grenzen einer sinnvollen Förderung erreicht, wenn nicht schon überschritten sind.

Die Abgrenzung der zu fördernden Gebiete ist außerordentlich problematisch und keineswegs befriedigend gelöst. So wurde auch für die zweite Phase der Förderung eine Neuabgrenzung der Fördergebiete gefordert, wobei man von einer uneingeschränkten Übernahme der Aktionsräume Abstand nehmen möchte. Eine sinnvolle Neuabgrenzung setzt hinreichendes statistisches Datenmaterial in kleinräumiger Abgrenzung voraus, wie dies nur im Zusammenhang mit den in zehnjährigen Abständen stattfindenden Großzählungen der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählungen anfällt, ohne daß diese Zensen die Möglichkeit bieten, zusätzliche Daten, wie sie speziell für eine solche Untersuchung benötigt werden, aufzunehmen. Andererseits gestattet das durch diese Zählungen gewonnene Datenmaterial unterschiedliche regionale Gruppierungen und Merkmalskombinationen. So wurden im Rahmen der vergebenen Forschungsaufträge zur Neuabgrenzung der Fördergebiete einige Eckwerte der Arbeitsstättenzählung und der Volkszählung 1970 nach Mittelbereichen und Wirtschaftsunterabteilungen

1) K. H. Speth: Förderungshilfen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 25, Heft 9, September 1972.

2) Vgl. Ziffer 9 der Grundsätze der regionalen Wirtschaftspolitik. BT-Druks. V/2469.



Mittelbereich	Fläche	Wohnbevölkerung	Arbeitsstätten mit Arbeitnehmern	Tätige Personen	Arbeitnehmer	Löhne und Gehälter	Einwohner je qkm	Beschäftigte je 1 000 Einw.	Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer	Abweichung vom	
										Landes-	Bundes-
										durchschnitt	durchschnitt
	qkm		Anzahl			1 000 DM		Anzahl	DM	%	
Prüm	729,61	31 056	717	6 011	5 376	49 260	42	193	9 162	- 17,3	- 21,3
Daun	909,64	56 954	1 456	13 168	11 821	112 872	62	231	9 548	- 13,8	- 18,0
Bitburg	896,57	62 340	1 556	13 874	12 357	119 865	69	222	9 700	- 12,5	- 16,7
Wittlich	562,98	50 424	1 256	12 660	11 440	101 627	89	251	8 883	- 19,8	- 23,7
Trier	704,43	177 859	4 069	63 066	58 961	630 300	252	354	10 690	- 3,5	- 8,2
Saarburg	199,08	20 430	453	3 532	3 123	30 711	102	172	9 833	- 11,3	- 15,6
Bernkastel-Kues/Trab.-Trarb.	346,53	42 789	1 319	9 797	8 373	74 152	123	228	8 856	- 20,1	- 24,0
Hermeskeil	572,58	40 560	820	7 661	6 913	63 002	70	188	9 113	- 17,8	- 21,8
Bad Neuenahr-Ahrweiler	287,45	64 449	1 652	19 789	17 950	189 654	224	307	10 565	- 4,6	- 9,3
Mayen	483,25	68 751	1 557	16 700	15 049	150 897	142	242	10 027	- 9,5	- 13,9
Andernach	215,62	61 052	1 521	21 745	19 987	223 928	282	356	11 203	1,1	- 3,8
Cochern	716,66	65 998	1 795	15 710	13 714	127 120	92	238	9 269	- 16,3	- 20,4
Koblenz	506,40	238 676	6 059	101 195	94 811	1 088 593	471	423	11 481	3,6	- 1,4
Boppard/St. Goar-Goarshausen	420,34	48 703	1 334	11 625	10 223	97 565	115	238	9 543	- 13,9	- 18,1
Bad Ems	305,89	40 720	1 210	10 858	9 619	92 726	133	266	9 639	- 13,0	- 17,3
Diez	266,62	38 901	977	9 313	8 376	81 911	145	239	9 779	- 11,7	- 16,1
Adenau	351,16	16 722	473	3 382	3 014	27 982	47	202	9 283	- 16,2	- 20,3
Linz a. Rhein	199,58	37 666	860	9 254	8 298	88 292	188	245	10 640	- 4,0	- 8,7
Neuwied	396,07	108 177	2 676	37 355	34 263	378 761	273	345	11 054	- 0,2	- 5,1
Altenkirchen (Ww.)	259,95	29 254	796	7 946	7 159	70 855	112	271	9 897	- 10,7	- 15,0
Wissen	133,57	24 295	458	7 231	6 767	70 615	181	297	10 435	- 5,8	- 10,4
Betzdorf-Kirchen/Sieg	279,31	69 991	1 374	20 659	19 262	201 824	250	295	10 477	- 5,4	- 10,1
Hachenburg/Westerburg	501,33	68 862	1 793	17 377	15 546	154 574	137	252	9 943	- 10,3	- 14,6
Montabaur	453,66	80 423	2 054	23 584	21 467	231 472	177	293	10 782	- 2,7	- 7,4
Simmern	654,14	50 650	1 466	14 703	13 438	125 438	77	290	9 334	- 15,8	- 19,9
Birkenfeld/Idar-Oberstein	794,86	93 619	2 795	30 181	27 020	265 084	117	322	9 810	- 11,5	- 15,8
Kirn	408,43	49 344	1 079	14 424	13 374	126 634	120	292	9 468	- 14,5	- 18,7
Bad Kreuznach	516,58	105 671	2 448	35 437	32 853	341 229	204	335	10 386	- 6,3	- 10,8
Bingen	208,38	49 805	1 269	15 434	14 081	145 080	239	309	10 303	- 7,0	- 11,6
Ingelheim a. Rhein	110,47	31 311	630	10 643	9 964	128 582	284	339	12 904	16,5	10,8
Mainz	382,51	242 353	5 618	105 722	100 258	1 261 358	632	436	12 581	13,5	8,0
Alzey	321,84	51 827	1 133	10 360	9 226	86 325	160	199	9 356	- 15,6	- 19,7
Worms	313,71	113 519	2 490	34 289	31 595	345 912	361	302	10 948	- 1,2	- 6,0
Kusel	555,59	79 040	1 701	13 781	12 224	110 305	142	174	9 023	- 18,6	- 22,5
Rockenhausen	354,79	31 072	771	6 182	5 649	52 755	87	198	9 338	- 15,7	- 19,8
Kirchheimbolanden	226,96	24 593	572	5 201	4 724	44 853	108	211	9 494	- 14,3	- 18,5
Landstuhl	208,57	42 666	933	13 446	12 555	119 028	204	315	9 480	- 14,4	- 18,6
Kaiserslautern	570,75	153 265	3 595	63 100	59 483	646 088	268	411	10 861	- 2,0	- 6,8
Zweibrücken	195,39	54 710	1 223	20 467	19 259	209 941	280	374	10 900	- 1,6	- 6,4
Pirmasens	564,92	118 812	2 994	45 681	42 611	432 724	210	384	10 155	- 8,3	- 12,8
Dahn	332,96	25 648	665	9 141	8 480	78 191	77	356	9 220	- 16,8	- 20,9
Grünstadt	227,01	47 980	1 072	14 743	13 669	160 633	211	307	11 751	6,1	0,9
Frankenthal (Pfalz)	102,05	62 756	1 105	22 407	21 248	255 087	615	357	12 005	8,3	3,1
Bad Dürkheim	205,37	34 625	884	7 209	6 252	62 379	168	208	9 977	- 10,0	- 14,4
Ludwigshafen	240,40	250 827	4 738	121 336	116 414	1 677 302	1 045	483	14 408	30,0	23,7
Neustadt/Weinstr.	335,93	95 250	2 413	29 933	27 376	290 016	283	314	10 593	- 4,4	- 9,1
Speyer	126,06	62 512	1 339	22 861	21 439	237 935	496	365	11 098	0,2	- 4,7
Landau	558,14	115 981	3 056	36 247	33 068	312 783	207	312	9 458	- 14,6	- 18,8
Germersheim	189,73	44 241	899	11 283	10 306	103 419	232	255	10 034	- 9,4	- 13,9
Bad Bergzabern	157,72	20 869	546	5 544	5 061	49 546	132	265	9 789	- 11,7	- 16,0
Kandel/Wörth	275,31	47 439	820	14 712	13 879	165 735	172	310	11 941	7,8	2,5
Rheinland-Pfalz	19 836,85	3 645 437	86 489	1 197 959	1 109 375	12 292 924	183	328	11 080	-	- 4,9

kombiniert. Die zusammengefaßten Ergebnisse werden hiermit einem breiteren Interessentenkreis dargeboten, da diese Unterlagen auch für ähnliche Untersuchungen wichtige Anhaltspunkte liefern. Insbesondere werden die Löhne und Gehälter, wie sie im Rahmen der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählungen für 1969 erstmals erfragt wurden, dargestellt, um hier das unterschiedliche Lohn- und Gehaltsniveau insgesamt und im Branchenvergleich zu erhellen.

Im Interesse eines sinnvollen Vergleichs mußte sich diese Untersuchung auf die Arbeitsstätten beschränken, in denen 1969 Arbeitnehmer beschäftigt waren. Folglich blieben die Betriebe außer Ansatz, in welchen nur familieneigene Arbeitskräfte, das

heißt Inhaber und mithelfende Familienangehörige tätig waren. Der Beschäftigtendurchschnitt dieser bei der Untersuchung auszuschließenden Betriebe der Arbeitsstättenzählung 1970 stellte sich auf 1,6 Personen. Sofern Familienangehörige in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb standen, zählten diese als Arbeitnehmer, weil sie Lohn- bzw. Gehaltsempfänger waren. Die Zahl der Arbeitsstätten, die in diese Sondertabellierung einbezogen wurde, reduzierte sich somit von 146 240 auf 86 489, also um 40,9%. Da es sich bei den rund 60 000 auszusteuern den Arbeitsstätten meist um sogenannte Ein- oder Zweimannbetriebe handelte, verminderte sich die Zahl der Beschäftigten nur um 7,6%. Die Lohn- und Gehaltssumme blieb unverändert, da lediglich eine Reduzierung der Zahl der Betriebe



Einkommensniveau der Arbeitnehmer in den Bundesländern 1969/70

Bundesland	Fläche	Wohnbevölkerung	Arbeitsstätten mit Arbeitnehmern	Tätige Personen	Arbeitnehmer	Löhne und Gehälter	Einwohner je qkm	Beschäftigte je 1 000 Einw.	Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer	Abweichung vom Bundesdurchschnitt
	qkm		Anzahl			1 000 DM	Anzahl		DM	%
Schleswig-Holstein	15 675,85	2 494 104	58 191	766 792	707 723	7 740 154	159	307	10 936	- 6,1
Hamburg	747,23	1 793 823	52 872	922 584	872 099	11 602 744	2 401	514	13 304	14,2
Niedersachsen	47 403,63	7 082 158	170 856	2 441 618	2 273 336	24 800 614	149	344	10 909	- 6,4
Bremen	403,77	722 718	17 743	357 777	341 456	4 168 997	1 788	495	12 209	4,8
Nordrhein-Westfalen	34 037,90	16 914 118	360 039	6 394 135	6 010 855	73 934 748	496	378	12 300	5,6
Hessen	21 110,69	5 381 705	133 310	2 147 684	2 008 729	24 430 381	254	399	12 162	4,4
Rheinland-Pfalz	19 836,85	3 645 437	86 489	1 197 959	1 109 375	12 292 924	183	328	11 080	- 4,9
Baden-Württemberg	35 739,62	8 895 048	217 024	3 669 011	3 453 101	39 985 594	248	412	11 579	- 0,6
Bayern	70 547,33	10 479 386	245 818	3 808 536	3 545 678	37 844 030	148	363	10 673	- 8,4
Saarland	2 567,06	1 119 742	24 034	394 864	373 198	4 289 465	436	352	11 493	- 1,3
<b>Insgesamt</b>	<b>248 069,93</b>	<b>58 528 239</b>	<b>1 366 376</b>	<b>22 100 960</b>	<b>20 695 550</b>	<b>241 089 651</b>	<b>235</b>	<b>377</b>	<b>11 649</b>	<b>-</b>
Außerdem: Berlin	480,08	2 122 346	82 769	952 858	867 093	10 058 990	4 421	449	11 601	- 0,4
Stadtstaaten										
(einschl. Berlin)	1 631,08	4 638 887	153 384	2 233 219	2 080 648	25 830 731	2 844	481	12 415	6,6
Flächenstaaten	246 918,93	56 011 698	1 295 761	20 820 599	19 481 995	225 317 910	227	372	11 565	- 0,7

auf die mit Angaben für Löhne und Gehälter erfolgte, also auf die Arbeitsstätten, welche im Jahre 1969 Arbeitnehmer beschäftigt hatten und am Erhebungsstichtag (27. Mai 1970) bestanden. Ergänzend sei vermerkt, daß fehlende Lohn- bzw. Gehaltsangaben, sofern der Rückfrageschriftwechsel erfolglos geblieben war, nach einem bundeseinheitlichen Verfahren eingeschätzt wurden. Weiterhin ist bei dem Zahlenvergleich zu beachten, daß die Beschäftigten, entsprechend der Konzeption einer Arbeitsstättenzählung am Arbeitsort, die Wohnbevölkerung dagegen nach dem Wohnsitz gezählt werden, so daß bei einer ergänzenden Beurteilung die Pendlerströme einzubeziehen wären. Da eine solche Differenzierung der Lohn- und Gehaltssumme aufgrund des begrenzten Erhebungsprogramms fehlt, blieben die Pendlerströme unberücksichtigt.

Eine Abgrenzung von Fördergebieten nach der Gruppierung von Landkreisen, wie sie derzeit in den Aktionsräumen vorgenommen wurde, stößt auf berechtigte Kritik, da der Landkreis als kleinste Gebietseinheit der Aktionsräume unterschiedliche Wirtschaftsregionen umfaßt. Durchschnittswerte, beispielsweise des Industriebesatzes, können daher keine befriedigende Aussage bieten. Als Beispiel sei hier auf die Wirtschaftsstruktur des Landkreises Alzey-Worms verwiesen, der in die Industrielandschaft des Rheingrabens reicht, aber auch weniger industriewirtschaftlich entwickelte Gebiete Rheinhessens umfaßt. Während sich für diesen Landkreis Ende September 1972 ein Industrialisierungsgrad von 27 Beschäftigten je 1 000 Einwohner bei einem Durchschnitt der Landkreise von 89 errechnet, ergibt sich unter den Verbandsgemeinden eine Streuung von 70 für Osthofen bis 8 für Alzey-Land, Strukturunterschiede, welche auch in anderen Landesteilen anzutreffen sind. Im Landkreis Bitburg-Prüm waren 51 Beschäftigte je 1 000 Einwohner in der Industrie tätig, davon in Bitburg 117 sowie in Prüm 85, während auf das restliche Kreisgebiet nur 29 Industriebeschäftigte je 1 000 Einwohner entfielen (Landkreis Bernkastel-Wittlich 48, Stadt Wittlich 124, Durchschnitt der Verbandsgemeinden

37). Die Aufteilung nach 51 Mittelbereichen weist gegenüber einer Einteilung nach 37 Stadt- und Landkreisen eine ausgewogenere Wirtschaftsraumstruktur auf, dennoch kann auch diese Gliederung keineswegs als optimal bezeichnet werden. In diesem Zusammenhang ist eine vergleichende Ergebnisdarstellung nach Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden recht aufschlußreich; die Ergebnisse einer solchen Sonderaufbereitung werden daher hier ergänzend dargeboten.

Nach Mittelbereichen errechnet sich für das Jahr 1969 die höchste Lohn- und Gehaltsquote je Arbeitnehmer mit 14 408 DM für Ludwigshafen, das den Landesdurchschnitt, der sich auf 11 080 DM stellt, um 30% und den Bundesdurchschnitt (ohne Berlin) mit 11 649 DM um 24% übersteigt. Infolge der hohen Beschäftigtendichte entfällt auf den Mittelbereich Ludwigshafen ein Anteil der Löhne und Gehälter von 13,6%. Die Differenzierung nach Wirtschaftsbereichen, wo die Chemie und Mineralölverarbeitung mit einem Durchschnitt von über 16 500 DM eine Spitzenstellung einnimmt, erklärt diese hohe Abweichung. An zweiter Stelle folgt der Mittelbereich Ingelheim mit 12 904 DM, wo ebenfalls der Chemiewirtschaft eine dominierende Stellung zukommt. Am unteren Ende dieser Skala rangieren die Mittelbereiche Bernkastel-Kues/Traben-Trarbach (8 856 DM) und Wittlich (8 883 DM). Die starke Differenzierung nach Wirtschaftsbereichen erklärt die Niveauunterschiede, sofern Branchen Gruppen mit überwiegend hohen oder niederen Durchschnittswerten eine strukturbestimmende Bedeutung zukommt. Nach Wirtschaftsunterabteilungen errechnet sich der niederste Wert für Betriebe der Reinigung und Körperpflege mit 4 640 DM, der im Bundesvergleich den Wert dieser Branche für das Saarland noch um 26,3% überstieg, dennoch um 34,6% hinter dem des Landes Hamburg zurückblieb. Ebenfalls liegen die Werte für das Gesundheits- und Veterinärwesen mit 6 514 DM und für das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe weit unter dem Landesdurchschnitt.



Das Einkommensniveau der Arbeitnehmer in den verbandsfreien und Verbandsgemeinden 1969/70

Verwaltungsbezirk Verbandsfreie und Verbandsgemeinde	Fläche	Wohn- bevöl- kerung	Ar- beits- stätten mit Arbei- neh- mern	Tätige Per- sonen	Arbeit- nehmer	Löhne und Gehälter	Ein- woh- ner je qkm	Be- schäf- tigte je 1 000 Einw.	Löhne und Ge- hälter je Ar- beit- neh- mer	Abweichung vom	
										Lan- des-	Bun- des-
										durchschnitt	durchschnitt
	qkm		Anzahl			1 000 DM		Anzahl	DM	%	
Rheinland-Pfalz	19 837,64	3 645 437	86 489	1 197 959	1 109 375	12 292 924	183	328	11 080	.	- 4,9
Regierungsbezirk Koblenz	8 089,25	1 354 269	34 210	427 618	391 509	4 129 082	167	316	10 547	- 4,8	- 9,5
Kreisfreie Stadt Koblenz	102,85	119 434	3 441	69 877	66 430	772 670	1 161	585	11 631	5,0	- 0,2
Landkreis Ahrweiler	787,04	103 862	2 711	28 833	25 944	269 013	132	278	10 369	- 6,4	- 11,0
Verbandsfreie Gemeinde											
Bad Neuenahr-Ahrweiler, St.	57,62	23 619	742	10 481	9 607	101 752	410	444	10 591	- 4,4	- 9,1
Remagen, Stadt	33,09	13 590	324	4 241	3 881	40 155	411	312	10 347	- 6,6	- 11,2
Sinzig, Stadt	40,96	12 116	259	3 012	2 704	29 103	296	249	10 763	- 2,9	- 7,6
Verbandsgemeinde											
Adenau	257,86	13 208	408	2 653	2 341	20 892	51	201	8 924	- 19,5	- 23,4
Altenahr	149,29	10 217	262	2 147	1 885	19 976	68	210	10 597	- 4,4	- 9,0
Bad Breisig	41,90	9 531	285	3 000	2 651	28 825	227	315	10 873	- 1,9	- 6,7
Brohlthal	144,28	15 259	327	2 830	2 479	24 133	106	185	9 735	- 12,1	- 16,4
Ringen	62,04	6 322	104	469	396	4 177	102	74	10 548	- 4,8	- 9,5
Landkreis Altenkirchen (Ww.)	641,69	121 181	2 593	35 586	32 961	340 986	189	294	10 345	- 6,6	- 11,2
Verbandsfreie Gemeinde											
Herdorf	18,01	7 734	131	1 719	1 583	15 404	429	222	9 731	- 12,2	- 16,5
Verbandsgemeinde											
Altenkirchen (Ww.)	153,53	18 285	563	6 112	5 560	54 317	119	334	9 769	- 11,8	- 16,1
Betzdorf	24,56	15 597	423	7 933	7 515	72 716	635	509	9 676	- 12,7	- 16,9
Daaden	60,98	11 197	208	2 784	2 591	28 057	184	249	10 829	- 2,3	- 7,0
Flammersfeld	75,28	8 610	198	1 584	1 372	14 229	114	184	10 371	- 6,4	- 11,0
Gebhardshain	48,98	9 182	151	1 198	1 067	10 733	187	130	10 059	- 9,2	- 13,6
Hamm (Sieg)	42,28	9 664	161	3 325	3 157	31 995	229	344	10 135	- 8,5	- 13,0
Kirchen (Sieg)	126,78	26 281	461	7 025	6 506	74 914	207	267	11 515	3,9	- 1,2
Wissen	91,29	14 631	297	3 906	3 610	38 621	160	267	10 698	- 3,4	- 8,2
Landkreis Bad Kreuznach	863,60	147 360	3 360	49 011	45 546	461 791	171	333	10 139	- 8,5	- 13,0
Verbandsfreie Gemeinde											
Bad Kreuznach, Stadt	46,09	42 146	1 310	26 556	25 151	264 727	914	630	10 526	- 5,0	- 9,6
Kirn, Stadt	16,52	10 777	330	6 414	6 081	57 508	652	595	9 457	- 14,6	- 18,8
Verbandsgemeinde											
Bad Kreuznach	48,10	7 033	112	527	434	4 453	146	75	10 260	- 7,4	- 11,9
Bad Münster am Stein-Ebernbn.	59,52	10 744	252	1 905	1 655	16 082	181	177	9 717	- 12,3	- 16,6
Kirn-Land	117,99	9 691	148	1 442	1 310	12 124	82	149	9 255	- 16,5	- 20,6
Langenslonsheim	49,38	11 209	172	2 161	1 955	19 773	227	193	10 114	- 8,7	- 13,2
Meisenheim	100,25	9 474	199	2 159	1 989	18 946	95	228	9 525	- 14,0	- 18,2
Rüdesheim	172,56	19 687	301	2 141	1 815	17 699	114	109	9 752	- 12,0	- 16,3
Sobernheim	173,68	19 402	402	4 409	3 994	38 056	112	227	9 528	- 14,0	- 18,2
Stromberg	79,51	7 197	134	1 297	1 162	12 423	91	180	10 691	- 3,5	- 8,2
Landkreis Birkenfeld	794,86	93 619	2 795	30 181	27 020	265 084	118	322	9 811	- 11,5	- 15,8
Verbandsfreie Gemeinde											
Idar-Oberstein, Stadt	66,18	39 000	1 298	17 750	16 131	159 032	589	455	9 859	- 11,0	- 15,4
Verbandsgemeinde											
Baumholder	79,02	11 494	317	3 681	3 352	32 287	145	320	9 632	- 13,1	- 17,3
Birkenfeld	211,59	18 542	428	4 184	3 777	38 028	88	226	10 068	- 9,1	- 13,6
Herrstein	224,94	16 839	551	2 982	2 361	20 161	75	177	8 539	- 22,9	- 26,7
Rhaunen	103,99	7 489	178	887	722	6 719	72	118	9 306	- 16,0	- 20,1
Gemeindefreies Gebiet											
Gutsbezirk Baumholder	109,14	255	23	697	677	8 857	2	2 733	13 083	18,1	12,3
Landkreis Cochem-Zell	716,46	65 998	1 795	15 710	13 714	127 120	92	238	9 269	- 16,3	- 20,4
Verbandsfreie Gemeinde											
Cochem, Stadt	21,07	6 946	333	4 053	3 639	31 747	330	584	8 724	- 21,3	- 25,1
Verbandsgemeinde											
Cochem-Land	125,07	11 626	256	1 288	975	8 242	93	111	8 453	- 23,7	- 27,4
Kaisersesch	99,63	10 860	217	1 684	1 478	11 753	109	155	7 952	- 28,2	- 31,7
Lutzerath	146,59	9 780	264	2 180	1 881	20 827	67	223	11 072	- 0,1	- 5,0
Treis-Karden	130,34	9 953	224	1 741	1 526	14 561	76	175	9 542	- 13,9	- 18,1
Zell (Mosel)	193,76	16 833	501	4 764	4 215	39 990	87	283	9 488	- 14,4	- 18,6
Landkreis Mayen-Koblenz	820,18	185 756	4 068	49 410	44 905	483 835	226	266	10 775	- 2,8	- 7,5
Verbandsfreie Gemeinde											
Andernach, Stadt	53,38	27 140	695	12 951	12 180	139 796	508	477	11 478	3,6	- 1,5
Bendorf, Stadt	22,28	14 610	327	4 977	4 625	52 166	656	341	11 279	1,8	- 3,2
Mayen, Stadt	58,13	20 765	632	9 604	8 877	89 456	357	463	10 077	- 9,1	- 13,5
Verbandsgemeinde											
Andernach-Land	55,26	15 036	335	3 868	3 456	38 216	272	257	11 058	- 0,2	- 5,1
Maifeld	161,98	16 810	348	2 420	2 094	21 465	104	144	10 251	- 7,5	- 12,0
Mayen-Land	167,69	15 295	238	1 468	1 258	11 963	91	96	9 510	- 14,2	- 18,4
Mendig	54,00	12 066	244	2 472	2 191	22 551	223	205	10 293	- 7,1	- 11,6
Rhens	29,44	8 137	135	1 224	1 071	11 412	276	150	10 655	- 3,8	- 8,5
Untermosel	137,75	15 914	341	2 051	1 654	15 144	116	129	9 156	- 17,4	- 21,4
Vallendar	26,33	12 921	244	2 087	1 808	16 617	491	162	9 191	- 17,0	- 21,1
Weißenthurm	53,94	27 062	529	6 288	5 691	65 049	502	232	11 430	3,2	- 1,9



Verwaltungsbezirk Verbandsfreie und Verbandsgemeinde	Fläche	Wohn- bevöl- kerung	Ar- beits- stätten mit Arbeit- neh- mern	Tätige Per- sonen	Arbeit- nehmer	Löhne und Gehälter	Ein- woh- ner je qkm	Be- schäf- tigte je 1 000 Einw.	Löhne und Ge- hälter je Ar- beit- neh- mer	Abweichung vom	
										Lan- des-	Bun- des-
										durchschnitt	durchschnitt
	qkm		Anzahl			1 000 DM	Anzahl		DM	%	%
Landkreis Neuwied	626,79	148 202	3 571	46 859	42 788	469 362	236	316	10 969	- 1,0	- 5,8
Verbandsfreie Gemeinde											
Neuwied, Stadt	86,47	62 560	1 627	26 319	24 469	275 129	723	421	11 244	1,5	- 3,5
Verbandsgemeinde											
Asbach	108,22	13 496	293	2 844	2 532	26 700	125	211	10 545	- 4,8	- 9,5
Bad Hönningen	55,24	12 412	291	3 834	3 477	41 362	225	309	11 896	7,4	2,1
Dierdorf	65,70	7 740	172	1 527	1 334	13 528	118	197	10 141	- 8,5	- 12,9
Linz a. Rhein	64,78	15 395	360	4 930	4 543	48 809	238	320	10 744	- 3,0	- 7,8
Puderbach	95,66	10 224	217	2 900	2 700	28 198	107	284	10 444	- 5,7	- 10,3
Rengsdorf	74,97	10 610	262	1 889	1 554	14 452	142	178	9 300	- 16,1	- 20,2
Unkel	26,58	8 775	207	1 480	1 223	12 784	330	169	10 453	- 5,7	- 10,3
Waldbreitbach	49,17	6 990	142	1 136	956	8 400	142	163	8 787	- 20,7	- 24,6
Oberwesterwaldkreis	568,75	76 974	1 955	18 853	16 871	167 496	135	245	9 928	- 10,4	- 14,8
Verbandsgemeinde											
Bad Marienberg (Westerwald)	83,07	15 339	483	4 676	4 128	42 959	185	305	10 407	- 6,1	- 10,7
Hachenburg	173,72	19 892	552	4 989	4 439	43 124	115	251	9 715	- 12,3	- 16,6
Rennerod	133,04	14 000	302	2 537	2 262	21 015	105	181	9 290	- 16,2	- 20,3
Wallmerod	82,94	11 026	219	1 784	1 582	15 726	133	162	9 941	- 10,3	- 14,7
Westerburg	111,50	19 631	456	5 175	4 717	47 476	176	264	10 065	- 9,2	- 13,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	962,52	87 450	2 467	23 966	21 613	200 812	91	274	9 291	- 16,1	- 20,2
Verbandsgemeinde											
Boppard	75,30	15 671	447	4 326	3 827	34 704	208	276	9 068	- 18,2	- 22,2
Emmelshausen	134,66	10 604	244	2 605	2 383	21 632	79	246	9 078	- 18,1	- 22,1
Kastellaun	153,07	12 079	408	2 724	2 396	19 933	79	226	8 319	- 24,9	- 28,6
Kirchberg (Hunsrück)	227,67	16 099	474	4 741	4 314	43 272	71	294	10 031	- 9,5	- 13,9
Rheinböllen	107,99	7 692	170	2 721	2 588	21 901	71	354	8 463	- 23,6	- 27,3
Sankt Goar-Oberwesel	98,42	10 525	310	2 332	1 965	19 038	107	222	9 689	- 12,6	- 16,8
Simmern	165,41	14 780	414	4 517	4 140	40 332	89	306	9 742	- 12,1	- 16,4
Rhein-Lahn-Kreis	772,50	118 235	3 105	31 172	28 038	288 747	153	264	10 298	- 7,1	- 11,6
Verbandsfreie Gemeinde											
Lahnstein, Stadt	36,93	19 695	448	7 543	7 061	81 586	533	383	11 554	4,3	- 0,8
Verbandsgemeinde											
Bad Ems	57,47	16 902	513	5 012	4 480	46 745	294	297	10 434	- 5,8	- 10,4
Braubach	56,62	8 363	153	1 254	1 070	11 407	148	150	10 661	- 3,8	- 8,5
Diez	106,21	23 114	578	6 199	5 647	55 487	218	268	9 826	- 11,3	- 15,6
Hahnstätten	56,59	8 191	192	1 845	1 649	16 977	145	225	10 295	- 7,1	- 11,6
Katzenelnbogen	103,82	7 596	207	1 269	1 080	9 446	73	167	8 746	- 21,1	- 24,9
Nassau	97,20	11 370	319	2 933	2 618	25 549	117	258	9 759	- 11,9	- 16,2
Nastätten	155,63	13 049	389	2 945	2 542	20 560	84	226	8 088	- 27,0	- 30,6
Sankt Goarshausen	111,96	11 903	333	2 362	2 048	22 192	106	198	10 836	- 2,2	- 7,0
Unterwesterwaldkreis	432,01	86 198	2 349	28 160	25 679	282 166	200	327	10 988	- 0,8	- 5,7
Verbandsfreie Gemeinde											
Stromberg	1,83	1 218	17	231	209	2 877	666	190	13 766	24,2	18,2
Verbandsgemeinde											
Höhr-Grenzhausen	35,84	11 939	430	5 862	5 380	62 414	333	491	11 601	4,7	- 0,4
Montabaur	151,22	28 902	717	7 503	6 816	68 790	191	260	10 092	- 8,9	- 13,4
Ransbach-Baumbach	49,86	10 256	329	4 797	4 397	49 871	206	468	11 342	2,4	- 2,6
Selters (Westerwald)	111,15	11 949	302	2 428	2 132	20 966	108	203	9 834	- 11,2	- 15,6
Wirges	56,66	17 072	470	6 841	6 331	73 242	301	401	11 569	4,4	- 0,7
Regierungsbezirk Trier	4 921,49	482 412	11 646	129 769	118 364	1 181 791	98	269	9 984	- 9,9	- 14,3
Kreisfreie Stadt Trier	117,39	103 724	2 865	49 166	46 225	497 911	884	474	10 771	- 2,8	- 7,5
Landkreis Bernkastel-Wittlich	1 176,47	109 983	2 975	25 619	22 634	201 017	93	233	8 881	- 19,8	- 23,8
Verbandsfreie Gemeinde											
Wittlich, Stadt	49,17	14 215	548	7 932	7 382	67 530	289	558	9 148	- 17,4	- 21,5
Verbandsgemeinde											
Bernkastel-Kues	207,01	25 151	707	5 565	4 794	42 503	121	221	8 866	- 20,0	- 23,9
Kröv in Bausendorf	116,26	9 241	201	1 181	969	7 746	79	128	7 994	- 27,9	- 31,4
Manderscheid	162,07	7 986	180	1 275	1 120	9 185	49	160	8 201	- 26,0	- 29,6
Morbach	122,11	9 473	229	1 740	1 543	14 206	78	184	9 207	- 16,9	- 21,0
Neumagen-Dhron	51,31	7 171	201	1 102	870	7 034	140	154	8 085	- 27,0	- 30,6
Thalfang	144,85	7 297	171	1 422	1 278	11 032	50	195	8 632	- 22,1	- 25,9
Traben-Trarbach	88,21	10 467	411	3 130	2 709	24 615	119	299	9 086	- 18,0	- 22,0
Wittlich-Land	235,48	18 982	327	2 272	1 969	17 166	81	120	8 718	- 21,3	- 25,2
Landkreis Bitburg-Prüm	1 626,19	93 396	2 273	19 885	17 733	169 125	57	213	9 537	- 13,9	- 18,1
Verbandsfreie Gemeinde											
Bitburg, Stadt	47,46	10 119	425	6 932	6 453	64 350	213	685	9 972	- 10,0	- 14,4
Verbandsgemeinde											
Arzfeld	265,61	10 535	203	1 451	1 267	10 439	40	138	8 239	- 25,6	- 29,3
Bitburg-Land	275,89	16 304	272	1 155	947	8 783	59	71	9 275	- 16,3	- 20,4
Irrel	113,86	8 243	207	1 141	965	8 762	72	138	9 080	- 18,1	- 22,1
Kyllburg	153,09	8 949	194	1 180	979	8 767	58	132	8 955	- 19,2	- 23,1
Neuerburg	246,14	10 817	285	1 808	1 551	12 903	44	167	8 319	- 24,9	- 28,6
Prüm	464,01	20 521	514	4 560	4 109	38 821	44	222	9 448	- 14,7	- 18,9
Speicher	60,13	7 908	173	1 658	1 462	16 300	132	210	11 149	0,6	- 4,3



Verwaltungsbezirk Verbandsfreie und Verbandsgemeinde	Fläche	Wohn- bevöl- kerung	Ar- beits- stätten mit Arbeit- neh- mern	Tätige Per- sonen	Arbeit- nehmer	Löhne und Gehälter	Ein- woh- ner je qkm	Be- schäf- tigte je 1 000 Einw.	Löhne und Ge- hälter je Ar- beit- neh- mer	Abweichung vom	
										Land- des- -	Bun- des- -
										durchschnitt	durchschnitt
	qkm		Anzahl			1 000 DM		Anzahl	DM	%	
Landkreis Daun	909,66	56 954	1 456	13 168	11 821	112 872	63	231	9 548	- 13,8	- 18,0
Verbandsfreie Gemeinde											
Brück	8,64	379	7	76	72	689	44	201	9 569	- 13,6	- 17,9
Verbandsgemeinde											
Daun	306,94	20 121	529	4 660	4 168	37 661	66	232	9 036	- 18,4	- 22,4
Gerolstein	188,02	13 887	359	3 962	3 610	36 687	74	285	10 163	- 8,3	- 12,8
Hillesheim	129,00	7 673	183	1 553	1 371	12 278	59	202	8 956	- 19,2	- 23,1
Kelberg	139,84	6 737	179	838	719	6 069	48	124	8 441	- 23,8	- 27,5
Obere Kyll	137,22	8 157	199	2 079	1 881	19 488	59	255	10 360	- 6,5	- 11,1
Landkreis Trier-Saarburg	1 091,78	118 355	2 077	21 931	19 951	200 866	108	185	10 068	- 9,1	- 13,6
Verbandsgemeinde											
Hermeskeil	145,00	14 543	276	2 848	2 571	23 862	100	196	9 281	- 16,2	- 20,3
Kell	160,14	9 247	144	1 651	1 521	13 903	58	179	9 141	- 17,5	- 21,5
Konz	130,85	23 567	426	7 440	7 023	76 518	180	316	10 895	- 1,7	- 6,5
Ruwer	126,49	12 773	173	2 498	2 350	24 757	101	196	10 535	- 4,9	- 9,6
Saarburg	199,61	20 430	453	3 532	3 123	30 711	102	173	9 834	- 11,2	- 15,6
Schweich	153,85	21 252	357	2 476	2 090	18 021	138	117	8 622	- 22,2	- 26,0
Trier-Land	175,84	16 543	248	1 486	1 273	13 094	94	90	10 286	- 7,2	- 11,7
Regierungsbezirk Rheinhausen-Pfalz	6 826,90	1 808 756	40 633	640 572	599 502	6 982 051	265	354	11 646	5,1	0,0
Kreisfreie Städte											
Frankenthal (Pfalz)	43,83	40 898	809	20 015	19 164	232 948	933	489	12 155	9,7	4,3
Kaiserslautern	139,42	99 617	2 533	54 593	52 029	575 452	715	548	11 060	- 0,2	- 5,1
Landau i. d. Pfalz	82,16	38 644	1 243	20 214	18 864	181 116	70	523	9 601	- 13,3	- 17,6
Ludwigshafen a. Rhein	68,05	176 031	3 529	110 754	107 254	1 584 494	2 587	629	14 773	33,3	26,8
Mainz	97,60	172 195	4 305	93 538	89 499	1 150 208	1 764	543	12 852	16,0	10,3
Neustadt a. d. Weinstr.	113,07	50 909	1 462	19 545	18 008	196 600	450	384	10 917	- 1,5	- 6,3
Pirmasens	61,08	57 773	1 648	28 731	26 927	288 309	946	497	10 707	- 3,4	- 8,1
Speyer	42,57	41 763	1 006	20 674	19 640	220 474	981	495	11 226	1,3	- 3,6
Worms	108,74	76 697	1 781	29 416	27 471	308 223	705	384	11 220	1,3	- 3,7
Zweibrücken	70,67	38 251	946	18 542	17 547	193 451	541	485	11 025	- 0,5	- 5,4
Landkreis Alzey-Worms	598,80	97 780	2 035	16 207	14 127	131 076	163	166	9 278	- 16,3	- 20,4
Verbandsfreie Gemeinde											
Alzey, Stadt	35,32	14 646	450	6 111	5 632	53 871	415	417	9 565	- 13,7	- 17,9
Osthofen, Stadt	18,63	6 732	143	1 406	1 239	12 007	361	209	9 691	- 12,5	- 16,8
Verbandsgemeinde											
Alzey-Land	173,79	19 308	352	1 913	1 598	14 298	111	99	8 947	- 19,3	- 23,2
Eich	68,49	11 139	200	1 295	1 079	9 111	163	116	8 444	- 23,8	- 27,5
Monsheim	45,53	8 659	168	1 061	904	8 515	190	123	9 419	- 15,0	- 19,1
Westhofen	72,32	10 292	198	1 111	902	8 056	142	108	8 931	- 19,4	- 23,3
Wöllstein	61,43	7 655	167	850	681	6 072	125	111	8 916	- 19,5	- 23,5
Wörstadt	112,72	17 873	331	2 336	1 996	18 156	159	131	9 096	- 17,9	- 21,9
Landkreis Bad Dürkheim	591,53	115 654	2 659	25 153	25 339	272 404	196	243	10 750	- 3,0	- 7,7
Verbandsfreie Gemeinde											
Bad Dürkheim, Stadt	102,65	16 620	511	5 079	4 522	46 338	162	306	10 247	- 7,5	- 12,0
Duttweiler	4,20	872	14	43	33	279	208	49	8 455	- 23,7	- 27,4
Grünstadt, Stadt	18,09	10 582	328	6 037	5 674	73 454	585	570	12 946	16,8	11,1
Haßloch	39,96	17 864	365	4 742	4 318	39 537	447	265	9 156	- 17,4	- 21,4
Verbandsgemeinde											
Deidesheim	57,08	9 368	225	1 167	933	8 865	164	125	9 502	- 14,2	- 18,4
Freinsheim	60,70	11 178	224	1 298	1 050	9 670	184	116	9 210	- 16,9	- 20,9
Grünstadt-Land	104,93	16 885	307	2 718	2 444	27 051	161	161	11 068	- 0,1	- 5,0
Hettenleidelheim	40,28	9 221	189	1 801	1 601	16 103	229	195	10 058	- 9,2	- 13,7
Lambrecht (Pfalz)	121,62	16 237	347	4 436	4 084	44 736	134	273	10 954	- 1,1	- 6,0
Wachenheim a. d. Weinstraße	42,02	6 827	149	832	680	6 371	162	122	9 369	- 15,4	- 19,6
Donnersbergkreis	635,01	66 356	1 574	15 537	14 291	141 458	104	234	9 898	- 10,7	- 15,0
Verbandsgemeinde											
Alsenz-Obermoschel	102,95	8 342	195	1 310	1 167	10 196	81	157	8 737	- 21,1	- 25,0
Eisenberg (Pfalz)	63,71	11 292	248	4 187	3 950	44 026	177	371	11 146	0,6	- 4,3
Göllheim	79,52	9 013	192	1 544	1 384	13 141	113	171	9 495	- 14,3	- 18,5
Kirchheimbolanden	147,44	15 580	380	3 657	3 340	31 712	106	235	9 495	- 14,3	- 18,5
Rockenhausen	140,67	11 984	341	3 050	2 843	27 084	85	255	9 527	- 14,0	- 18,2
Winnweiler	111,17	10 746	235	1 822	1 639	15 475	97	170	9 442	- 14,8	- 18,9
Landkreis Germersheim	469,95	92 518	1 736	26 081	24 257	269 618	197	282	11 115	0,3	- 4,6
Verbandsfreie Gemeinde											
Germersheim, Stadt	23,03	11 106	292	6 014	5 734	61 278	482	542	10 687	- 3,5	- 8,3
Verbandsgemeinde											
Bellheim	43,57	10 228	199	1 932	1 674	15 722	235	189	9 392	- 15,2	- 19,4
Hagenbach	32,63	9 111	140	1 234	1 087	11 541	279	135	10 617	- 4,2	- 8,9
Jockgrim	39,27	11 499	205	1 607	1 381	16 021	293	140	11 601	4,7	- 0,4
Kandel	68,95	12 228	265	2 798	2 546	24 427	177	229	9 594	- 13,4	- 17,6
Lingenfeld	70,21	11 765	189	1 567	1 367	13 315	168	133	9 740	- 12,1	- 16,4
Rülzheim	52,92	11 142	219	1 770	1 531	13 104	211	159	8 559	- 22,8	- 26,5
Wörth a. Rhein	134,46	14 601	210	9 073	8 865	113 746	109	621	12 831	15,8	10,1



Verwaltungsbezirk Verbandsfreie und Verbandsgemeinde	Fläche	Wohn- bevöl- kerung	Ar- beits- stätten mit Arbeit- neh- mern	Tätige Per- sonen	Arbeit- nehmer	Löhne und Gehälter	Ein- woh- ner je qkm	Be- schäf- tigte je 1 000 Einw.	Löhne und Ge- hälter je Ar- beit- neh- mer	Abweichung vom	
										Lan- des-	Bun- des-
										durchschnitt	
	qkm		Anzahl			1 000 DM		Anzahl	DM	%	
Landkreis Kaiserslautern Verbandsgemeinde	639,90	96 314	1 995	21 953	20 009	189 664	151	228	9 479	- 14,4	- 18,6
Bruchmühlbach-Miesau	59,58	9 449	150	3 671	3 531	34 307	159	389	9 716	- 12,3	- 16,6
Enkenbach-Alsenborn	64,16	10 625	247	3 158	2 896	28 882	166	297	9 973	- 10,0	- 14,4
Hochspeyer	78,21	6 705	127	1 020	868	7 890	86	152	9 090	- 18,0	- 22,0
Kaiserslautern-Süd	94,12	8 900	178	1 283	1 097	9 540	95	144	8 696	- 21,5	- 25,3
Landstuhl	56,46	16 150	427	4 875	4 488	40 577	286	302	9 041	- 18,4	- 22,4
Otterbach	47,10	8 922	158	857	711	6 573	189	96	9 245	- 16,6	- 20,6
Otterberg	75,75	8 362	162	1 096	953	8 581	110	131	9 004	- 18,7	- 22,7
Ramstein-Miesenbach	92,53	17 067	356	4 900	4 536	44 143	184	287	9 732	- 12,2	- 16,5
Weilerbach	71,99	10 134	190	1 093	929	9 171	141	108	9 872	- 10,9	- 15,3
Landkreis Kusel Verbandsgemeinde	566,95	79 641	1 718	13 814	12 256	110 480	140	173	9 014	- 18,6	- 22,6
Altenglan	75,20	11 992	229	1 972	1 760	14 372	159	164	8 166	- 26,3	- 29,9
Glan-Münchweiler	78,80	10 460	185	907	753	7 126	133	87	9 463	- 14,6	- 18,8
Kusel	98,89	15 055	380	3 813	3 451	32 986	152	253	9 558	- 13,7	- 18,0
Lauterecken	121,54	13 799	337	2 732	2 440	21 783	114	198	8 927	- 19,4	- 23,4
Schönenberg-Kübelberg	50,68	11 548	223	1 124	897	7 477	228	97	8 336	- 24,8	- 28,4
Waldmohr	27,97	6 599	129	915	794	7 637	236	139	9 618	- 13,2	- 17,4
Wolfstein	103,42	9 587	218	2 318	2 129	18 924	93	242	8 889	- 19,8	- 23,7
Landkreis Landau-Bad Bergz. Verbandsgemeinde	628,79	97 368	2 342	21 491	19 193	180 749	155	221	9 417	- 15,0	- 19,2
Annweiler am Trifels	129,86	17 775	468	5 132	4 654	44 159	137	289	9 488	- 14,4	- 18,6
Bad Bergzabern	157,72	20 869	546	5 544	5 061	49 546	132	266	9 790	- 11,6	- 16,0
Edenkoben	119,57	19 073	479	4 067	3 592	35 265	160	213	9 818	- 11,4	- 15,7
Herxheim	49,95	12 053	301	3 246	2 919	25 391	241	269	8 699	- 21,5	- 25,3
Landau-Land	91,21	13 433	250	1 568	1 334	11 733	147	117	8 795	- 20,6	- 24,5
Maikammer	39,74	7 108	159	960	794	7 364	179	135	9 275	- 16,3	- 20,4
Offenbach a. d. Queich	45,65	7 895	156	1 060	911	7 755	173	134	8 513	- 23,2	- 26,9
Landkreis Ludwigshafen Verbandsfreie Gemeinde	314,06	117 403	1 838	15 161	13 043	132 409	374	129	10 152	- 8,4	- 12,9
Altrip	10,49	5 341	96	645	533	4 973	509	121	9 330	- 15,8	- 19,9
Bobenheim-Roxheim	20,46	8 807	115	1 418	1 290	14 753	430	161	11 436	3,2	- 1,8
Böhl-Iggelheim	32,85	9 488	126	1 279	1 133	11 202	289	135	9 887	- 10,8	- 15,1
Lambsheim	12,75	5 496	86	611	520	4 998	431	111	9 612	- 13,2	- 17,5
Limburgerhof	8,97	8 813	116	1 445	1 326	15 449	982	164	11 651	5,2	0,0
Mutterstadt	20,47	8 306	150	994	806	7 468	406	120	9 266	- 16,4	- 20,5
Neuhofen	12,30	5 291	70	403	313	3 139	430	76	10 029	- 9,5	- 13,9
Römerberg	27,86	6 536	100	583	469	4 568	235	89	9 740	- 12,1	- 16,4
Ruchheim	9,29	2 267	33	212	176	2 071	244	94	11 767	6,2	1,0
Schifferstadt, Stadt	28,06	17 148	322	3 346	2 960	28 800	611	195	9 730	- 12,2	- 16,5
Verbandsgemeinde											
Dannstadt-Schauernheim	33,20	9 219	151	913	731	6 842	278	99	9 360	- 15,5	- 19,6
Dudenhofen	27,12	7 329	112	829	698	6 752	270	113	9 673	- 12,7	- 17,0
Heßheim	25,01	7 555	95	363	274	2 388	302	48	8 715	- 21,3	- 25,2
Maxdorf	16,72	8 923	145	1 345	1 182	12 865	534	151	10 884	- 1,8	- 6,6
Waldsee	28,51	6 884	121	775	632	6 141	241	113	9 717	- 12,3	- 16,6
Landkreis Mainz-Bingen Verbandsfreie Gemeinde	593,19	149 798	3 186	38 137	34 708	383 822	253	255	11 059	- 0,2	- 5,1
Bingen, Stadt	37,76	25 542	755	11 386	10 568	112 485	676	446	10 644	- 3,9	- 8,6
Budenheim	10,97	7 291	141	2 181	2 014	24 055	665	299	11 944	7,8	2,5
Ingelheim am Rhein, Stadt	49,86	19 735	411	8 605	8 137	112 183	396	436	13 787	24,4	18,4
Verbandsgemeinde											
Bingen-Land	114,59	14 524	321	1 584	1 246	10 329	127	109	8 290	- 25,2	- 28,8
Bodenheim	33,43	10 760	174	1 994	1 810	14 727	322	185	8 136	- 26,6	- 30,2
Gau-Algesheim	60,61	11 576	219	2 038	1 827	16 399	191	176	8 976	- 19,0	- 22,9
Guntersblum	58,45	7 789	154	748	593	4 869	133	96	8 211	- 25,9	- 29,5
Heidesheim am Rhein	23,46	7 477	119	1 097	959	9 699	319	147	10 114	- 8,7	- 13,2
Nieder-Olm	73,27	16 102	242	2 314	2 044	24 495	220	144	11 984	8,2	2,9
Nierstein-Oppenheim	85,33	20 739	483	3 850	3 339	33 305	243	186	9 975	- 10,0	- 14,4
Sprendlingen-Gensingen	56,03	9 739	193	2 464	2 267	22 266	174	253	9 822	- 11,4	- 15,7
Landkreis Pirmasens Verbandsgemeinde	961,53	103 146	2 288	28 016	25 876	239 096	107	272	9 240	- 16,6	- 20,7
Dahn	215,63	15 086	389	4 607	4 219	39 277	70	305	9 310	- 16,0	- 20,1
Hauenstein	117,34	10 562	276	4 534	4 261	38 914	90	429	9 133	- 17,6	- 21,6
Pirmasens-Land	143,01	11 521	237	2 753	2 540	19 857	81	239	7 818	- 29,4	- 32,9
Rodalben	123,95	16 311	413	6 028	5 581	53 085	132	370	9 512	- 14,2	- 18,3
Thaleischweiler-Fröschen	63,63	11 797	241	2 516	2 291	22 224	185	213	9 701	- 12,4	- 16,7
Waldfischbach-Burgalben	94,26	13 863	313	4 786	4 492	42 346	147	345	9 427	- 14,9	- 19,1
Wallhalben	78,99	7 547	142	867	780	6 903	96	115	8 850	- 20,1	- 24,0
Zweibrücken-Land	124,72	16 459	277	1 925	1 712	16 490	132	117	9 632	- 13,1	- 17,3



Die Ergebnisgliederung nach verbandsfreien und Verbandsgemeinden beinhaltet eine zahlenmäßig wesentlich stärkere Gebietsunterteilung und damit eine stärkere Auffächerung nach monostrukturierten Räumen, so daß hier die Einkommensunterschiede der Arbeitnehmer stärker erkennbar werden, obwohl der Durchschnittswert von Rheinland-Pfalz mit 11 080 DM nicht allzu stark ( $-4,2\%$ ) hinter dem Ergebnis der Flächenstaaten (11 565 DM) zurückblieb. Nach dieser Gliederung wirkt sich der hohe Industrialisierungsgrad der Stadt Ludwigs-

hafen mit Schwerpunkt Chemie noch stärker aus, und ist das Gefälle zu ländlichen Randbezirken noch ausgeprägter.

Neben dem Abbau starker Einkommensniveauunterschiede ist auch die Beschäftigungsdichte, die hier unter Ausschluß der Betriebe ohne Arbeitnehmer gebildet wurde, für eine Neuabgrenzung der Fördergebiete von außerordentlichem Erkenntniswert.

Dr. K. H. Speth

## Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970

Vergleicht man für die Bundesländer die Verteilung der Erwerbstätigen - nach dem Wohnort - auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche und die Veränderungen, die seit 1961 in dieser Hinsicht Platz gegriffen haben, so zeigt sich, daß zwar bestimmte Tendenzen in allen Teilen des Bundesgebietes wirksam gewesen sind, die Entwicklung jedoch zum Teil recht unterschiedlich verlaufen ist. Der Vergleich kann dabei auf völlig kongruenten Zahlen aufbauen, da hier nur die Erwerbstätigen in ihrer wirtschaftssystematischen Gliederung zu untersuchen sind; dagegen müssen bei einer stärkeren Differenzierung der Ergebnisse für 1961 die Erwerbspersonen als Vergleichsangaben herangezogen werden, da die Volkszählung 1961 bei der Aufbereitung des Programms der eigentlichen Berufszählung von den Erwerbspersonen ausgeht.

Im gesamten Bundesgebiet ging die Zahl der Erwerbstätigen seit 1961 um  $0,8\%$  auf 26 493 500 zurück. Diese Abnahme ist darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft um  $44,5\%$  und im Bereich des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung um  $2,2\%$  sank und diese rückläufige Entwicklung nicht durch Zunahmen in den anderen Bereichen ausgeglichen werden konnte. Am stärksten verminderte sich die Zahl der Erwerbstätigen in Hamburg ( $-7,7\%$ ), Berlin-West ( $-7,1\%$ ), dem Saarland ( $-6,6\%$ ) und Rheinland-Pfalz ( $-6,3\%$ ). Etwas geringer waren dagegen die Einbußen in Bremen ( $-4,1\%$ ), Nordrhein-Westfalen ( $-3,4\%$ ) und Niedersachsen ( $-2,0\%$ ). Für die restlichen Bundesländer war demgegenüber ein leichter Zugang festzustellen, der für Baden-Württemberg und Bayern mit  $+3,4$  und  $+3,3\%$  etwa gleich hoch war, während er in Schleswig-Holstein nur  $+1,5\%$  ausmachte. Diese Ergebnisse kontrastieren zu der Entwicklung der Wohnbevölkerung, die sich - mit Ausnahme von Berlin-West und Hamburg - in allen Bundesländern erhöhte.

### Unterschiedliche Entwicklungstendenzen im Norden und Süden der Bundesrepublik

Die rückläufige Entwicklung der Erwerbstätigen hat in den einzelnen Ländern zum Teil unterschiedliche Ursachen. Während sie in Rheinland-Pfalz in erster Linie durch die starke Verminderung

der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft bedingt ist und die weiteren Abnahmen im Baugewerbe und im Verkehrsbereich demgegenüber eine geringere Rolle gespielt haben, sank dagegen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland die Zahl der Erwerbstätigen nicht nur in der Landwirtschaft und im Verkehrsbereich, sondern auch im gesamten produzierenden Gewerbe, was wegen der Bedeutung dieses Bereichs besonders schwerwiegend ist. In den Stadtstaaten, in denen die Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft verschwindend gering ist, nahm die Zahl der Erwerbstätigen vor allem auf Grund von starken Rückgängen im produzierenden Gewerbe sowie im Handel und Verkehrsbereich ab. In Niedersachsen verlief die Entwicklung ähnlich wie in Rheinland-Pfalz, nur daß hier die Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft nicht so stark schrumpfte, so daß der Rückgang für die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt geringer ausfiel. Wenn dagegen in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen die Zahl der Erwerbstätigen noch zunahm, so ist dies darauf zurückzuführen, daß die Abnahme der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft nicht nur durch Zugänge im Dienstleistungsbereich, sondern auch durch beträchtlich über dem Durchschnitt liegende Zuwachsraten im produzierenden Gewerbe ausgeglichen werden konnte. Von der gesamten Entwicklungstendenz her fällt an sich auch Rheinland-Pfalz in diese Ländergruppe; die Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft nahm hier aber noch erheblich stärker ab, während umgekehrt die Zunahme der Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe nicht so ausgeprägt war wie in den übrigen süddeutschen Ländern. Wenn in Schleswig-Holstein schließlich die Zahl der Erwerbstätigen noch um  $1,5\%$  zunahm, obwohl die Wachstumsrate für das verarbeitende Gewerbe (einschließlich Energiewirtschaft und Wasserversorgung) nur  $+1,1\%$  ausmachte, so ist dafür der im Bundesvergleich niedrige Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft maßgebend, der durch entsprechende Zunahmen im Dienstleistungsbereich voll kompensiert wurde.



## **Einschneidender Rückgang der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft in allen Bundesländern**

Gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen besitzen die einzelnen Wirtschaftsbereiche in den Bundesländern eine recht unterschiedliche Bedeutung. Der Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft ist mit Abstand am höchsten in Bayern (13,2%). Über dem Bundesdurchschnitt (7,5%) liegen daneben noch Niedersachsen (10,9%), Rheinland-Pfalz (10,7%) und Schleswig-Holstein (9,4%). In Baden-Württemberg und Hessen ist der Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft auf Grund einer insgesamt gesehen ähnlichen Wirtschaftsstruktur mit 7,9 und 6,3% etwa gleich groß. Außergewöhnlich niedrig sind dagegen die Quoten in Nordrhein-Westfalen (3,5%) und im Saarland (2,4%), obwohl der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Nordrhein-Westfalen mit rund 56% noch über dem Bundesdurchschnitt liegt (55%) und er sich im Saarland (46%) im wesentlichen auf der gleichen Höhe wie in den übrigen südwestdeutschen Ländern bewegt. Allerdings ist der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche nur einer der Faktoren, die die Höhe des Anteils der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft bestimmt. Hinzu kommt der Grad der Arbeitsintensität und die Stellung der Landwirtschaft im Rahmen der gesamten Wirtschaftsstruktur. Bei einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 73% in Schleswig-Holstein und 46% in Rheinland-Pfalz übersteigt deshalb gleichwohl der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz die Quote von Schleswig-Holstein, wozu insbesondere die höhere Arbeitsintensität der landwirtschaftlichen Produktion auf Grund anderer Kulturarten, die eine intensivere Bewirtschaftung verlangen (Weinbau, Obst- und Gemüsekulturen) und die Betriebsstruktur, das Vorherrschen von Klein- und Mittelbetrieben, beitragen.

## **Stärkeres Wachstum des produzierenden Gewerbes in den süddeutschen Ländern**

Die Erwerbstätigen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe erreichen den höchsten Anteil in Baden-Württemberg (47,3%), Nordrhein-Westfalen (46,3%), dem Saarland (44,9%) und Hessen (41,1%). Während in Nordrhein-Westfalen und dem Saarland, wo der Kohlenbergbau ursprünglich die Basis der industriellen Entwicklung bildete, die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Bereich seit 1961 um 8,0 und 8,9% zurückgegangen ist, konnten Hessen und Baden-Württemberg Zuwachsraten von + 9,8 und + 9,2% verbuchen. Am stärksten, und zwar um 10,5%, hat die Zahl der Erwerbstätigen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe in Bayern zugenommen, so daß ihr Anteil hier auf 39,2% gestiegen ist. Auf Grund von Zuwachsraten von + 6,7 und + 5,3% hat sich auch in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz der Anteil der Erwerbstätigen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe erhöht (auf 36,2 und 37,8%). Rückläufig war dagegen die Entwicklung in den Stadtstaaten; die Abnahme machte in Berlin-West — 17,1%, in Hamburg — 16,0% und Bremen — 10,6% aus, so daß der Anteil der Erwerbstätigen im Bergbau und ver-

arbeitenden Gewerbe auf 36,0 sowie 29,5 und 32,2% sank. Am niedrigsten ist der Industrialisierungsgrad in Schleswig-Holstein; mit einer Zuwachsrate von nur + 1,1% hielt sich der Anteil der Erwerbstätigen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe etwa auf dem Stand von 1961 (27,8%).

Im Baugewerbe und ebenso in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen des Dienstleistungsbereichs sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern — wenn man einmal von Stadtstaaten absieht — weniger ausgeprägt als im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes, da für die in diese Wirtschaftsabteilungen fallenden Branchen eine weniger starke Bindung an bestimmte regionale Standorte besteht. Die Abweichungen zwischen den Anteilsätzen für die einzelnen Länder sind deshalb weitgehend auf die Bedeutung dieser beiden Produktionsbereiche zurückzuführen. Der Anteil der Erwerbstätigen im Baugewerbe schwankt — bei einem Bundesdurchschnitt von 7,7% — in den Flächenländern zwischen 6,5% (Saarland) und 9,2% (Schleswig-Holstein). In Hamburg und Bremen macht er nur 5,2 und 5,8% aus, während er in Berlin-West 7,4% erreicht.

## **Stadtstaaten als Dienstleistungsmetropolen**

Für den Handel reicht die Variationsbreite von 10,0% (Baden-Württemberg) bis 13,4% (Nordrhein-Westfalen) und für den Verkehrsbereich von 4,3% (Baden-Württemberg) bis 6,3% (Hessen). Erheblich über dem Bundesdurchschnitt für diese beiden Bereiche (12,5 und 5,4%) liegen auf Grund der großen Bedeutung des Außenhandels und der Seeschifffahrt die Quoten für die beiden Hansestädte. Für Hamburg erreichen sie 19,0 und 11,2%, für Bremen 18,1 und 12,8%. In Berlin-West übersteigen dagegen die Anteile für den Handel und Verkehrsbereich (14,4 und 6,5%) den Bundesdurchschnitt nur geringfügig. Auch im Bereich der Dienstleistungen (unter Einschluß der Kreditinstitute und des Versicherungsgewerbes) ergeben sich bei den Stadtstaaten weit über dem Bundesdurchschnitt von 16,1% liegende Quoten. In Hamburg beläuft sich der Anteil der Erwerbstätigen in diesem Sektor auf 24,0%, in Berlin-West auf 23,2% und in Bremen auf 19,1%. Der Dienstleistungssektor ist in den Städten normalerweise um so stärker vertreten, je größer sie sind und je weiter ihr Einzugsbereich ist. Diese Tendenz wird vielfach noch dadurch verstärkt, daß sich an bestimmten Plätzen die Hauptverwaltungen großer Banken und Versicherungsinstitute niedergelassen haben. In den Flächenländern streuen die entsprechenden Quoten von 14,6% für Rheinland-Pfalz bis 18,0% für Schleswig-Holstein.

Für den Bereich der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung (hier einschließlich der Organisationen ohne Erwerbscharakter und der Erwerbstätigen in privaten Haushalten) wäre an sich insofern eine relativ gleichmäßigere Verteilung zu erwarten, als die Masse der Erwerbstätigen hier bei Länder- und Gemeindebehörden arbeiten, deren Personal wieder in engem Zusammenhang zu der Größe dieser Gebietskörperschaften — gemessen an



Erwerbstätige nach Wirtschaftsabteilungen in den Bundesländern 1970

Land	Ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Energie- wirtschaft und Wasser- versorgung, Bergbau, Verar- beitendes Gewerbe	Bau- gewerbe	Handel	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Kredit- institute und Ver- sicherungs- gewerbe, Dienst- leistungen	Gebietskör- perschaften u. Sozialver- sicherung, Organisa- tionen ohne Erwerbs- charakter 1)
Anzahl								
Schleswig-Holstein	1 032 560	97 210	287 239	94 485	153 366	64 521	185 806	149 933
Hamburg	827 707	10 126	244 545	48 333	157 318	92 785	198 444	76 156
Niedersachsen	3 005 051	327 276	1 086 990	254 350	384 192	163 876	464 688	323 679
Bremen	309 869	4 987	99 881	16 130	55 979	39 692	59 158	34 042
Nordrhein-Westfalen	6 956 643	241 478	3 218 748	520 529	934 415	351 016	1 076 584	613 873
Hessen	2 402 131	152 434	986 421	180 944	292 187	150 981	419 686	219 478
Rheinland-Pfalz	1 523 145	163 724	575 885	123 963	178 901	78 547	222 202	179 923
Baden-Württemberg	4 176 053	331 809	1 976 245	307 424	417 652	178 852	634 550	329 521
Bayern	4 894 493	646 911	1 920 043	389 151	534 558	237 555	723 438	442 837
Saarland	406 197	9 576	182 533	26 442	57 879	23 200	65 834	40 733
Berlin (West)	959 653	4 982	345 607	70 781	138 066	61 999	222 300	115 918
Bundesgebiet	26 493 502	1 990 513	10 924 137	2 032 532	3 304 513	1 443 024	4 272 690	2 526 093
Veränderung zu 1961 in %								
Schleswig-Holstein	1,5	- 38,3	1,1	- 4,1	13,3	- 0,3	30,0	11,5
Hamburg	- 7,7	- 22,2	- 16,0	- 17,9	- 6,5	- 14,7	10,8	- 2,5
Niedersachsen	- 2,0	- 44,4	6,7	- 3,9	5,6	- 5,7	27,7	10,1
Bremen	- 4,1	- 16,6	- 10,6	- 15,1	- 2,6	- 9,3	15,4	0,1
Nordrhein-Westfalen	- 3,4	- 47,3	- 8,0	- 1,3	3,7	- 5,8	20,4	11,5
Hessen	2,9	- 51,8	9,8	1,7	2,4	6,6	30,7	13,1
Rheinland-Pfalz	- 6,3	- 53,5	5,3	- 6,6	4,8	- 6,3	24,8	11,5
Baden-Württemberg	3,4	- 47,9	9,2	4,4	12,2	3,5	35,1	16,2
Bayern	3,3	- 36,2	10,5	10,8	12,7	4,7	31,4	14,8
Saarland	- 6,6	- 73,5	- 8,9	- 21,2	3,9	- 5,3	31,3	17,9
Berlin (West)	- 7,1	- 15,4	- 17,1	6,8	- 6,3	- 1,5	7,5	- 8,6
Bundesgebiet	- 0,8	- 44,5	1,0	0,4	5,5	- 2,2	25,4	10,9
Anteil der Wirtschaftsabteilungen in %								
Schleswig-Holstein	100,0	9,4	27,8	9,2	14,9	6,2	18,0	14,5
Hamburg	100,0	1,2	29,5	5,8	19,0	11,2	24,0	9,2
Niedersachsen	100,0	10,9	36,2	8,5	12,8	5,5	15,5	10,8
Bremen	100,0	1,6	32,2	5,2	18,1	12,8	19,1	11,0
Nordrhein-Westfalen	100,0	3,5	46,3	7,5	13,4	5,0	15,5	8,8
Hessen	100,0	6,3	41,1	7,5	12,2	6,3	17,5	9,1
Rheinland-Pfalz	100,0	10,7	37,8	8,1	11,7	5,2	14,6	11,8
Baden-Württemberg	100,0	7,9	47,3	7,4	10,0	4,3	15,2	7,9
Bayern	100,0	13,2	39,2	8,0	10,9	4,9	14,8	9,0
Saarland	100,0	2,4	44,9	6,5	14,2	5,7	16,2	10,0
Berlin (West)	100,0	0,5	36,0	7,4	14,4	6,5	23,2	12,1
Bundesgebiet	100,0	7,5	41,2	7,7	12,5	5,4	16,1	9,5

1) Einschl. private Haushalte.

der Einwohnerzahl - steht. Die Abweichungen sind deshalb in diesem Bereich primär dadurch bedingt, daß die Behörden und Anstalten des Bundes und die großen zentralisierten Institute der Sozialversicherung nicht in allen Ländern gleichmäßig vertreten sind. Wenn also der entsprechende Anteil der Erwerbstätigen für Schleswig-Holstein mit 14,5% weit über dem Bundesdurchschnitt von 9,5% liegt, so erklärt sich dies in erster Linie aus der großen Zahl von Erwerbstätigen bei Behörden und Anstalten, die der Bund in Schleswig-Holstein unterhält. Nach der Personalstandserhebung für 1969 (das dem Volkszählungsjahr am nächsten liegende Jahr, für das regional gegliederte Angaben über das Personal des Bundes zur Verfügung

stehen) waren 31% des Personals von Bund, Ländern und Gemeinden in Schleswig-Holstein bei Behörden und Anstalten des Bundes beschäftigt (Bundesdurchschnitt 15%). Entsprechende überdurchschnittlich hohe Quoten von 23 und 22% ergaben sich weiterhin für Niedersachsen und Rheinland-Pfalz; sie korrespondieren mit überdurchschnittlich hohen Anteilen für die Erwerbstätigen bei den Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsanstalten in diesen beiden Ländern (10,8 und 11,8%). Der hohe Anteil in Berlin von 12,1% erklärt sich dagegen zum Teil daraus, daß die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte hier ihren Sitz hat.

Dr. G. Nold-Stahlberg



## Milder und trockener Winter

Die Niederschläge der Wintermonate liefern in der Regel einen wesentlichen Beitrag zur Feuchtigkeitsversorgung der Böden in der kommenden Vegetationsperiode. Seit zwei Jahren blieb jedoch die Winterfeuchtigkeit außerordentlich gering. Diese Erscheinung hat mit dazu beigetragen, daß während der Sommermonate in einigen Gebieten trotz verschiedentlich aufgetretener Niederschläge für das Wachstum der Kulturpflanzen und darüber hinaus auch in der Trinkwasserversorgung zeitweise Schwierigkeiten auftraten. Nachdem im Herbst 1972 vor allem von Mitte September bis Anfang November nur vereinzelt Regentage zu verzeichnen waren, fielen auch im Winter 1972/73 von Ende November bis Mitte Februar keine nennenswerten Niederschläge. Die Witterung gestaltete sich während dieser Zeit auch verhältnismäßig mild. Lediglich um die Jahreswende traten vereinzelt strengere Fröste auf.

Mitte Februar gelangte Rheinland-Pfalz in den Einfluß polarer Luftströmungen, die teils schauerartige Niederschläge und teils heitere Witterung mit Nachfrösten brachten. Zu Beginn des letzten Februardrittels kam es vor allem im nördlichen Landesteil zu erheblichen Schneefällen, die für etwa zwei Wochen zu einer geschlossenen Schneedecke in den Mittelgebirgslagen führten. Bei ansteigenden Temperaturen tauten Anfang März auch in den Kammlagen diese Schneemassen wieder ab. Unter dem Einfluß eines nordeuropäischen Hochs stellte sich Ende der ersten Märzdekade heiteres Vorfrühlingswetter ein mit lebhaften Winden aus Nordost. Vor allem in Höhengebieten kam es bis etwa Ende März bei häufigen Nachfrösten und tagsüber starker Sonneneinstrahlung zu merklicher Austrocknung der oberen Bodenschichten. Zudem gestaltete sich der Monat März erheblich zu kalt, lediglich in den letzten Tagen des Monats herrschten frühlingshafte Temperaturen.

Der Monat April brachte bereits zu Anfang infolge einer Winddrehung nach Nordwest mit orkanartigen Stürmen und heftigen Schneeschauern ein typisches Aprilwetter. Diese Wetterlage dauerte im wesentlichen bis Ende der zweiten Aprildekade an. Vor allem um die Monatsmitte traten verschiedentlich ergiebige Niederschläge auf, die insbesondere im nördlichen Landesteil bis in die Tallagen größtenteils als Schnee fielen. Die Tageshöchsttemperaturen blieben zu dieser Zeit meistens unter 10° C. Die allgemeine Pflanzenentwicklung zeigte daher nur geringe Fortschritte. Lediglich in der Feuchtigkeitsversorgung trat während der ersten drei Wochen des Monats April eine deutliche Besserung ein. Zu Beginn der dritten Aprildekade bescherte Hochdruckeinfluß beständige und wärmere Witterung, so daß in den letzten Apriltagen die Kirschblüte als Zeichen des Vollfrühlings einsetzen konnte. Dieser Zeitpunkt lag jedoch etwa zwei Wochen später als in Normaljahren.

## Frühsommer trocken und warm

Auch in den folgenden Wochen blieb bis etwa Mitte Juli im wesentlichen beständiger Hochdruckeinfluß erhalten. Nur Anfang und Ende Mai fielen noch einige Niederschläge. Bei zunächst mäßig warmen Temperaturen entwickelten sich die Kulturpflanzen größtenteils sehr zügig, so daß der Wachstumsrückstand bis Mitte Mai bereits teilweise und bis Mitte Juni vielfach vollständig aufgeholt werden konnte. Während der kalendermäßigen Eisheiligen strömte zwar Kaltluft aus nördlichen Breiten in unser Gebiet, zu Nachfrösten kam es jedoch nur in ungünstigen Lagen. In der zweiten Maihälfte stiegen die Temperaturen vielfach bis zu 25° C an.

Ab Mitte Juni machte sich bei weiterer Erwärmung eine zunehmende Trockenheit bemerkbar. Besonders in der letzten Juniwoche und Anfang Juli erreichten die Temperaturen verbreitet Werte über 30° C. Zu Beginn der zweiten Julidekade wurde der Hochdruckeinfluß und die Hitzewelle durch Tiefdrucktätigkeit allmählich beendet. Ab Mitte Juli fielen verschiedentlich auch erhebliche Niederschläge, so daß das Wachstum der Kulturpflanzen erneut einsetzen konnte. Vor allem in der vierten Juliwoche herrschte unter dem Einfluß von Luftströmungen aus Nordwest eine für die Jahreszeit sehr kühle Witterung. Ende des Monats baute sich jedoch vom Westatlantik her wiederum ein umfangreiches Hochdruckgebiet auf, das Anfang August zunächst heiteres und sommerliches Wetter mit einzelnen Gewitterstörungen brachte.

Zum Wetterablauf läßt sich abschließend feststellen, daß im Gegensatz zum Vorjahr die kühle Witterung im Frühjahr und die zunehmende Trockenheit ab Mitte Juni die Entwicklung bei einigen Kulturpflanzen deutlich beeinträchtigt haben.

## Ausfälle bei Getreide

Die vorgesehenen Bestellungsarbeiten konnten im Herbst 1972 rechtzeitig und vollständig erledigt werden. Infolge der im Oktober herrschenden Trockenheit lief das Getreide jedoch nur zögernd auf. Nachdem Anfang November einige Niederschläge gefallen waren, entwickelte es sich vor Anbruch des Winters noch zufriedenstellend. Im Laufe des Winters traten nennenswerte Schäden nicht auf.

Die Aussaat des Sommergetreides erfolgte vorwiegend in der zweiten Märzhälfte unter größtenteils guten Voraussetzungen. Bei spätwinterlichen Temperaturen zeigte das gesamte Getreide allerdings bis Ende der zweiten Aprildekade nur geringe Fortschritte. Erst als dann die Temperaturen auf 15° C und mehr anstiegen, entwickelte es sich bei ausreichender Bodenfeuchtigkeit sehr zügig. Das günstige Wachstum setzte sich im Laufe des Monats Mai in den meisten Gebieten fort, so daß Ende Mai der ursprüngliche Rückstand weitgehend aufgeholt war und vor allem in den Kerngebieten des Ackerbaues - ähnlich wie zur gleichen Zeit des Vorjah-



res - außerordentlich gute und dichte Getreidebestände beobachtet werden konnten. Lediglich in den Kammlagen der Mittelgebirge ließ der Wachstumsstand gebietsweise zu wünschen übrig. Da die sommerliche Witterung im Monat Juni unvermindert anhielt, nahm die Trockenheit ab Monatsmitte deutliche Formen an. Anfang der dritten Junidekade konnte in einigen Gebieten bei der Wintergerste die beginnende Reife beobachtet werden.

Bei noch ansteigenden Temperaturen setzte sich Ende Juni und Anfang Juli die Reifeentwicklung verstärkt fort. Vor allem auf leichteren und flachgründigeren Böden traten Notreifeerscheinungen mit Ausbildung von Schmachtkorn auf. Im Maifeld sowie in Rheinhessen und der Vorderpfalz waren Winter- und Sommergerste sowie Winterroggen und -weizen bereits Anfang Juli teilweise reif. Zu dieser Zeit wurde auch stellenweise die erste Wintergerste geschnitten. Bei Sommergerste und Winterweizen setzten die Erntearbeiten jedoch in den klimatisch begünstigten Gebieten erst in den letzten Julitagen verbreitet ein, nachdem die Wettervoraussetzungen hierfür wieder gegeben waren. Da die Reife hier Mitte Juli weitgehend abgeschlossen war, hat auch die kühle und regnerische Witterung ab Mitte Juli keinen nennenswerten Ertragszuwachs mehr bewirkt.

Aufgrund der teilweise extremen Witterungsverhältnisse werden in diesem Jahre die Hektarerträge bei Getreide je nach Bodengüte sehr unterschiedlich ausfallen. Nach ersten Schätzungen der Berichtserstatter ist für Getreide insgesamt im Landesdurchschnitt mit einem Hektarertrag von 35,2 Dezitonnen (dt) oder Doppelzentner zu rechnen. Dieser liegt damit um etwa 2,5 dt unter dem Rekordertrag von 1972 und auch noch geringfügig unter dem Sechsjahresdurchschnitt 1967/72. Für Winterweizen wurden 37,9 dt gegenüber 39,6 dt im Vorjahr und 39,2 dt im mehrjährigen Durchschnitt geschätzt. Bei Sommergerste kann nach dem gegenwärtigen Stand mit einer Flächenleistung von 34,8 dt gegenüber 37,1 dt und 34,8 dt in den Vergleichsjahren gerechnet werden. Da die Anbaufläche in diesem Jahre ebenfalls etwas eingeschränkt wurde, dürfte die Getreideernte insgesamt um 6 bis 8% niedriger ausfallen als 1972 und etwa 1,3 Mill. t betragen.

Fruchtart	Endgültiger Ertrag		Vor- schätzung Anfang Juli 1973
	Ø 1967/72	1972	
	dt/ha		
Getreide	35,5	37,6	35,2
Brotgetreide	37,3	38,8	37,0
Winterweizen	39,2	39,6	37,9
Sommerweizen	35,9	42,5	36,1
Winterroggen	33,0	35,6	34,6
Sommerroggen	29,5	34,7	31,3
Wintermenggetreide	33,4	35,4	33,2
Futtergetreide	33,8	36,5	33,7
Wintergerste	39,4	41,3	38,6
Sommergerste	34,8	37,1	34,8
Hafer	31,9	34,8	31,2
Sommermenggetreide	32,2	35,2	31,9
Frühkartoffeln	215,9	217,7	192,1
Winterraps	25,0	26,9	24,3
Sommerraps und Rüben	20,8	21,8	19,6
Rauhfutter <sup>1)</sup>	48,6	50,2	50,7
Klee und Klee gras	57,2	58,8	58,1
Luzerne	58,6	59,5	56,9
Wiesen und Mähweiden	47,3	49,2	50,0
Ackerwiesen	49,0	54,2	51,5

1) Heuertrag des ersten Schnittes.

### Qualitativ gute Heuernte

Die Futterflächen begannen in der zweiten Märzhälfte zu ergrünen, das eigentliche Wachstum setzte jedoch erst Ende April mit einer Verspätung von etwa zwei Wochen ein. Bei ausreichender Bodenfeuchtigkeit und mäßig warmen Temperaturen verlief die Entwicklung bis Ende der dritten Maiwoche recht zügig. Zu diesem Zeitpunkt machte sich jedoch bei diesen besonders feuchtigkeitsliebenden Pflanzen bereits eine zunehmende Trockenheit bemerkbar, so daß sich ihr Wachstum verlangsamte. Trotzdem konnten Ende Mai in den meisten Gebieten durchschnittliche Futterbestände festgestellt werden. Bei anhaltend heiterer Witterung setzte der erste Rauhfufterschnitt verbreitet Anfang Juni und damit deutlich zeitiger als in früheren Jahren ein. Begünstigt durch anhaltend sommerliche Witterung konnte die erste Rauhfufternte überwiegend bis Ende Juni eingebracht werden. Schwierigkeiten, wie sie vor allem in den beiden letzten Jahren durch Regenperioden im Juni zu verzeichnen waren, traten in diesem Jahre nicht auf. Das eingebrachte Futter weist daher eine ausgezeichnete Qualität auf.

Die Hektarerträge für den ersten Rauhfufterschnitt beliefen sich auf 50,7 dt Heu je Hektar. Sie übertrafen damit das Vorjahresergebnis noch geringfügig und den Ertrag im Sechsjahresdurchschnitt deutlich. Wiesen und Mähweiden, die den größten Anteil der Futterfläche ausmachen, erbrachten 50,0 dt gegenüber 49,2 und 47,3 dt in den Vergleichsjahren. Der erste Rauhfufterschnitt hat damit durchaus günstige Ergebnisse gebracht. Nach den Erntearbeiten kam das Wachstum der Futterpflanzen jedoch infolge der zunehmenden Trockenheit und intensiven Sonneneinstrahlung in weiten Gebieten des Landes zum Stillstand. Vielerorts ließen sich auch deutliche Verbrennungerscheinungen erkennen. Erst in der zweiten Julihälfte, als einige Niederschläge gefallen waren, zeigte sich erneutes Wachstum. Anfang August waren die Futterflächen größtenteils wieder ergrünt, so daß im August

Wachstumsstand von Feldfrüchten und Futterpflanzen  
Anfang Juli 1971 - 1973

Fruchtart	1971	1972	1973
	Noten <sup>1)</sup>		
Körnermais	2,7	2,8	2,8
Erbsen	2,7	2,4	2,5
Ackerbohnen	2,7	2,6	2,8
Mittelfrühe und späte Kartoffeln	2,5	2,8	2,9
Zuckerrüben	2,6	2,4	2,7
Runkelrüben	2,8	2,7	3,0
Kohlrüben	3,0	3,0	3,3
Klee und Klee gras	2,6	2,7	3,2
Luzerne	2,6	2,6	3,1
Wiesen	2,6	2,7	3,2
Mähweiden		2,7	3,3
Weiden	2,6	2,6	3,3

1) 1,0 = sehr gut, 2,0 = gut, 3,0 = mittel, 4,0 = gering, 5,0 = sehr gering.



und September noch eine lohnende Nutzung möglich sein wird. Der Futteranfall im Spätsommer und Herbst dürfte jedoch deutlich unter dem Durchschnitt der letzten Jahre bleiben.

### Für Hackfrüchte zu trocken

Die Bestellung der Hackfrüchte verzögerte sich infolge der bis Ende der zweiten Aprildekade noch andauernden spätwinterlichen Witterung um etwa zwei Wochen. Erst in der letzten Aprilwoche und in den Höhengebieten Anfang Mai konnten verbreitet Rüben gedreht und Kartoffeln ausgepflanzt werden. Das Auflaufen erfolgte jedoch sehr rasch und gleichmäßig. Bis Anfang Juni verlief das Wachstum ebenfalls durchaus zufriedenstellend. Auch konnten die Pflegearbeiten bei trockener Witterung zügig abgewickelt werden. Ende Mai wurde der Wachstumsstand von Kartoffeln und Rüben als mittel beurteilt und damit etwa der gleiche Stand wie zu entsprechender Zeit des Vorjahres ermittelt. Bei ansteigenden Temperaturen und weiterer Austrocknung der Ackerkrume kam jedoch das Wachstum der Hackfrüchte ab Mitte Juni zeitweise zum Stillstand. Die Trockenheit wirkte sich allgemein bei Kartoffeln und Runkelrüben stärker aus als bei Zuckerrüben.

Frühkartoffeln, für die bereits erste Vorschätzungen vorliegen, lieferten infolge der kurzen Vegetationsperiode in diesem Jahre deutlich geringere Erträge als im Vorjahr und im Sechsjahresdurchschnitt 1967/72. Nach den ersten Ermittlungen dürften sie nur knapp 200 dt bringen, während im Vorjahr 217,7 und im mehrjährigen Durchschnitt 215,9 dt anfielen. Das Wachstum der Spätkartoffeln setzte sich zwar Mitte Juli wieder merklich fort, die längere Trockenperiode dürfte jedoch nur etwa durchschnittliche Erträge zulassen. Ähnliche Verhältnisse konnten auch für die Futterrüben beobachtet werden. Zuckerrüben haben sich jedoch in der zweiten

Julihälfte wieder kräftig erholt, so daß hierfür gute Hektarerträge erwartet werden dürfen.

### Günstige Rebenblüte

Infolge des milden Winters sind nur geringfügige Frostschäden an den Reben entstanden. Die kühle Witterung im April verzögerte jedoch den Austrieb erheblich, der, ähnlich wie im vergangenen Jahr, erst Anfang Mai und damit etwa zehn Tage später als in Normaljahren einsetzte. Auf Grund einer weniger günstigen Holzausreife verlief der Austrieb auch nicht so gleichmäßig wie vor Jahresfrist, aber unter dem Einfluß einer warmen Witterung doch sehr zügig. Im Laufe des Monats Mai zeigten die Reben bei anhaltend mäßig warmen Temperaturen und ausreichender Bodenfeuchtigkeit eine rasche Entwicklung. Anfang Juni war der ursprüngliche Wachstumsrückstand weitgehend ausgeglichen, so daß die Rebenblüte in der Pfalz und in Rheinhessen bereits Mitte Juni und in den übrigen Landesteilen Mitte der dritten Junidekade bei hochsommerlichen Temperaturen verbreitet einsetzte und in wenigen Tagen beendet war. Die Rebenblüte verlief damit wesentlich günstiger als in den letzten Jahren. Nach Beurteilungen der Weinbauberichterstatte sind während der Blüte nur in 10% der Berichtsbezirke schwache und in 3% mittlere Schäden entstanden, womit sie unter dem vorjährigen Ausmaß blieben.

Unter dem Einfluß der hochsommerlichen Witterung haben sich die Reben im Laufe des Monats Juli weiter zügig entwickelt. Auch das Dickenwachstum der Beeren zeigte erstaunliche Fortschritte, obwohl Anfang Juli gebietsweise Welkeerscheinungen zu beobachten waren. Die in der zweiten Julihälfte aufgetretenen ergiebigen Niederschläge in Verbindung mit kühlen Temperaturen haben jedoch überall die Trockenheit in den Weinbergen beseitigt. Heftige Unwetter verursachten Ende Juli zwar gebietsweise einige Schäden durch Abschwemmungen und Hagel, das allgemein günstige Gesamtbild wurde aber dadurch nur wenig beeinträchtigt. Der Rebenstand verbesserte sich bis Ende Juli im Vergleich zum Vormonat deutlich und erfuhr mit der Note 2,0 eine ebenso günstige Bewertung wie zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Mit 88% gut und 12% mittel wurde der Traubenansatz sogar deutlich besser beurteilt als vor Jahresfrist.

Aufgrund dieser Beobachtungen und des neuerlichen Witterungsverlaufs bestehen Anfang August für die kommende Weinmosternte sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht recht gute Aussichten. Bei normalem Witterungsverlauf im Spätsommer und Herbst dürfte die Gesamtmenge deutlich höher ausfallen als die im letzten Jahre, die 5,5 Mill. hl erbrachte. Der allgemeine Wachstumsvorsprung gegenüber 1972 wird auch einen wesentlich früheren Beginn der Beerenreife bewirken und rechtfertigt Erwartungen auf eine ansprechende Qualität des neuen Jahrganges.

### Durchschnittliche Obsternte

Die Aprikosenblüte setzte im Rheintal vereinzelt bereits Ende März ein. Die Blüte der übrigen Obstarten verzögerte sich jedoch dann erheblich. Bei

Wachstumsstand der Reben und Traubenansatz Ende Juli 1973

Anbaubereich Bereich Land	Wachstumsstand		Traubenansatz 1973		
	1972	1973	schlecht	mittel	gut
	Noten 1)		% der eingegangenen Berichte		
Ahr	2,1	2,1	-	20	80
Mittelrhein	2,2	2,0	-	23	77
Bacharach	2,2	2,0	-	17	83
Rhein-Burgengau	2,2	2,0	-	25	75
Mosel-Saar-Ruwer	2,1	2,0	-	19	81
Bernkastel	2,0	1,9	-	24	76
Obermosel	2,2	2,1	-	11	89
Saar-Ruwer	2,2	2,1	-	17	83
Zell/Mosel	2,1	2,0	-	9	91
Nahe	1,9	2,0	-	7	93
Bad Kreuznach	1,9	2,0	-	5	95
Schloß Böckelheim	1,9	2,0	-	8	92
Rheinhessen	2,0	1,9	-	4	96
Bingen	2,0	2,0	-	7	93
Nierstein	1,9	1,9	-	-	100
Wonnegau	2,0	1,9	-	5	95
Rheinpfalz	2,0	2,0	-	13	87
Südliche Weinstraße	2,0	2,1	-	12	88
Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße	2,0	1,9	-	14	86
Rheinland-Pfalz	2,0	2,0	-	12	88

1) 1,0 = sehr gut, 2,0 = gut, 3,0 = mittel, 4,0 = gering, 5,0 = sehr gering.



Obstart	Endgültiger Ertrag		Vor- schätzung
	Ø		im
	1967/72	1972	Juli 1973
	kg je Baum		
Äpfel in Intensivanlagen <sup>1)</sup>	25 866	18 813	17 163
Äpfel in Feldflur, Haus- und Kleingärten	29,5	19,4	26,8
Hoch- und Halbstämme	33,3	21,3	30,8
Viertelstämme und Buschbäume	19,4	14,4	17,2
Spindelbüsche, Spindeln u. Spaliere	13,0	10,4	11,8
Birnen	27,6	21,8	25,6
Hoch- und Halbstämme	31,9	24,4	28,5
Viertelstämme und Buschbäume	21,3	18,6	22,2
Spindeln und Spaliere	14,5	12,7	16,0 <sup>2)</sup>
Kirschen	23,5	17,4	24,9 <sup>2)</sup>
Süßkirschen	26,6	18,5	25,8 <sup>2)</sup>
Sauerkirschen	20,9	16,4	24,1 <sup>2)</sup>
Pflaumen und Zwetschen	24,1	19,3	24,3
Mirabellen und Renekloden	19,5	16,4	20,2
Aprikosen	20,1	11,1	21,9
Pfirsiche	14,7	10,2	12,7 <sup>2)</sup>
Johannisbeeren (kg je Strauch)	2,7	2,8	2,9 <sup>2)</sup>
rote und weiße	2,9	2,9	3,0 <sup>2)</sup>
schwarze	2,2	2,5	2,7 <sup>2)</sup>
Stachelbeeren (kg je Strauch)	2,9	3,0	3,0 <sup>2)</sup>
Himbeeren (kg je qm)	1,8	2,0	2,1 <sup>2)</sup>
Erdbeeren (dt je ha)	76,6	70,9	74,4 <sup>2)</sup>

1) Gesamtmenge in t, - 2) Endgültiger Ertrag.

Kirschen begann sie Mitte der letzten Aprilwoche und bei Äpfeln verbreitet Anfang Mai. Ende der zweiten Maidekade war die Blüte auch in den Höhengebieten weitgehend abgeschlossen. Während dieser Zeit verlief die Witterung vorteilhaft, lediglich in der zweiten Maiwoche behinderte kühles Wetter mit einzelnen Regenschauern den Insektenflug. Mitte Mai wurden die Ertragsaussichten bei allen Obstarten deutlich günstiger beurteilt als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Im Laufe des Monats Juni machte sich jedoch die anhaltend sommerliche Witterung und die zunehmende Trockenheit, die zwar die Reife der Kirschen und des Beerenobstes begünstigte, nachteilig bemerkbar. Insbesondere bei den ungepflegten Kernobstbäumen und in einigen Gebieten auch bei den Süßkirschen zeigte sich vielfach ein verbreiteter Abfall der Fruchtstände, der neben der Trockenheit auch durch ungenügende Pflege, Befall von Pflanzenkrankheiten und Schädlingen sowie durch Ernährungsstörungen hervorgerufen worden sein dürfte.

Sowohl bei Süß- als auch bei Sauerkirschen, für die bereits endgültige Schätzungen vorliegen, fielen die Baumerträge mit 25,8 bzw. 24,1 kg deutlich höher aus als vor Jahresfrist und bei Sauerkirschen auch günstiger als im mehrjährigen Durchschnitt. Bei Süßkirschen wurde der Durchschnittswert knapp unterschritten.

Die Beerensträucher brachten Erträge, die bei allen Arten über dem mehrjährigen Durchschnitt lagen. Besonders schwarze Johannisbeeren lieferten mit 2,7 kg je Strauch einen recht günstigen Ertrag. Erdbeeren wiesen zunächst ebenfalls einen überdurchschnittlichen Fruchtansatz auf, die Ernte kam dann jedoch infolge der zunehmenden Trockenheit vorzeitig zum Abschluß. Mit 74,4 dt je Hektar wurde zwar der vorjährige Ertrag etwas überschritten, aber das Ergebnis im mehrjährigen Durchschnitt nicht erreicht.

Beim Kernobst war nach zwei Ausfalljahren entsprechend den Regeln der Alternanz wieder mit

hohen Baumerträgen zu rechnen. Insbesondere Äpfel zeigten auch einen sehr reichen Blütenansatz. Der Ende Mai einsetzende Fruchtfall jedoch überschritt das gewohnte Ausmaß erheblich. Nach der ersten Vorschätzung sind für die Apfelbäume auf der Feldflur sowie in Haus- und Kleingärten mit 26,8 kg je Baum zwar deutlich höhere Mengen zu erwarten als im Vorjahr, das Ergebnis im sechsjährigen Durchschnitt wird aber trotzdem nur knapp erreicht. Aus dem Anbau in Intensivanlagen dürften mit gut 17 000 t etwa die gleichen Mengen wie im vergangenen Jahr anfallen, womit die Ernte im mehrjährigen Durchschnitt ebenfalls unterschritten würde. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Birnen, die mit 25,6 kg das vorjährige Ergebnis deutlich übertreffen und den Behang im langjährigen Durchschnitt nicht ganz erreichen werden.

Bei den übrigen Steinobstarten dürften die Baumerträge ausnahmslos deutlich höher ausfallen als im letzten Jahre und mit Ausnahme der Pfirsiche (12,7 kg) auch etwas günstiger als im Sechsjahresdurchschnitt 1967/72. Für Pflaumen und Zwetschen werden gut 24 kg und für Aprikosen etwa 22 kg je Baum erwartet.

### Gemüseerträge unterschiedlich

Das Auspflanzen des Frühgemüses unter Folie erfolgte in den Kerngebieten vorwiegend in der zweiten Februarhälfte. Die jungen Kulturen entwickelten sich zunächst vorteilhaft. Als jedoch Ende März die Folien entfernt wurden, beeinträchtigte eine trockene und später eine kühle Witterung das weitere Wachstum. Erst Ende April setzte das Wachstum der Freilandkulturen verstärkt ein und verlief dann in den folgenden Wochen sehr zügig. Ende Mai und vor allem ab Anfang Juni machte sich jedoch insbesondere auf Feldern, die nicht beregnet werden können, die anhaltende Sonneneinstrahlung und Trockenheit nachteilig bemerkbar.

Die Frühgemüsearten, für die bereits endgültige Ertragsschätzungen vorliegen, brachten Hektarerträge, die vielfach unter denen von 1972 lagen. Frühjahrskopfsalat lieferte jedoch knapp 200 dt je

Ernteschätzung für Gemüse 1973

Gemüseart	Endgültiger Ertrag		
	Ø 1967/72	1972	1973 <sup>1)</sup>
	dt/ha		
Winterspinat	154,6	157,6	184,7
Frühjahrsspinat	138,9	157,5	167,7
Frühweißkohl	273,8	282,0	276,6
Frührotkohl	259,0	272,5	250,4
Frühwirsing	205,5	216,1	214,4
Frühblumenkohl	167,4	189,6	177,7
Frühe Möhren u. Karotten	215,5	223,2	218,8
Frischerbsen	48,6	51,0	51,9
Dicke Bohnen	126,4	124,4	122,6
Frühkohlrabi	168,2	193,6	206,0
Frühjahrskopfsalat	162,3	174,9	199,2
Spargel	45,0	43,1	43,0 <sup>2)</sup>
Steckzwiebeln	256,2	229,1	233,1 <sup>2)</sup>
Buschbohnen	97,2	101,2	94,6 <sup>2)</sup>
Stangenbohnen	123,8	125,9	121,8 <sup>2)</sup>
Einlegegurken	154,5	160,2	164,4 <sup>2)</sup>
Schälgurken	201,2	217,1	219,3 <sup>2)</sup>
Tomaten	326,5	354,0	350,2 <sup>2)</sup>

1) Errechnet nach den Flächen der Erhebung über den beabsichtigten Gemüseanbau vom März 1973, - 2) Vorschätzung Mitte Juli 1973.



Gemüseart	1971	1972	1973
	Noten <sup>1)</sup>		
Mittelfrüher und Spätblumenkohl	2,9	2,5	2,6
Sommer- und Herbstkopfsalat	2,6	2,6	3,1
Späte Möhren und Karotten	2,9	2,5	3,0
Saatzwiebeln	2,5	2,3	3,1
Herbstweißkohl	2,8	2,6	2,8
Dauerweißkohl	2,8	2,6	2,8
Herbstrotkohl	2,9	2,6	2,8
Dauerrotkohl	2,9	2,6	2,7
Herbstwirsing	2,9	2,7	3,0
Dauer- einschl. Winterwirsing	2,7	2,6	3,1

1) 1,0 = sehr gut, 2,0 = gut, 3,0 = mittel, 4,0 = gering, 5,0 = sehr gering.

Hektar gegenüber 174,9 dt im Vorjahr und 162,3 dt im mehrjährigen Durchschnitt. Auch die Gesamtmenge fiel mit gut 50 000 dt um etwa 5 000 dt reichlicher aus als 1972, obwohl der Anbau etwas reduziert worden war. Bei Spargel setzte die Entwicklung ebenfalls spät ein. Infolge der warmen Witterung wurde das Wachstum dann erheblich beschleunigt, so daß sich die Ernte auf nur wenige Wochen beschränkte und der Höhepunkt bereits Ende Mai überschritten war. Die Flächenleistung belief sich

auf 43,0 dt je Hektar gegenüber 43,1 im Vorjahr und 45,0 im mehrjährigen Durchschnitt. Bei einer leicht eingeschränkten Anbaufläche bezifferte sich das Gesamtaufkommen auf rund 25 000 dt und blieb damit um etwa 1 500 dt unter der Ernte von 1972.

Die mittelfrühen Gemüsearten hatten relativ günstige Wachstumsbedingungen und werden daher größtenteils überdurchschnittliche Erträge bringen. Lediglich bei Steckzwiebeln dürften die Hektarleistungen deutlich unter dem mehrjährigen Durchschnitt bleiben. Gurken und Tomaten werden dagegen voraussichtlich sowohl die Ergebnisse des Vorjahres als auch die im Sechsjahresdurchschnitt 1967/72 erheblich übertreffen.

Bei den späten Gemüsearten hat sich der Wachstumstand bis Mitte Juli infolge der trockenen und sehr warmen Witterung deutlich verschlechtert. Da in der zweiten Julihälfte jedoch eine Besserung eingetreten ist und falls im Spätsommer und Herbst normale Witterungsverhältnisse herrschen sollten, können diese Arten aber durchaus noch durchschnittliche Erntemengen liefern. Insbesondere für die späten Kohlarten, die hohe Feuchtigkeitsansprüche stellen, sind im Spätsommer ausreichende Niederschläge erforderlich.

Dr. J. Töniges

## Schulden von Land und Gemeinden (Gv.) Ende 1972

Zur Finanzierung ihrer Ausgaben verfügen die Gebietskörperschaften im wesentlichen über drei Instrumente, die Zwangsbeiträge (Steuern), die Einnahmen aus der Abgabe von Gütern und Diensten (Gebühren und Erwerbseinkünfte) und die Kreditaufnahme. Die öffentliche Verschuldung nimmt dabei eine gewisse Sonderstellung ein. In der finanzwissenschaftlichen Analyse steht die Frage im Vordergrund, unter welchen Voraussetzungen die Kreditaufnahme zu rechtfertigen und der „soliden“, endgültigen Finanzierung durch Steuereinnahmen möglicherweise sogar vorzuziehen ist. Da eine ständige Variation der Besteuerung technische Probleme aufwirft und einen Unsicherheitsfaktor in den Wirtschaftsprozess trägt, wird gefordert, außerordentliche, das heißt unvorhersehbare oder unregelmäßig auftretende Ausgaben (insbesondere für Investitionen) durch außerordentliche Einnahmen auf dem Kreditweg zu finanzieren. Dies gilt vor allem, wenn Investitionen rentabel sind und Erträge abwerfen, die den Schuldendienst decken, oder wenn eine „Umwegsrentabilität“ gegeben ist, indem etwa Infrastrukturinvestitionen zu einer allgemeinen Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und damit auch der Steuerkraft führen, so daß der Schuldendienst aus den zusätzlichen Steuereinnahmen getragen werden kann. Auch wenn eine Rentabilität nicht angestrebt wird und der Schuldendienst über eine erhöhte Steuerbelastung finanziert werden muß, läßt sich für die Kreditaufnahme das Argument des Ausgleichs der finanziellen Belastung zwischen den Generationen

anführen. Da öffentliche Investitionen in der Regel eine hohe Nutzungsdauer haben, werden über die steuerliche Finanzierung des Schuldendienstes die einzelnen Generationen entsprechend dem Nutzen belastet, den sie aus der Investition empfangen (pay-as-you-use-Prinzip). Die in diesen Argumenten zum Ausdruck kommende Verknüpfung von Schuldenaufnahme und bestimmten Ausgaben (Objektdeckungsprinzip) hat sich bis heute im kommunalen Haushaltsrecht erhalten. Im Haushaltsrecht des Bundes und der Länder wurde die direkte Zuordnung zugunsten des Gesamtdeckungsprinzips aufgegeben; eine allgemeine Beziehung stellt aber Art. 115 Abs. 1 GG her, der die Höhe der veranschlagten Investitionsausgaben als Obergrenze der Kreditaufnahme im Regelfall festlegt. Dieselbe Bestimmung findet sich in Art. 117 der Verfassung für Rheinland-Pfalz.

Im Zuge der stärkeren Orientierung der Finanzpolitik an gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen hat die öffentliche Schuldenaufnahme in jüngerer Zeit besondere Beachtung als Instrument der Konjunkturpolitik gefunden. Die hohe Flexibilität, die relativ rasche Wirkung und die Möglichkeit des gezielten Einsatzes machen schuldenpolitische Maßnahmen zu einem besonders geeigneten Aktionsparameter der antizyklischen Finanzpolitik. Je nach Herkunft der aufgenommenen Mittel ergeben sich unterschiedliche Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Liquidität. Während eine Kreditaufnahme bei der Notenbank immer zusätzliche Liquidität schafft, kann die Verschuldung im Geschäftsbanken-



## Schulden des Landes und der Gemeinden (Gv.) nach Arten 1968 - 1972

Art der Schulden	1968	1969	1970	1971	1972	1969	1970	1971	1972
	1 000 DM					Veränderung zum Vorjahr in %			
Land									
Schulden aus Kreditmarktmitteln und öffentlichen Sondermitteln	1 738 491	1 813 772	2 032 290	2 443 465	2 835 519	4,3	12,0	20,2	16,0
Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	1 355 938	1 443 304	1 668 820	2 022 450	2 372 184	6,4	15,6	21,2	17,3
Inhaberschuldverschreibungen (Anleihen)	712 500	704 350	688 700	805 357	766 700	- 1,1	- 2,2	16,9	- 4,8
Kassenobligationen	110 000	110 000	70 000	70 000	-	-	- 36,4	-	-
Schulden bei Banken und Sparkassen	423 927	588 281	860 912	1 050 289	1 413 387	38,8	46,3	22,0	34,6
Schulden bei Versicherungen (ohne Sozialversicherung) und Bausparkassen	40 700	39 872	48 418	96 025	191 331	- 2,0	21,4	98,3	99,3
Sonstige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	68 811	801	790	779	766	- 98,8	- 1,4	- 1,4	- 1,7
Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln	20 535	19 830	19 224	83 583	132 904	- 3,4	- 3,1	334,8	59,0
bei der Bundesanstalt für Arbeit	3 956	3 782	3 607	3 423	3 230	- 4,4	- 4,6	- 5,1	- 5,6
bei sonstigen Trägern der Sozialversicherung	16 579	16 048	15 617	80 160	129 674	- 3,2	- 2,7	413,3	61,8
Altschulden aus Kreditmarktmitteln (Ausgleichsforderungen)	362 018	350 638	344 246	337 432	330 431	- 3,1	- 1,8	- 2,0	- 2,1
Schulden bei Gebietskörperschaften, Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen	722 612	706 149	685 684	664 732	654 192	- 2,3	- 2,9	- 3,1	- 1,6
Neuschulden	722 612	706 149	685 684	664 732	654 192	- 2,3	- 2,9	- 3,1	- 1,6
beim Bund	576 078	574 320	567 173	559 129	562 197	- 0,3	- 1,2	- 1,4	0,5
Wohnungsbauschulden	550 855	552 313	548 078	543 052	546 568	0,3	- 0,8	- 0,9	0,6
Übrige Schulden	25 223	22 007	19 095	16 077	15 629	- 12,8	- 13,2	- 15,8	- 2,8
beim Lastenausgleichsfonds	145 094	130 512	117 325	104 556	91 094	- 10,1	- 10,1	- 10,9	- 12,9
Wohnungsbauschulden	126 910	113 582	101 649	90 134	77 926	- 10,5	- 10,5	- 11,3	- 13,5
Übrige Schulden	18 184	16 930	15 676	14 422	13 168	- 6,9	- 7,4	- 8,0	- 8,7
beim ERP-Sondervermögen	1 440	1 317	1 186	1 047	901	- 8,5	- 9,9	- 11,7	- 13,9
Insgesamt	2 461 103	2 519 921	2 717 974	3 108 197	3 489 711	2,4	7,9	14,4	12,3
außerdem:									
Betriebsmittelkredite	-	-	24 187	123 301	17 141	-	-	409,8	- 86,1
Buchkredite der Deutschen Bundesbank	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gemeinden (Gv.)									
Schulden aus Kreditmarktmitteln und öffentlichen Sondermitteln	2 665 979	2 975 624	3 485 007	3 967 249	4 582 520	11,6	17,1	13,8	15,5
Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	2 630 079	2 939 544	3 446 527	3 930 568	4 549 065	11,8	17,2	14,0	15,7
Schulden bei Sparkassen	868 637	995 322	1 125 829	1 351 903	1 541 721	14,6	13,1	20,1	14,0
Schulden bei Girozentralen	475 603	496 444	639 627	817 924	1 117 302	4,4	28,8	27,9	36,6
Schulden bei sonstigen Kreditinstituten	778 098	892 935	1 024 692	1 121 977	1 270 051	14,8	14,8	9,5	13,2
Schulden bei Versicherungen (ohne Sozialversicherung) und Bausparkassen	485 861	531 910	631 232	616 235	598 661	9,5	18,7	- 2,4	- 2,9
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	3 955	3 010	3 108	3 617	3 386	- 23,9	3,3	16,4	- 6,4
Restkaufgelder	9 042	9 590	13 246	9 860	7 965	6,1	38,1	- 25,6	- 19,2
Sonstige Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	8 883	10 333	8 793	9 052	9 979	16,3	- 14,9	2,9	10,2
Neuschulden aus öffentlichen Sondermitteln	35 236	35 461	37 899	36 132	32 927	0,6	6,9	- 4,7	- 8,9
bei der Bundesanstalt für Arbeit	4 371	8 058	13 065	13 795	13 404	84,4	62,1	5,6	- 2,8
bei sonstigen Trägern der Sozialversicherung	28 735	25 424	23 037	20 726	18 089	- 11,5	- 9,4	- 10,0	- 12,7
bei der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost	2 130	1 979	1 797	1 611	1 434	- 7,1	- 9,2	- 10,4	- 11,0
Altschulden aus Kreditmarktmitteln	664	619	581	549	528	- 6,8	- 6,1	- 5,5	- 3,8
Schulden bei Gebietskörperschaften, Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen	265 640	278 695	292 003	294 647	293 313	4,9	4,8	0,9	- 0,5
Neuschulden	264 588	277 709	291 065	293 757	292 470	5,0	4,8	0,9	- 0,4
bei Bund, Lastenausgleichsfonds und Ländern	206 185	208 636	214 408	215 087	211 482	1,2	2,8	0,3	- 1,7
für wertschaffende Arbeitslosenhilfe	3 264	2 745	2 978	2 742	2 426	- 15,9	8,5	- 7,9	- 11,5
für den Wohnungsbau	86 119	89 986	90 563	91 311	93 802	4,5	0,6	0,8	2,7
für sonstige Zwecke	116 802	115 905	120 867	121 034	115 254	- 0,8	4,3	0,1	- 4,8
beim ERP-Sondervermögen	47 452	57 931	64 761	64 266	65 413	22,1	11,8	- 0,8	1,8
bei Gemeinden und Gemeindeverbänden	10 951	11 142	11 896	14 404	15 575	1,7	6,8	21,1	8,1
Altschulden	1 052	986	938	890	843	- 6,3	- 4,9	- 5,1	- 5,3
Insgesamt	2 931 619	3 254 319	3 777 010	4 261 896	4 875 833	11,0	16,1	12,8	14,4
außerdem: Kassenkredite	11 339	14 000	14 490	54 326	49 659	23,5	3,5	274,9	- 8,6
Innere Verschuldung	37 540	38 205	40 138	43 754	40 086	1,8	5,1	9,0	- 8,4

system oder bei Nichtbanken je nach Konjunkturlage zu zusätzlicher Kreditschöpfung und Mobilisierung liquider Mittel oder zu einem mehr oder weniger starken Liquiditätsentzug im privaten Sektor führen. Die Verschuldung innerhalb des öffentlichen Bereichs ist dagegen im Zusammenhang mit der Verteilung von Aufgaben und Lasten im föderali-

stischen Staatsaufbau zu sehen und in einem weiteren Sinne dem Komplex des Finanzausgleichs zuzurechnen.

#### Wachsender Anteil der kommunalen Verschuldung

Die gesamte Verschuldung des Landes und der Gemeinden und Gemeindeverbände erreichte am



31. Dezember 1972 ein Volumen von 8 366 Mill. DM und übertraf den Stand vom Vorjahresende um 13,5%. Die Zuwachsrates lag damit etwa auf der gleichen Höhe wie 1970 und 1971. Die Schulden des Landes stiegen 1972 um 12,3% auf 3 490 Mill. DM. Die kommunale Verschuldung wuchs schneller und erreichte bei einer Zuwachsrates von 14,4% einen Stand von 4 876 Mill. DM. Damit setzte sich die Tendenz einer relativ stärkeren Zunahme der kommunalen Schulden weiter fort; der Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände an der Gesamtverschuldung stieg seit 1968 nahezu kontinuierlich von 54,4% auf 58,3%.

Die Schuldenaufnahme der Gebietskörperschaften übertraf noch den hohen Vorjahresbetrag von 1 604 Mill. DM und erreichte 1 641 Mill. DM; im Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1970 waren die auf dem Kreditweg erzielten Einnahmen mit 812 Mill. DM nur etwa halb so hoch gewesen. Von den im Laufe des Jahres 1972 aufgenommenen Krediten entfielen 891 Mill. DM (54,3%) auf die Gemeinden (Gv.) und 750 Mill. DM (45,7%) auf das Land. Eine weitergehende Analyse erfolgt zweckmäßig getrennt für das Land und die Gemeinden, da Voraussetzungen und

Ziele der Verschuldung in diesen beiden Bereichen des öffentlichen Sektors erhebliche Unterschiede aufweisen.

#### Land: Anleihe-schuld verliert an Bedeutung

Von den fundierten Gesamtschulden des Landes in Höhe von 3 490 Mill. DM betrafen 2 372 Mill. DM (68,0%) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln und 132 Mill. DM (3,8%) Neuschulden bei Sozialversicherungsträgern. Kreditmarktschulden von 330 Mill. DM (9,5%) stammten noch aus der Zeit vor der Währungsreform (Altschulden). Die Schulden beim Bund und seinen Sondervermögen Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen nahmen weiter ab, erreichten aber mit 654 Mill. DM immer noch einen Anteil von 18,7% an den Schulden des Landes; allerdings hatte er 1968 noch bei 29,4% gelegen.

Betrachtet man die Neuschulden aus Kreditmarktmitteln im einzelnen, so fällt ein bemerkenswerter Wandel der Schuldform in den letzten Jahren auf. Während bis 1969 die direkte Verschuldung am Kapitalmarkt vor der Verschuldung bei Banken und Sparkassen an erster Stelle stand, hat sich diese Reihenfolge seit 1970 umgekehrt. Ende 1972 belief

Neuschulden der Gemeinden (Gv.) nach dem Verwendungszweck 1968 - 1972

Verwaltungszweig	1968	1969	1970	1971	1972	1968	1969	1970	1971	1972
	1 000 DM					Anteil in %				
0 Allgemeine Verwaltung	22 226	21 785	23 658	43 540	59 404	0,8	0,7	0,6	1,0	1,2
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1 229	1 276	1 240	1 462	1 938	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2 Schulen	423 031	455 781	551 384	684 330	833 410	14,4	14,0	14,6	16,1	17,1
3 Kultur	11 712	12 188	13 391	16 586	16 905	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3
4 Soziale Angelegenheiten	24 870	27 138	32 304	43 417	61 747	0,8	0,8	0,9	1,0	1,3
5 Gesundheitspflege	205 851	246 329	298 807	359 416	422 116	7,0	7,6	7,9	8,4	8,7
Einrichtungen des Gesundheitswesens	181 696	213 923	258 601	303 095	353 907	6,2	6,6	6,8	7,1	7,3
Übriges aus Einzelplan 5	24 155	32 406	40 206	56 321	68 209	0,8	1,0	1,1	1,3	1,4
6 Bau- und Wohnungswesen	558 886	622 792	722 825	844 150	973 341	19,1	19,1	19,1	19,8	20,0
Weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau	147 069	143 054	133 732	137 347	141 628	5,0	4,4	3,5	3,2	2,9
Übriger Wohnungsbau und Wohnsiedlung	23 803	26 286	32 469	31 056	35 468	0,8	0,8	0,9	0,7	0,7
Straßen, Wege, Brücken	366 135	429 710	527 147	628 549	736 977	12,5	13,2	14,0	14,8	15,1
Übriges aus Einzelplan 6	21 879	23 742	29 477	47 198	59 268	0,7	0,7	0,8	1,1	1,2
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	786 250	889 844	1 038 423	1 201 652	1 361 361	26,8	27,4	27,5	28,2	27,9
Stadtentwässerung	476 048	541 515	636 236	747 600	847 840	16,2	16,6	16,9	17,5	17,4
Müllbeseitigung	20 313	21 050	19 785	21 636	21 012	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4
Einrichtungen der Lebensmittelversorgung	21 234	22 511	21 886	20 953	19 951	0,7	0,7	0,6	0,5	0,4
Übrige öffentliche Einrichtungen	100 862	118 799	149 211	183 926	234 917	3,4	3,7	4,0	4,3	4,8
Förderung der Land- und Forstwirtschaft	70 990	75 308	78 897	82 570	80 129	2,4	2,3	2,1	1,9	1,6
Sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr	96 803	110 661	132 408	144 967	157 512	3,3	3,4	3,5	3,4	3,2
9 Finanzen und Steuern	253 480	293 012	342 399	379 391	375 092	8,7	9,0	9,1	8,9	7,7
Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens	121 473	133 713	145 942	154 486	154 412	4,1	4,1	3,9	3,6	3,2
Übriges allgemeines Grundvermögen	128 589	145 832	175 895	203 266	214 841	4,4	4,5	4,7	4,8	4,4
Übriges aus Einzelplan 9 <sup>1)</sup>	3 418	13 467	20 562	21 639	5 839	0,1	0,4	0,5	0,5	0,1
8 Wirtschaftsunternehmen	642 368	682 569	751 060	686 513	769 148	21,9	21,0	19,9	16,1	15,8
Elektrizitätsversorgung	188 470	197 459	215 951	189 870	207 497	6,4	6,1	5,7	4,5	4,3
Gasversorgung	63 882	68 511	79 960	56 447	67 908	2,2	2,1	2,1	1,3	1,4
Wasserversorgung	286 562	305 913	333 968	329 723	358 591	9,8	9,4	8,8	7,7	7,4
Verkehrsunternehmen	42 447	49 065	56 313	52 644	65 225	1,4	1,5	1,5	1,2	1,3
Übrige Wirtschaftsunternehmen	61 007	61 621	64 868	57 829	69 927	2,1	1,9	1,7	1,4	1,4
Insgesamt	2 929 903	3 252 714	3 775 491	4 260 457	4 874 462	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon: für rentierliche Zwecke <sup>2)</sup>	1 580 897	1 716 530	1 917 005	2 002 857	2 204 300	54,0	52,8	50,8	47,0	45,2
für unrentierliche Zwecke	1 349 006	1 536 184	1 858 486	2 257 600	2 670 162	46,0	47,2	49,2	53,0	54,8

1) Vorwiegend Sondervermögen, allgemeines Kapitalvermögen und nicht aufteilbare Schulden. - 2) Darlehen für Wirtschaftsunternehmen sowie für Verwaltungszweige, bei denen der Schuldendienst durch Kostendeckung oder von Dritten aufgebracht wird (Wohnungsbau, Übriger Wohnungsbau und Wohnsiedlung, Stadtentwässerung, Müllbeseitigung, Einrichtungen der Lebensmittelversorgung, Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens, Übriges allgemeines Grundvermögen).



Gebietskörperschaft Gemeindegrößenklasse	1968	1969	1970	1971	1972	1969	1970	1971	1972
	DM je Einwohner					Veränderung zum Vorjahr in %			
Kreisfreie Städte	1 637,57	1 629,15	1 814,53	1 898,66	2 108,45	- 0,5	11,4	4,6	11,0
100 000 und mehr Einwohner	1 838,38	1 771,24	1 983,11	1 883,30	2 099,07	- 3,7	12,0	- 5,0	11,5
50 000 - 100 000 "	1 333,60	1 458,98	1 608,50	2 058,38	2 363,61	9,4	10,2	28,0	14,8
unter 50 000 "	1 570,65	1 419,42	1 551,61	1 772,08	1 857,94	- 9,6	9,3	14,2	4,8
Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden, Landkreise	538,56	610,95	725,61	876,18	1 011,19	13,4	18,8	20,8	15,4
Kreisangehörige Gemeinden	448,77	503,15	586,41	683,38	758,59	12,1	16,5	16,5	11,0
20 000 und mehr Einwohner	1 112,41	1 012,16	1 194,87	1 452,52	1 606,70	- 9,0	18,1	21,6	10,6
10 000 - 20 000 "	618,56	771,85	803,95	928,05	1 132,42	24,8	4,2	15,4	22,0
5 000 - 10 000 "	595,70	604,29	688,53	818,22	868,05	1,4	13,9	18,8	6,1
3 000 - 5 000 "	479,58	531,96	634,24	774,66	823,86	10,9	19,2	22,1	6,4
2 000 - 3 000 "	409,52	427,55	495,24	582,08	653,59	4,4	15,8	17,5	12,3
1 000 - 2 000 "	362,20	393,77	445,23	523,40	573,86	8,7	13,1	17,6	9,6
unter 1 000 "	291,31	310,90	352,64	391,43	412,91	6,7	13,4	11,0	5,5
Verbandsgemeinden	11,48	15,97	36,29	64,48	60,71	39,1	127,2	77,7	- 5,8
Landkreise	85,20	101,73	124,92	162,62	204,26	19,4	22,8	30,2	25,6
Bezirksverband Pfalz	8,52	8,29	8,11	11,55	18,46	- 2,7	- 2,2	42,4	59,8
<b>Insgesamt</b>	<b>806,83</b>	<b>889,29</b>	<b>1 028,80</b>	<b>1 161,38</b>	<b>1 323,00</b>	<b>10,2</b>	<b>15,7</b>	<b>12,9</b>	<b>13,9</b>

sich die Verschuldung im Geschäftsbankensystem auf 1 413 Mill. DM (40,5% der Gesamtschulden), die Inhaberschuldverschreibungen (Anleihen) standen mit 767 Mill. DM (22,0%) zu Buch. Als weiterer Posten von einiger Bedeutung sind die Schulden bei Kapitalsammelstellen (Versicherungen und Sparkassen) zu erwähnen, die sich seit 1970 nahezu vervierfachen und Ende 1972 einen Betrag von 191 Mill. DM (5,5%) erreichten. Fundierte Schulden bei der Deutschen Bundesbank bestanden nicht; ein Notenbankkredit lag nur in Form eines Kassenkredits von 17 Mill. DM vor.

#### Gemeinden: Sparkassen bleiben Hauptgläubiger

Noch stärker als beim Land dominiert bei den Gemeinden die Verschuldung am Kreditmarkt. Die fundierten kommunalen Schulden beliefen sich Ende 1972 auf 4 876 Mill. DM. Davon waren 4 549 Mill. DM (93,3%) Neuschulden aus Kreditmarktmitteln; 33 Mill. DM stammten aus öffentlichen Sondermitteln. Die Verschuldung bei anderen Gebietskörperschaften sowie beim Lastenausgleichsfonds und beim ERP-Sondervermögen erreichte mit 293 Mill. DM einen Anteil von 6,0% an den gesamten kommunalen Schulden. Die erste Stelle unter den Gläubigern nahmen weiterhin die Sparkassen als Hausbanken der Gemeinden mit 1 542 Mill. DM ein, weitere 1 117 Mill. DM entfielen auf die Girozentralen. Auch die Schulden bei den übrigen Kreditinstituten nahmen 1972 weiter zu und erreichten einen Stand von 1 270 Mill. DM. Dagegen werden die Schulden bei Kapitalsammelstellen seit 1970 abgebaut; Ende 1972 beliefen sie sich auf 599 Mill. DM.

#### Verschuldung für unrentierliche Zwecke wächst schneller

Da im kommunalen Haushaltsrecht noch das Prinzip der Einzeldeckung gilt, sind Aussagen über den Zweck der Verschuldung möglich. Von den gesamten Neuschulden der Gemeinden und Gemeindeverbände in Höhe von 4 874 Mill. DM entfielen 1 361 Mill. DM (27,9%) auf den Bereich Öffentliche

Einrichtungen und Wirtschaftsförderung; davon betrafen 848 Mill. DM die Stadtentwässerung. Der Sektor Bau- und Wohnungswesen war mit 973 Mill. DM (20,0%) beteiligt; innerhalb dieses Bereichs rückten die Schulden für Verkehrseinrichtungen in den letzten Jahren stärker in den Vordergrund, während die weitergegebenen Darlehen für den Wohnungsbau in ihrer Bedeutung zurückgingen. Eine überproportionale Zunahme weist die Verschuldung für das Schulwesen auf; sie erreichte 833 Mill. DM, ihr Anteil erhöhte sich seit Ende 1968 von 14,4% auf 17,1%. Bemerkenswert ist schließlich das rückläufige Gewicht der Schulden für Wirtschaftsunternehmen, die sich auf 769 Mill. DM beliefen; ihr Anteil sank damit von 21,9% Ende 1968 auf 15,8% Ende 1972.

Eine recht bedenkliche Entwicklung wird bei der Differenzierung nach rentierlichen und unrentierlichen Zwecken deutlich. Der Anteil der Verschuldung für unrentierliche Zwecke, deren Schuldendienst voll aus dem Haushalt gedeckt werden muß, stieg seit 1968 von 46,0% auf 54,8%. Zusätzlich zu der Steigerung durch verstärkte Schuldenaufnahme und höhere Zinsen führt diese Strukturverschiebung zu einer wachsenden Belastung der kommunalen Haushalte durch den Schuldendienst.

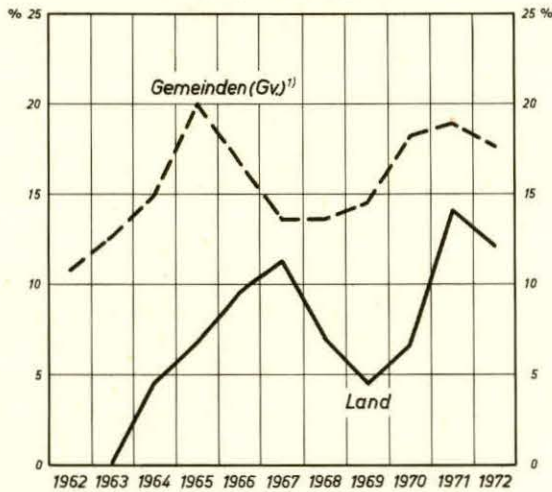
#### Kleinere Gemeinden ziehen nach

Die Aufgliederung des kommunalen Bereichs nach Gemeindegrößenklassen zeigt zunächst, daß der Grad der Verschuldung, gemessen in DM je Einwohner, mit zunehmender Einwohnerzahl ansteigt; eine Ausnahme bilden lediglich die kreisfreien Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern. Die Ursachen sind einerseits in der höheren Verschuldungsfähigkeit der in der Regel finanzkräftigeren größeren Gemeinden, andererseits in den mit steigender Einwohnerzahl wachsenden Aufgaben zu suchen. Zwar ist aus diesen Gründen ein tiefgreifender Wandel nicht zu erwarten, jedoch vollzieht sich in den letzten Jahren ein gewisser Annäherungsprozeß. Von 1968 bis 1972 stieg die Verschul-

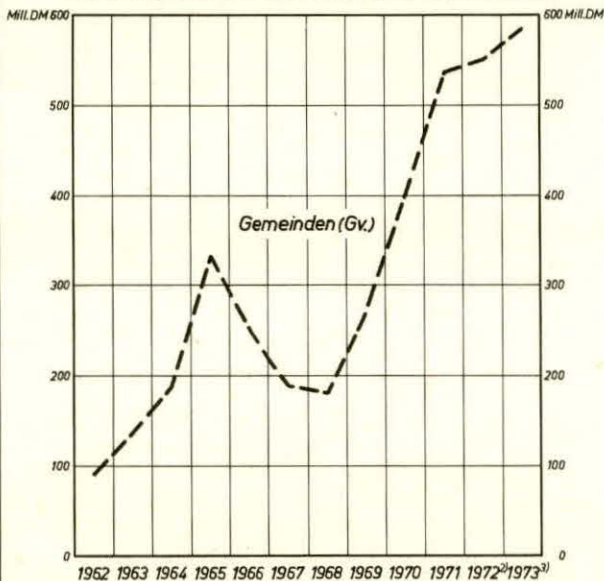


## Kreditaufnahme 1962 - 1973

Anteil der Kreditaufnahme  
an den Gesamteinnahmen



Nettokreditaufnahme (ohne Wirtschaftsunternehmen)



1) 1972 geschätzt. 2) Geschätzt.  
3) Kreditkontingent gem. SchuldendeckelVO.

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

dung je Einwohner in den kreisfreien Städten um 28,8%, bei den kreisangehörigen Gemeinden erreichte die Zuwachsrate dagegen 69,0%. In dieser Entwicklung kann ein Ausdruck des Bemühens gesehen werden, insbesondere durch Verbesserungen der Infrastruktur auch in den kleineren Gemeinden Lebensverhältnisse zu schaffen, die in den größeren Städten schon weitgehend verwirklicht sind. Dafür spricht auch die seit 1969 verdoppelte Verschuldung der Landkreise.

### Schuldenpolitik des Landes antizyklisch

Auf die Bedeutung der öffentlichen Schuldenaufnahme als konjunkturpolitisches Instrument wurde bereits hingewiesen; die Einsatzmöglichkeiten sind im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des

Wachstums der Wirtschaft (StWG) vom 8. Juni 1967 festgelegt. Aktuelles Interesse besitzt die Möglichkeit der Kreditbeschränkung auf dem Verordnungswege (§ 19 StWG), von der die Bundesregierung mit der Verordnung über die Begrenzung der Kreditaufnahme durch Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände vom 1. Juni 1973 (SchuldendeckelVO) Gebrauch gemacht hat. Erstmals ist auch die Kreditaufnahme der Gemeinden von dieser Maßnahme betroffen. Das schuldenpolitische Verhalten des Landes und der Gemeinden unter konjunkturellen Aspekten und die zu erwartenden Auswirkungen der SchuldendeckelVO sollen daher kurz analysiert werden. Ansatzpunkt ist die Entwicklung des Anteils der Schuldenaufnahme aus Kreditmarktmitteln und öffentlichen Sondermitteln an den Gesamteinnahmen.

Gemessen an dieser Größe kann die Schuldenpolitik des Landes als konsequent antizyklisch bezeichnet werden. Die Entwicklung in der ersten Hälfte der sechziger Jahre ist als Anlaufphase zu interpretieren, da die Kreditmarktverschuldung bis dahin keine wesentliche Rolle gespielt hatte. Einen ersten Gipfel erreichte der Anteilswert im Rezessionsjahr 1967 mit 11,3%, im anschließenden Aufschwung ging er bis auf 4,5% im Jahre 1969 zurück. In der nachfolgenden konjunkturellen Abschwächung stieg er bis 1971 wieder auf 14,1% an, mit der einsetzenden Konjunkturbelebung sank er 1972 auf 12,1%. Nach den Haushaltsansätzen war für 1973 zunächst ein erneuter Anstieg auf 13,9% vorgesehen. Die vereinbarte Beschränkung der Nettokreditaufnahme auf 560 Mill. DM wird jedoch einen weiteren Rückgang auf etwa 11% zur Folge haben.

### Koordinierung der kommunalen Kreditaufnahme notwendig

Die Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände zeigt bis 1969 einen deutlich prozyklischen Verlauf. Der Anteil der Schuldenaufnahme an den kommunalen Gesamteinnahmen erreichte im Hochkonjunkturjahr 1965 mit 20,0% den bisher höchsten Wert und fiel 1967 auf 13,6% zurück. Dieses Verhalten resultiert zwangsläufig aus den Daten, mit denen sich die Gemeinden bei ihrer Entscheidung über die Schuldenaufnahme konfrontiert sehen. Im Vordergrund steht dabei die Frage, ob die Entwicklung der anderen Einnahmen die Belastung durch den Schuldendienst als tragbar erscheinen läßt. Konjunkturbedingte Schwankungen dieser Einnahmen führen daher zu einer gleichlaufenden Entwicklung der Kreditaufnahme. Dies erklärt auch den hohen Anteil der Schuldenaufnahme von 18,9% im Jahre 1971, da die Gesamteinnahmen ohne Kreditaufnahme trotz der konjunkturellen Abschwächung um 16,8% anstiegen. Für 1972 ist mit einem Rückgang des Anteils der Kreditmarktfinanzierung auf etwa 17,7% zu rechnen, der sich auf Grund der Beschränkung durch die SchuldendeckelVO 1973 fortsetzen wird. Begrenzt wird die Nettokreditaufnahme (Schuldenaufnahme abzüglich Tilgung), wobei die Wirtschaftsunternehmen außer Ansatz bleiben. Die Entwicklung dieser Größe zeigt von 1968 bis 1971 einen raschen Anstieg, der sich



1972 stark abschwächte. Das Kontingent von 584 Mill. DM wird auch 1973 nur eine geringfügige Steigerung zulassen. Allerdings deuten einige Anzeichen, wie etwa die Ansätze in den Haushaltsplänen der größeren Gemeinden, darauf hin, daß vielleicht auch ohne die Kreditbeschränkung eine gewisse Abschwächung eingetreten wäre. Die prozyklische

Tendenz der kommunalen Schuldenaufnahme macht die §§ 19 und 20 StWG aber zu einem unentbehrlichen Instrument, wenn ein konjunkturpolitisch erwünschtes Verhalten der Gemeinden herbeigeführt werden soll.

Diplom-Volkswirt H. Libowitzky

Fremdenverkehr 1972

Der Fremdenverkehr gewann, unter anderem bedingt durch erhöhte Freizeit und steigenden Lebensstandard, in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung. Zudem machte die steigende physische und psychische Belastung, der die Menschen besonders in den Ballungsgebieten ausgesetzt sind, die Erschließung von neuen Erholungsgebieten notwendig. Im Rahmen der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur wurde daher vor allem in Rheinland-Pfalz, das über weite landschaftlich reizvolle Erholungsgebiete verfügt, der staatlichen Förderung des Fremdenverkehrs eine hohe Priorität eingeräumt. Diese Tatsachen lassen die nachfolgend interpretierten Zahlen über die Entwicklung sowohl des Angebots an als auch der Nachfrage nach Übernachtungsmöglichkeiten in unserem Lande und seinen Fremdenverkehrsgebieten besonders interessant erscheinen.

Beherbergungskapazität allgemein weiter erhöht

In den 286 rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgemeinden mit jährlich mindestens 5 000 Übernachtungen, die regelmäßig zur Fremdenver-

kehrsstatistik berichten, wurden am 1. April 1972 insgesamt 3 441 Betriebe mit 79 565 Fremdenbetten gezählt. Unter Einbeziehung der Privatquartiere standen dem Fremdenverkehr zu diesem Zeitpunkt 100 722 Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung. Damit erhöhte sich die gesamte Bettenkapazität gegenüber 1971 um 3,6%. Diese Veränderungsrate wurde in dem Zeitraum der letzten zehn Jahre lediglich in den Jahren 1968 und 1969, in welchen man Quoten von + 3,9 und + 7,0% registrierte, übertroffen.

Auf die einzelnen Betriebsarten verteilte sich der Bettenbestand in sehr unterschiedlichem Maße. Die Hotels (ohne Hotels garni), auf die mehr als ein Drittel aller Beherbergungsbetriebe entfiel, wiesen mit 36,4% den größten Anteil an der gesamten Bettenkapazität auf. In größerem Abstand folgten die Privatquartiere (21,0%) und die Gasthäuser (16,6%). Während es sich bei den Hotels meist um größere Beherbergungsstätten handelt - nahezu zwei Drittel der Betriebe hatten 20 und mehr Betten - sind die Hotels garni eher in die

Beherbergungsbetriebe und deren Bettenkapazität am 1. April 1972

Betriebsart Gemeindegruppe Fremdenverkehrsgebiet	Berichts- gemeinden	Beherbergungsbetriebe <sup>1)</sup>					Fremdenbetten	
		ins- gesamt	mit ... Betten					
			1 - 9	10 - 19	20 - 49	50 und mehr		
	Anzahl	%					Anzahl	auf 100 Einw. <sup>2)</sup>
<u>Betriebsart</u>								
Hotels	.	1 187	4,4	30,0	51,2	14,4	36 624	.
Hotels garni	.	253	18,6	42,3	32,4	6,7	5 260	.
Gasthäuser	.	1 340	41,9	44,7	12,6	0,8	16 752	.
Pensionen und Fremdenheime	.	472	14,0	65,5	19,5	1,0	7 022	.
Erholungs- und Ferienheime	.	81	2,5	8,6	45,7	43,2	4 033	.
Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten	.	83	-	9,6	30,1	60,3	7 488	.
Ferienhäuser u. ä.	.	25	28,0	12,0	28,0	32,0	2 386	.
<u>Gemeindegruppe</u>								
Großstädte	5	298	18,8	36,2	30,5	14,5	8 941	1,3
Heilbäder	20	715	18,0	35,1	32,6	14,3	21 386	11,8
Luftkurorte	26	315	18,7	44,8	27,6	8,9	7 587	11,0
Erholungsorte	107	648	22,8	43,4	27,8	6,0	13 480	7,5
mit Prädikat	43	291	23,4	43,6	26,8	6,2	6 562	10,0
ohne Prädikat	64	357	22,4	43,1	28,6	5,9	6 918	5,1
Übrige Berichtsgemeinden	128	1 465	23,4	41,5	29,3	5,8	28 171	2,9
<u>Fremdenverkehrsgebiet</u>								
Rheintal	29	659	21,9	36,6	29,9	11,6	16 091	4,6
Rheinhessen	8	154	24,7	39,6	25,3	10,4	4 355	1,3
Eifel / Ahr	56	605	23,5	39,8	28,4	8,3	13 916	9,7
Mosel / Saar	55	740	16,9	44,2	32,7	6,2	15 860	7,4
Hunsrück / Nahe / Glan	28	285	23,2	40,7	28,1	8,0	7 448	5,2
Westerwald / Lahn / Taunus	54	490	19,0	44,7	28,0	8,3	10 610	7,2
Pfalz	56	508	25,0	36,2	30,1	8,7	11 285	1,5
Insgesamt	286	3 441	21,4	40,4	29,6	8,6	79 565	3,8

1) Ohne Privatquartiere (Bettenbestand in Privatquartieren 21 157). - 2) Einwohner am 31.12.1971.



Gruppe der Mittelbetriebe einzuordnen. Drei Viertel von ihnen besaßen nämlich zwischen 10 und 49 Betten. Dagegen sind die Gasthäuser sowie die Pensionen und Fremdenheime, die mit 86,6 bzw. 79,5% ihren Schwerpunkt in der Gruppe der Betriebe mit weniger als 20 Betten hatten, in erster Linie Kleinbetriebe. An der Gesamtzahl der Betriebe hatten diese mit 53% einen verhältnismäßig hohen Anteil. Zu den Großbetrieben des Beherbergungsgewerbes zählen dagegen die Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten, die Ferienhäuser sowie die Erholungs- und Ferienheime, die mit durchschnittlich 90 und 95 bzw. 50 Betten pro Betrieb (Hotels 31 Betten) die höchste Beherbergungskapazität hatten. Am gesamten Bettenbestand waren diese Betriebsarten aber nur mit 7,4 und 2,4 bzw. 4,0% beteiligt.

#### Um 16% größere Beherbergungskapazität in den anerkannten Erholungsorten

Abgesehen von den übrigen Berichtsgemeinden, die als Restposition in erster Linie kleinere Fremdenverkehrsgemeinden umfassen, trugen die Heilbäder mit 26,0% weitaus am meisten zum Angebot von Übernachtungsmöglichkeiten bei. An zweiter Stelle folgten mit 18,4% der Betten die Erholungsorte, woran wiederum die Gemeinden mit einem von der Landesregierung verliehenen Prädikat zu 49,9% beteiligt waren. Die Luftkurorte stellten 9,4% des gesamten Bettenangebots bereit, während die fünf Großstädte Ludwigshafen, Mainz, Koblenz, Trier und Kaiserslautern zusammen mit 8,9% den geringsten Beitrag leisteten.

Legt man indessen mit dem Bettenbestand pro 100 Einwohner dem Vergleich eine Relation zugrunde, die die Zahl der Einwohner und damit die Angebotsfähigkeit der betreffenden Gemeinde berücksichtigt, so stehen an erster Stelle die Heilbäder (11,8 Betten), was vor allem auf die in der Regel mit einer hohen Bettenzahl ausgerüsteten

Sanatorien zurückzuführen ist. Dicht darauf folgen mit 11,0 Betten pro 100 Einwohner aber schon die Luftkurorte, während die Erholungsorte ein relatives Bettenangebot von durchschnittlich nur 7,5 aufweisen. Sehr niedrige Relationen verzeichnen die Großstädte (1,3), bei welchen die Einwohnerzahl kein Äquivalent zur Angebotsfähigkeit mehr darstellt, und die übrigen Berichtsgemeinden (2,9).

Die höchsten Zuwachsraten der Beherbergungskapazität gegenüber dem Vorjahr konnten mit jeweils + 6,4% die Großstädte und die Luftkurorte sowie mit + 5,9% die Erholungsorte verbuchen. Bei den letzteren bezog sich die positive Entwicklung ausschließlich auf Erholungsorte mit Prädikat, wo 1972 um 16,3% mehr Betten zur Verfügung standen als im Jahr zuvor. Unterdurchschnittlich erhöhte sich das Bettenangebot dagegen in den Heilbädern (+ 2,2%) und in den übrigen Berichtsgemeinden (+ 2,0%). Während bei den Erholungsorten sich damit die in den letzten drei Jahren beobachtete Entwicklung verstärkt fortsetzte, ging in den Großstädten und Luftkurorten dem Anstieg 1972 eine Stagnation des Bettenangebots voraus. In den Heilbädern wurde dagegen nach dem Rückgang der beiden vorhergegangenen Jahre erstmals wieder eine positive Veränderungsrate registriert.

Um die Erfolgskontrolle der staatlichen Fremdenverkehrspolitik in Rheinland-Pfalz zu verbessern, werden auf Wunsch des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr ab April 1972 neben dem in den vorausgegangenen Ausführungen zugrunde gelegten Berichtskreis, dessen Ergebnisse langfristig vergleichbar sind, laufend auch alle diejenigen Orte erfaßt, die darüber hinaus von der Landesregierung als Fremdenverkehrsgemeinden anerkannt sind. Im Jahre 1972 hatten damit 256 Fremdenverkehrsgemeinden mit einer Kapazität von 15 539 Fremdenbetten zusätzlich zur Statistik zu berichten. Diese waren an der Gesamtzahl der Betten aller 542 er-

Gäste und Übernachtungen nach Gemeindegruppen und Fremdenverkehrsgebieten 1972  
(ohne Kinderheime, Jugendherbergen und Campingplätze)

Gemeindegruppe Fremdenverkehrsgebiet	Übernachtende Gäste			Übernachtungen			Mittlere Aufenthaltsdauer		Aus- nutzung der Betten- kapazität
	ins- gesamt	Verän- derung zu 1971	Aus- länder	ins- gesamt	Verän- derung zu 1971	Aus- länder	ins- gesamt	Aus- länder	
	1 000	%		1 000	%		Tage		
<u>Gemeindegruppe</u>									
Großstädte	682	- 1,5	35,0	1 221	6,0	32,2	1,8	1,6	37,4
Heilbäder	530	2,0	10,3	4 333	1,5	3,6	8,2	2,8	45,3
Luftkurorte	194	8,8	8,0	1 082	6,5	7,8	5,6	5,5	31,2
Erholungsorte	342	4,0	13,0	1 971	5,8	13,8	5,8	6,1	29,1
mit Prädikat <sup>1)</sup>	207	14,3	13,7	1 018	15,5	17,4	4,9	6,3	30,1
ohne Prädikat <sup>2)</sup>	135	- 8,5	11,9	953	- 3,0	9,8	7,1	5,8	28,1
Übrige Berichtsgemeinden	1 387	1,5	21,2	3 253	5,3	21,6	2,3	2,4	23,7
<u>Fremdenverkehrsgebiet</u>									
Rheintal	666	- 1,9	29,1	1 904	- 2,3	19,2	2,9	1,9	27,4
Rheinessen	326	0,2	33,5	646	18,3	31,0	2,0	1,8	37,8
Eifel / Ahr	444	- 1,1	16,4	2 338	3,7	12,0	5,3	3,9	36,3
Mosel / Saar	745	5,1	20,7	2 306	8,0	17,8	3,1	2,7	27,1
Hunsrück / Nahe / Glan	187	0,6	12,1	2 316	7,3	7,6	7,0	4,4	42,9
Westerwald / Lahn / Taunus	237	1,3	6,7	1 623	3,6	2,7	6,8	2,8	34,6
Pfalz	530	5,2	15,0	1 727	1,0	11,8	3,3	2,6	31,6
Insgesamt	3 135	1,6	20,7	11 860	4,1	13,5	3,8	2,5	32,2

1) Von der Landesregierung anerkannte Erholungsorte. - 2) Gemeinden mit einer mittleren Aufenthaltsdauer der Gäste von 5 und mehr Tagen im Sommerhalbjahr 1971.



faßten Berichtsgemeinden, welche sich 1972 auf insgesamt 116 261 belief, zu 13,4% beteiligt.

### Ausnutzungsgrad der Bettenkapazität unter Bundesdurchschnitt

Die Zahl der Gäste, die im Laufe des Jahres 1972 in den Beherbergungsbetrieben der 286 rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden übernachteten, erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,6% auf 3,1 Mill. Gleichzeitig erreichten die Übernachtungen eine Höhe von 11,9 Mill. (+ 4,1%), woraus sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Fremden von 3,8 Tagen (1971: 3,7) ergab. Die vorhandene Bettenkapazität wurde im Jahresdurchschnitt nur zu 32,2% ausgenutzt (Bund 35,1%). Dies entspricht in etwa dem Prozentsatz des Vorjahres, während die Quoten der beiden vorausgegangenen Jahre mit 29,4 bzw. 31,0% noch darunter lagen. Die niedrige durchschnittliche Bettenbelegungszahl der rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetriebe dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß viele von ihnen den Winter über geschlossen haben bzw. nur vereinzelte Übernachtungen vorweisen können. Betrachtet man dagegen die Situation ausschließlich im Sommerhalbjahr, so zeigt sich mit einer Ausnutzung von 44,8% ein besseres Ergebnis, das aber ebenfalls den entsprechenden Bundesdurchschnitt von 49,1% nicht erreicht.

Unter den Gemeindegruppen verzeichneten 1972 die Luftkurorte mit 8,8 bzw. 6,5% den größten Anstieg ihrer Gäste- und Übernachtungszahlen. Auch die mittlere Aufenthaltsdauer lag hier mit 5,6 Tagen über dem Durchschnitt. Ein ähnlich hohes Wachstum der Übernachtungen (+ 6,0%) war bei den Großstädten zu beobachten, deren Gästezahlen jedoch gleichzeitig um 1,5% zurückgingen. Diese Entwicklung wurde in erster Linie von der Landeshauptstadt Mainz bestimmt, die etwa gleich viel Gäste, aber um 28,5% mehr Übernachtungen als im Vorjahr verzeichnete. Im Gegensatz dazu wurden - mit Ausnahme von Ludwigshafen - aus allen übrigen Großstädten Rückgänge sowohl für die Gäste- als auch für die Übernachtungszahlen gemeldet. Die Landeshauptstadt wies darüber hinaus im vergangenen Jahr mit 51% wieder eine

Ausländerübernachtungen in Gemeinden mit mehr als 5 000 Übernachtungen von Gästen einer fremden Nationalität 1972 (ohne Kinderheime, Jugendherbergen und Campingplätze)

Gemeinde	Insgesamt	Niederlande	USA	Großbritannien	Belgien/Luxemburg
<b>Rheintal</b>					
Koblenz	122 186	14 136	25 705	42 053	7 833
Boppard	51 848	15 450	10 061	11 036	6 979
Remagen	24 208	8 988	.	10 394	.
Sankt Goar	22 098	.	.	11 853	.
Sankt Goarshausen	22 081	.	.	13 791	.
Lahnstein	19 734	.	.	11 809	.
Andernach	17 484	.	.	10 795	.
Kamp-Bornhofen	16 195	15 247	.	.	.
<b>Rheinhessen</b>					
Mainz	160 820	6 567	65 177	11 870	.
Worms	21 964	.	12 561	.	.
<b>Eifel / Ahr</b>					
Gerolstein	40 152	38 400	.	.	.
Altenahr	28 325	16 818	.	.	9 325
Bitburg	24 292	.	20 482	.	.
Bad Neuenahr-Ahrweiler	23 682	9 022	5 135	.	.
Bollendorf	23 445	9 337	.	.	9 320
Prüm	19 997	.	12 355	.	.
Daun	15 804	10 382	.	.	.
Mayen	13 331	11 054	.	.	.
Neuerburg	9 818	.	.	.	8 238
<b>Mosel / Saar</b>					
Cochem	105 752	52 752	.	9 592	23 807
Kröv	75 721	68 011	.	.	.
Trier	55 723	9 637	10 117	8 780	.
Berncastel-Kues	44 480	19 679	.	.	10 135
<b>Hunsrück / Nahe / Glan</b>					
Kell	36 732	30 449	.	.	.
Bad Kreuznach	22 473	.	6 145	.	.
<b>Pfalz</b>					
Kaiserslautern	27 460	.	7 277	.	.
Pirmasens	17 418	.	.	6 903	.
Zweibrücken	15 497	.	10 688	.	.
Ramstein-Miesenbach	11 314	.	7 162	.	.
Landstuhl	9 961	.	6 870	.	.

bemerkenswert hohe Ausnutzung ihrer Bettenkapazität auf. Eine günstige Entwicklung nahm auch der Fremdenverkehr in den Erholungsorten (Gäste + 4,0%, Übernachtungen + 5,8%), wo sich in den Gemeinden mit Prädikat die Wachstumsraten der Gäste und Übernachtungen im Durchschnitt sogar auf + 14,3 bzw. + 15,5% beliefen. Demgegenüber reisten in die Orte, die zwar im Sommerhalbjahr 1971 eine mittlere Aufenthaltsdauer von fünf Tagen und mehr hatten, aber bisher von der Landesregierung kein Prädikat als Erholungsort verliehen bekamen, um 8,5% weniger Gäste, wodurch sich unter anderem auch die Übernachtungszahl um 3,0% verringerte. Die größte mittlere Aufenthaltsdauer pro Gast und die höchste Ausnutzung ihres Bettenangebots wiesen mit 8,2 Tagen und 45,3% wiederum die Heilbäder auf, obwohl sich die Zahl ihrer Übernachtungen nur noch um 1,5% erhöhte.

### Hunsrück, Nahe und Glan zeigen höchste Bettenbelegung und Aufenthaltsdauer

Aus den Fremdenverkehrsgebieten ragte, was den Anstieg der Fremdenübernachtungen betrifft, Rheinhessen mit + 18,3% heraus, während die Zahl der Fremdenmeldungen (+ 0,2%) dort stagnierte. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß



diese Entwicklung weitgehend von den Zahlen der Landeshauptstadt Mainz bestimmt wird. Die mittlere Aufenthaltsdauer war in diesem Gebiet mit zwei Tagen sehr niedrig, was unter anderem durch das Fehlen von Heilbädern, Luftkur- und Erholungsorten, in denen eine längere Verweildauer vom Aufenthaltszweck her üblich ist, erklärt werden kann. Überdurchschnittliche Zuwachsraten bei den Gästen und Übernachtungen konnte mit 5,1 bzw. 8,0% nur das Fremdenverkehrsgebiet Mosel und Saar verbuchen, das auf der anderen Seite jedoch mit 27,1% die geringste Bettenbelegung im Lande aufwies. Im Gegensatz dazu war im Gebiet des Hunsrück, der Nahe und der Glan der Bettenbestand mit durchschnittlich 42,9% am besten ausgenutzt. Außerdem blieben die Gäste hier am längsten (durchschnittlich sieben Tage). Trotz dieser positiven Bilanz stand dem Übernachtungsgewinn von + 7,3% nur eine geringe Erhöhung der Gästezahl gegenüber (+ 0,6%). Unvorteilhaft entwickelte sich der Fremdenverkehr im Rheintal, das 1972 einen Rückgang seiner Gäste um 1,9% sowie seiner Übernachtungen um 2,3% hinnehmen mußte. Die Gäste hielten sich hier nur knapp drei Tage auf. Die Betten waren nur zu 27,4% belegt.

Von den Landkreisen zeigten - gemessen an der Übernachtungszahl - Unterwesterwald (+ 18,9%), Trier-Saarburg (+ 15,5%), Oberwesterwald (+ 13,8%) und Cochem-Zell (+ 11,8%) die günstigste Entwicklung auf. Während die Kreise Cochem-Zell, welcher mit 1,06 Mill. unter den genannten Kreisen die höchste Übernachtungszahl aufwies, Trier-Saarburg und Oberwesterwald auch einen erheblichen Gästezustrom erlebten (+ 11,3 und + 13,5 bzw. + 18,7%), war beim Unterwesterwaldkreis, der wegen seiner relativ niedrigen Übernachtungsziffer (75 500) noch einen gewissen Nachholbedarf hat, ein Rückgang der Gästezahl um 3,4% zu beobachten.

Die Ausländer waren an der Gesamtzahl der übernachtenden Gäste mit 20,7% (1971: 21,9%) beteiligt. Am häufigsten wurden Angehörige der folgenden Nationalitäten registriert: Niederlande 25,5%, USA 21,5%, Großbritannien 14,8%, Belgien und Luxemburg 11,6% sowie Frankreich 9,6%. Die Ausländer blieben durchschnittlich 2,5 Tage lang an ihrem Aufenthaltsort. Mehr als ein Drittel der in den Großstädten und mehr als ein Fünftel der in den sogenannten übrigen Berichtsgemeinden übernachtenden Fremden waren Gäste ausländischer Staatsangehörigkeit. Den geringsten Anteil hatten diese in den Luftkurorten (8,0%). Unter den Fremdenverkehrsgebieten wurden von den ausländischen Gästen Rheinhessen (33,5%) und das Rheintal (30,7%) bevorzugt, während sie sich am längsten in den Gebieten von Hunsrück, Nahe und Glan (7,0 Tage), Westerwald, Lahn und Taunus (6,8 Tage) sowie Eifel und Ahr (5,3 Tage) aufhielten. Während mehr als die Hälfte der in Rheinhessen übernachtenden Ausländer aus den Vereinigten Staaten kamen, erreichten im Rheintal mit 30,0% die Briten den höchsten Prozentsatz. Die

meisten Übernachtungen von Niederländern wurden 1972 in den Gemeinden Kröv (11,9%), Cochem (9,3%), Gerolstein (6,7%) und Kell im Hunsrück (5,3%) gezählt, während Amerikaner am häufigsten in Mainz (25,2%), Koblenz (9,9%) und Bitburg (7,9%) anzutreffen waren.

In den 256 zusätzlich zur Fremdenverkehrsstatistik herangezogenen anerkannten Fremdenverkehrsgemeinden wurden in dem Zeitraum von April bis Dezember 1972 über 240 000 Gäste mit über 900 000 Übernachtungen gezählt. Da es sich gemessen an der Zahl der Übernachtungen hierbei überwiegend um weniger bedeutende Orte handelt, lag der Anteil der Ausländer mit 10,7% im Durchschnitt niedriger als bei den 286 langfristig erfaßten Berichtsgemeinden (20,7%). In allen 542 Fremdenverkehrsorten wurden in dieser Zeit insgesamt 3,0 Mill. Fremde und 11,3 Mill. Übernachtungen registriert. Daran waren die 256 neu einbezogenen Gemeinden mit jeweils 8% beteiligt.

### Weniger Übernachtungen auf Campingplätzen und in Jugendherbergen

Auf den Campingplätzen der rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden übernachteten im Sommerhalbjahr des vergangenen Jahres 224 000 Personen. Die Gesamtzahl ihrer Übernachtungen belief sich auf knapp über 1 Mill. Mit diesen Zahlen wurde das Vorjahresergebnis, das noch 268 000 Gäste (- 16,1%) und 1,15 Mill. Übernachtungen (- 12,7%) umfaßte, erheblich unterschritten. Zu diesem Rückgang trugen vor allem die ausländischen Gäste bei, die im Sommerhalbjahr 1971 noch 62,3% der Campingplatzbesucher und 54,6% der Übernachtungen ausmachten. Ihre Zahl verminderte sich um 18,1%. Am stärksten wurde der Campingbetrieb von dieser Entwicklung in Rheinhessen (Gäste - 43,0%, Übernachtungen - 51,2%), in den Gebieten Westerwald, Lahn und Taunus (- 20,0 bzw. - 24,0%), Eifel und Ahr (- 21,9 bzw. - 16,2%) sowie an Mosel und Saar (- 15,6 bzw. - 17,5%) betroffen. Positiv entwickelte sich der Campingverkehr lediglich in den Fremdenverkehrsgebieten Hunsrück, Nahe und Glan (+ 22,6 bzw. + 29,9%) sowie Pfalz (+ 7,7 bzw. + 11,9%).

In den 47 in Berichtsgemeinden gelegenen Jugendherbergen erhöhte sich im Sommerhalbjahr 1972 die Zahl der Gäste um 1,3% auf 203 000, während sich ihre Übernachtungen um 2,8% auf 633 000 verringerten. Im Rheintal war gleichermaßen ein Rückgang der übernachtenden Personen (- 11,9%) sowie der Übernachtungen (- 16,1%) zu beobachten. Rheinhessen (+ 29,6 bzw. - 0,9%), Hunsrück, Nahe und Glan (+ 10,9 bzw. - 11,4%) und Pfalz (+ 10,7 bzw. - 0,8%) verzeichneten dagegen noch erhebliche Steigerungen ihrer Besucherzahlen bei gleichzeitigem Rückgang der Übernachtungen, während in Westerwald, Lahn und Taunus (- 12,7 bzw. + 16,5%) zwar weniger Herbergsbenutzer gezählt wurden, diese aber wesentlich länger blieben.

Diplom-Volkswirt H.-H. Meincke



## Öffentliche Straßen und Parkflächen am 1. Januar 1971

Um ausreichende statistische Unterlagen für eine integrierte Verkehrswegeplanung zu erhalten, wird alle fünf Jahre eine umfassende Bestandsaufnahme aller öffentlicher Straßen durchgeführt. Der folgende Aufsatz enthält die endgültigen Ergebnisse für Rheinland-Pfalz der zum 1. Januar 1971 erfolgten Erhebung, nachdem bereits zu einem früheren Zeitpunkt anhand von vorläufigen Daten die wichtigsten Eckzahlen dargestellt wurden<sup>1)</sup>.

### Stark angestiegener Kraftfahrzeugverkehr erfordert verbesserte Straßendecken

Der von 1966 bis 1971 weiterhin stark angestiegene Kraftfahrzeugverkehr - der Bestand an Personenkraftwagen erhöhte sich in dieser Zeit um mehr als 50% - brachte zwangsläufig auch eine wesentlich stärkere Beanspruchung der vorhandenen Straßen mit sich. Darüber hinaus erforderte der mit dem erhöhten Lebensstandard weiter Bevölkerungsschichten verbundene allgemeine Trend zum leistungsfähigeren und damit schnelleren Fahr-

zeug, welcher in der Anteilsverschiebung der Personenkraftwagen mit einem Hubraum von 1 500 ccm und mehr am Pkw-Bestand von 19,2% im Jahre 1966 auf 31,5% deutlich zum Ausdruck kommt, eine Verbesserung der Straßenverhältnisse. Aus diesen Gründen und wegen des in der letzten Zeit durch die steigende Unfallkurve bedingten wachsenden Sicherheitsbedürfnisse wurde es notwendig, von den traditionellen Deckenbauweisen, wie wasser- gebundenen Decken, Pflaster und einfachen Oberflächen- schutzschichten, abzugehen und sich verstärkt dem Bau von qualitativ hochwertigen Asphalt- und Betonstraßen zuzuwenden.

Diese Entwicklung schlägt sich deutlich in den statistischen Ergebnissen nieder. So nahm der Bestand an einfach befestigten ungeschotterten Fahrbahnen und wassergebundenen Decken um 41,0%, an Oberflächenschutzschichten um 25,0% und Groß- und Kleinpflaster um 24,0% ab. Das entspricht einer Verringerung von insgesamt 3 270 km. Auf der anderen Seite haben sich die schweren bituminösen Beläge, die die extrem dicken Mischdecken (6 und mehr cm Dicke) sowie den Gußasphalt enthalten,

<sup>1)</sup> H. H. Meindke: Das Straßennetz am 1. Januar 1971. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 24, Heft 11, November 1971.

Öffentliche Straßen nach Straßenarten und Deckenarten am 1. 1. 1971

Straßenart	Ins- gesamt	Wasser- gebundene Decken 1)	Ober- flächen- schutz- schichten	Teppich- beläge	Mittel- schwere bitu- minöse Beläge	Schwere bitu- minöse Beläge	Groß- und Klein- pflaster	Sonstige Decken- bauweise 2)
km								
<b>Straßen des überörtlichen Verkehrs</b>	18 240,6	543,4	2 630,6	4 295,5	6 514,7	3 680,5	259,9	316,0
Bundesautobahnen	325,3	-	-	-	-	215,2	-	110,1
Bundesstraßen	3 364,5	-	119,1	383,0	1 042,2	1 715,0	78,7	26,5
Freie Strecken	2 737,2	-	78,6	287,9	846,9	1 468,0	32,0	23,8
Ortsdurchfahrten	627,3	-	40,5	94,8	195,3	247,0	46,8	2,9
Landesstraßen	6 814,3	64,2	1 402,8	1 608,6	2 496,3	1 112,6	99,9	29,9
Freie Strecken	5 539,7	62,4	1 180,4	1 311,3	2 045,9	897,6	16,7	25,4
Ortsdurchfahrten	1 274,4	1,9	222,4	297,3	450,3	214,9	83,2	4,4
Kreisstraßen	7 736,5	479,2	1 108,7	2 303,8	2 976,3	637,7	81,4	149,4
Freie Strecken	6 192,7	470,1	815,8	1 848,4	2 387,3	520,2	10,0	140,9
Ortsdurchfahrten	1 543,8	9,1	292,9	455,4	589,0	117,5	71,3	8,6
<b>Gemeindestraßen</b>	11 602,7	2 165,9	630,4	3 957,5	3 354,8	628,5	671,8	193,9
Innerortsstraßen	9 794,1	1 397,0	540,4	3 392,3	3 080,3	567,9	663,9	152,3
Außerortsstraßen	1 808,7	768,9	90,0	565,2	274,5	60,6	7,9	41,7
<b>Insgesamt <sup>3)</sup></b>	29 843,3	2 709,3	3 261,0	8 253,0	9 869,5	4 309,0	931,7	509,7
Anteil in %								
<b>Straßen des überörtlichen Verkehrs</b>	100,0	3,0	14,4	23,5	35,7	20,2	1,4	1,8
Bundesautobahnen	100,0	-	-	-	-	66,2	-	33,8
Bundesstraßen	100,0	-	3,5	11,4	31,0	51,0	2,3	0,8
Freie Strecken	100,0	-	2,9	10,5	30,9	53,6	1,2	0,9
Ortsdurchfahrten	100,0	-	6,5	15,1	31,1	39,4	7,4	0,5
Landesstraßen	100,0	0,9	20,6	23,6	36,6	16,3	1,6	0,4
Freie Strecken	100,0	1,1	21,3	23,7	36,9	16,2	0,3	0,5
Ortsdurchfahrten	100,0	0,1	17,5	23,3	35,3	16,9	6,5	0,4
Kreisstraßen	100,0	6,2	14,3	29,8	38,5	8,2	1,1	1,9
Freie Strecken	100,0	7,6	13,2	29,8	38,5	8,4	0,2	2,3
Ortsdurchfahrten	100,0	0,6	19,0	29,5	38,2	7,6	4,6	0,5
<b>Gemeindestraßen</b>	100,0	18,7	5,4	34,1	28,9	5,4	5,8	1,7
Innerortsstraßen	100,0	14,3	5,5	34,6	31,5	5,8	6,7	1,6
Außerortsstraßen	100,0	42,5	5,0	31,2	15,2	3,4	0,4	2,3
<b>Insgesamt <sup>3)</sup></b>	100,0	9,1	10,9	27,7	33,1	14,4	3,1	1,7

1) Einschl. einfach befestigter ungeschotterter Fahrbahnen. - 2) Einschl. Zementbetondecken und altes Kopfsteinpflaster. - 3) Ohne 109,7 km Privatstraßen.



mehr als verdoppelt (+ 105,3%). Aber auch die dünneren Teppich- (+ 12,9%) und mittelschweren bituminösen Beläge (+ 18,9%) wurden in wesentlich größerem Maße verarbeitet als fünf Jahre zuvor. Damit erhöhte sich der Bestand an diesen qualitativ wertvolleren Straßen insgesamt um 4 700 km.

Während im Jahre 1961 die ungeschotterten Fahrbahnen und wassergebundenen Decken mit 29,5% (7 938 km) den größten Anteil aller öffentlichen Straßen hatten, nahmen 1971 die mittelschweren bituminösen Beläge mit einem Anteil von 33,1% (9 870 km) diesen Platz ein, wobei die vorgenannten einfachen Deckenbauweisen mit nur noch 9,1% (2 709 km) beteiligt waren. Danach folgten 1971 bereits die Teppichbeläge mit 27,7%, die 1961 mit einem Gewicht von 17,1% hinter den Oberflächenschutzschichten (21,8%) erst an dritter Stelle kamen. Die stärkste Entwicklung zeigten in diesen zehn Jahren die schweren bituminösen Beläge, die 1961 mit einem Anteil von nur 3,4% (923 km) noch unbedeutend waren und 1971 bereits mit 14,4% (4 309 km) nach den mittelschweren bituminösen und den Teppichbelägen zu den meist verwendeten Deckenbauweisen zählten.

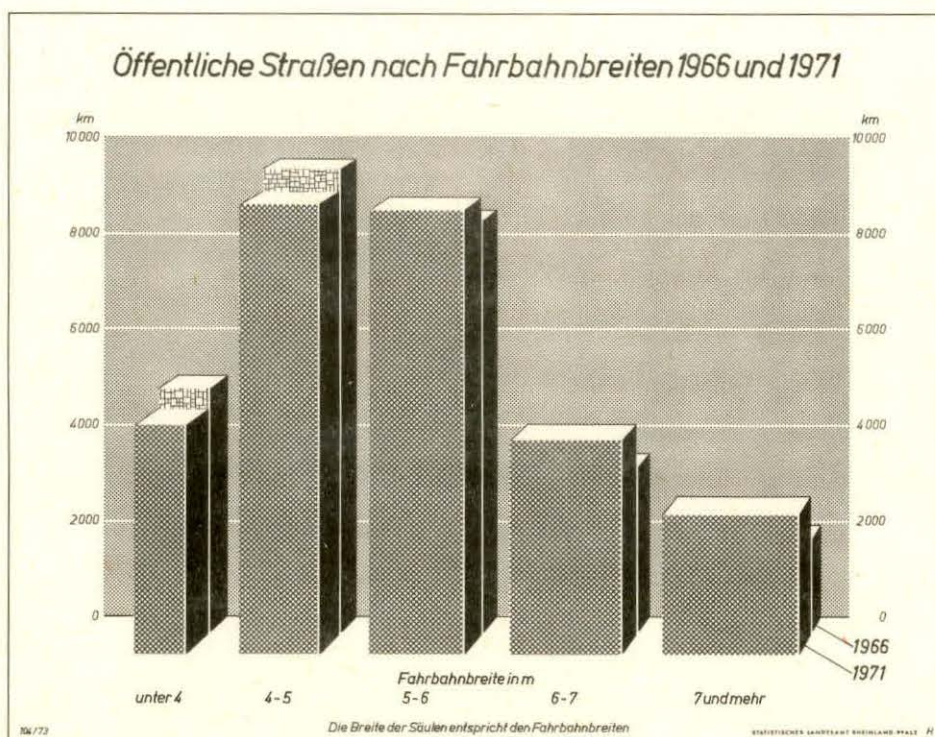
Da sich diese Straßenbeläge für hohe Geschwindigkeiten am besten eignen, wurden sie vorwiegend für den Bau von Bundesautobahnen und Bundesstraßen (44,8%) verwendet. Diese waren daher auch zu 66,2% bzw. 51,0% mit solchen Fahrbahndecken versehen. Während die restlichen Strecken der Bundesautobahnen (33,8%) aus Zementbeton hergestellt wurden, überwogen bei den Bundesstraßen weiterhin die weniger kostenaufwendigen mittelschweren bituminösen Beläge (31,0%). Die Landes- und Kreisstraßen dienen weniger dem Fernverkehr als vielmehr dem Flächenverkehr. Da diese Straßen, ab-

gesehen vom Berufsverkehr in Ballungsgebieten in der Regel auch nicht stark befahren sind, reichten in der Vergangenheit überwiegend mittelschwere bituminöse und Teppichbeläge aus. Aber auch hier ist wie bei allen Straßenarten eine verstärkte Zuwendung zu den schwereren Belägen zu beobachten. Die Gemeindestraßen, die zu 84% innerhalb von Ortsbereichen lagen und meist dem Innerortsverkehr dienen, bestanden daher auch zu 34,1% aus einfachen Teppichbelägen. Jedoch wurden auch hier schon in zunehmendem Maße mittelschwere bituminöse Beläge bevorzugt, die 1971 bereits einen Anteil von 28,9 bzw. 5,4% erreichten gegenüber 20,5 bzw. 2,5% im Jahre 1966. Auf der anderen Seite waren die Gemeinden aber noch zu 80,0% an den ungeschotterten Fahrbahnen und wassergebundenen Decken beteiligt.

### Breitere Straßen infolge zunehmender Verkehrsdichte

Um den Verkehrsfluß trotz der zunehmenden Kraftfahrzeugdichte zu erhalten und Konfliktsituationen zu vermeiden, mußten in den letzten Jahren zunehmend breitere Straßen gebaut bzw. bestehende Straßen verbreitert werden. So kamen 1971 im Vergleich zu 1966 jeweils über 900 km Straßen mit Fahrbahnbreiten von 6 bis 7 m (+ 26,9%) sowie 7 m mehr (+ 47,7%) hinzu. Diese Entwicklung vollzog sich in verstärktem Maße bei den Fernstraßen, den Bundesautobahnen, Bundes- und Landesstraßen. Während es sich bei den Bundesautobahnen ausschließlich um Neubaustrecken handelte (+ 105,4%), dürfte sich die Zunahme bei den übrigen Straßen zum Teil aus Verbreiterungen bestehender Straßen ergeben haben. Bei den Bundes-

desstraßen mit einer Breite von 7 m und mehr wurden in dieser Zeit 390 km oder 39,7%, bei den breiten Landesstraßen 230 km oder 131,5% neu gebaut oder ausgebaut. Bei den Landesstraßen war diese Entwicklung notwendig unter anderem, weil der Fernverkehr wegen verstopfter Autobahnen und Bundesstraßen zunehmend auf Landesstraßen ausweichen muß. Bei den Kreisstraßen konzentrierte sich der Ausbau dagegen in stärkerem Maße auf Straßenbreiten zwischen 5 und 6 m (+ 580 km oder 32,0%) sowie 6 und 7 m (+ 250 km oder 157,6%). Aber auch die Gemeinden konnten ihren Bestand an mittleren Straßen mit Breiten von 5





Öffentliche Parkfläche in Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern am 1. 1. 1971

Gemeinde	Insgesamt	Ausschließlich zum Parken verwendete Fläche				Zeitweilig zum Parken verfügbare Plätze	Markierte Aufstell- fläche auf Gehwegen	Öffentliche Park- bauten
		zusammen	Park- plätze	Park- streifen	Park- spuren			
Fläche in qm								
Ludwigshafen am Rhein	167 699	137 830	53 883	68 772	15 175	11 377	6 362	12 130
Mainz	211 381	125 448	74 305	39 334	11 809	47 358	18 625	19 950
Koblenz	106 946	77 354	45 648	28 430	3 276	13 365	4 340	11 887
Trier	70 082	61 532	44 682	13 750	3 100	480	-	8 070
Kaiserslautern	91 904	31 904	30 714	990	200	44 850	150	15 000
Worms	58 797	36 862	30 472	1 605	4 785	19 700	2 235	-
Neuwied	72 603	48 436	25 299	18 700	4 437	21 600	2 567	-
Pirmasens	69 088	44 702	27 871	13 956	2 875	24 000	386	-
Neustadt a. d. Weinstr.	71 382	42 262	27 902	9 330	5 030	26 220	2 900	-
Bad Kreuznach	44 351	42 811	40 119	296	2 396	504	1 036	-
Speyer	40 137	19 177	15 326	3 521	330	10 860	10 100	-
Frankenthal (Pfalz)	56 552	45 444	31 744	11 844	1 856	11 108	-	-
Idar-Oberstein	45 111	45 066	44 753	313	-	-	45	-
Zweibrücken	32 335	18 645	13 950	4 105	590	2 450	11 240	-
Landau i. d. Pfalz	67 699	63 927	61 152	2 775	-	3 292	480	-
Andernach	17 763	17 540	10 790	3 192	3 558	-	223	-
Bad Neuenahr-Ahrweiler	22 400	21 310	18 680	1 350	1 280	-	1 090	-
Bingen	21 077	19 679	16 808	540	2 331	-	1 398	-
Mayen	9 594	6 834	3 653	3 181	-	2 450	310	-
Lahnstein	26 548	24 880	18 341	6 539	-	1 632	36	-
Ingelheim am Rhein	10 524	10 524	3 697	3 106	3 721	-	-	-
Haßloch	4 200	4 200	3 210	990	-	-	-	-
Schifferstadt	31 506	8 155	4 144	3 814	197	22 500	851	-
Bad Dürkheim	12 420	5 000	2 403	1 641	956	6 680	740	-
Bendorf	3 600	3 600	1 960	500	1 140	-	-	-
Wittlich	16 325	12 165	11 940	-	225	4 160	-	-
Remagen	5 776	5 776	4 445	1 331	-	-	-	-
Konz	18 581	7 081	7 081	-	-	3 000	8 500	-
Alzey	9 521	9 521	8 295	1 072	154	-	-	-
Sinzig	16 297	16 297	7 986	7 831	480	-	-	538
Kirn	12 785	12 785	12 785	-	-	-	-	-
Grünstadt	7 157	7 157	6 547	560	50	-	-	-
Betzdorf	9 965	9 965	6 425	500	3 040	-	-	-
Diez	9 420	8 340	4 842	2 180	1 318	1 080	-	-
Bitburg	17 470	17 470	13 210	1 130	3 130	-	-	-
Kirchen (Sieg)	3 110	3 030	2 850	180	-	-	80	-
Insgesamt	1 492 106	1 072 709	737 912	257 358	77 439	278 666	73 694	67 037
Anzahl der Stellplätze in PKW-Einheiten								
Ludwigshafen a. Rhein	10 618	8 935	2 692	5 194	1 049	641	575	467
Mainz	12 128	7 153	3 798	2 557	798	1 467	2 178	1 330
Koblenz	6 754	5 177	2 696	2 174	307	684	365	528
Trier	3 708	3 145	2 113	840	192	25	-	538
Kaiserslautern	6 457	2 454	2 364	76	14	2 990	13	1 000
Worms	3 620	2 151	1 734	107	310	1 320	149	-
Neuwied	5 510	3 112	1 183	1 529	400	2 115	283	-
Pirmasens	3 395	2 494	1 285	1 027	182	870	31	-
Neustadt a. d. Weinstr.	3 808	2 433	1 444	653	336	1 208	167	-
Bad Kreuznach	2 431	2 313	2 165	22	126	33	85	-
Speyer	2 885	1 321	1 040	259	22	708	856	-
Frankenthal (Pfalz)	3 410	2 678	1 816	751	111	732	-	-
Idar-Oberstein	2 370	2 367	2 347	20	-	-	3	-
Zweibrücken	2 194	1 299	969	281	49	133	762	-
Landau i. d. Pfalz	3 346	3 136	2 968	168	-	180	30	-
Andernach	1 041	1 011	523	226	262	-	30	-
Bad Neuenahr-Ahrweiler	1 332	1 259	1 069	105	85	-	73	-
Bingen	952	821	638	30	153	-	131	-
Mayen	629	423	173	250	-	167	39	-
Lahnstein	1 850	1 728	1 269	459	-	116	6	-
Ingelheim am Rhein	652	652	153	253	246	-	-	-
Haßloch	254	254	178	76	-	-	-	-
Schifferstadt	1 576	472	168	292	12	1 020	84	-
Bad Dürkheim	717	343	153	114	76	309	65	-
Bendorf	171	171	95	13	63	-	-	-
Wittlich	716	546	528	-	18	170	-	-
Remagen	297	297	216	81	-	-	-	-
Konz	1 199	357	357	-	-	200	642	-
Alzey	356	356	286	58	12	-	-	-
Sinzig	927	927	340	550	37	-	-	-
Kirn	1 172	1 172	1 172	-	-	-	-	-
Grünstadt	401	401	340	56	5	-	-	-
Betzdorf	462	462	287	30	145	-	-	-
Diez	450	410	180	105	125	40	-	-
Bitburg	663	663	425	61	177	-	-	-
Kirchen (Sieg)	185	169	154	15	-	-	16	-
Insgesamt	88 636	63 062	39 318	18 432	5 312	15 128	6 583	3 863



bis 6 m um fast 500 km oder 22,6% sowie von 6 bis 7 m um 240 km oder 32,7% erheblich vergrößern.

Als Folge dieser Entwicklung veränderte sich die Struktur jedoch in verhältnismäßig geringem Maße. So stellten die mittleren Straßenbreiten zwischen 4 und 6 m mit einem Anteil von 60,5% (18 000 km) weiterhin das Gros aller Straßen. Die Straßen mit Breiten zwischen 6 und 7 m sowie 7 m und mehr erreichten dagegen auch 1971 nur Quoten von 14,5% (4 300 km) und 9,4% (2 800 km). Bei den kleinen Verkehrswegen mit weniger als 4 m Breite handelte es sich zu 96,1% um Gemeinde- bzw. Kreisstraßen und hier wiederum überwiegend um nicht stark befahrene Seitenstraßen. Während die Masse der Gemeinde- (38,5%) und der Kreisstraßen (41,9%) jedoch in der Klasse zwischen 4 und 5 m liegt, hatten fast die Hälfte aller Landesstraßen (48,3%) Abmessungen zwischen 5 und 6 m. Eine besonders rege Ausbautätigkeit in den letzten Jahren bei den Bundesstraßen kommt dadurch zum Ausdruck, daß 1966 noch 28,8% der Gesamtlänge der Bundesstraßen eine Breite zwischen 5 und 6 m und 68,2% eine solche von 6 m und mehr aufwiesen, 1971 sich aber bereits Quoten von 18,5 und 79,6% ergaben.

#### **Parkraumnot in den Städten durch Berufs- und Einkaufsverkehr**

In den 36 Gemeinden des Landes mit 10 000 und mehr Einwohnern standen am 1. Januar 1971 insgesamt 1,49 Mill. qm an öffentlicher Fläche zur Verfügung, die durch Kennzeichnung der Straßenverkehrsbehörden als ständige Parkfläche ausgewiesen war. Davon entfielen 1,28 Mill. qm oder 85,6% auf die 19 rheinland-pfälzischen Mittel- und Großstädte ab 20 000 Einwohnern, die im Durchschnitt eine Parkfläche von 67 200 qm aufwiesen im Vergleich zu 12 700 qm bei den Gemeinden mit Einwohnerzahlen zwischen 10 000 und 20 000. Für die fünf Großstädte, die allein 43,5 % oder 1,49 Mill. qm Parkfläche besaßen, errechnete sich ein Durchschnittswert von 129 600 qm.

Von der in allen 36 erfaßten Gemeinden vorhandenen Parkfläche waren 1,07 Mill. qm oder 72,0% ausschließlich zum Parken bestimmt, während 278 700 qm oder 18,4% nur zeitweilig zu diesem Zweck zur Verfügung standen, zum Beispiel auf Markt- und Festplätzen. Darüber hinaus wurden noch 73 700 qm Parkfläche (4,9%) durch Markierungen auf Gehwegen geschaffen. Zusätzliches Parkraum in den fünf Großstädten des Landes stellten die öffentlichen Parkbauten bereit, der 1971 hier bereits einen Anteil an der Gesamtfläche von 10,4% erreichte gegenüber nur 5,6% im Jahre 1966. Von der ausschließlich zum Parken verwendeten Fläche aller erfaßten Gemeinden entfiel ein Anteil von mehr als zwei Dritteln (69,0%) auf die abseits der Fahrbahnen öffentlicher Straßen gelegenen Parkplätze sowie von knapp einem Drittel (31,0%) auf die Parkstreifen und Parkspuren am Rande der Fahrbahn. Bei diesen Angaben fehlen allerdings die nicht besonders gekennzeichneten Parkmöglichkeiten auf Straßen und Plätzen, die zur Vervollständigung des Bildes über den in unseren größeren Gemeinden und Städten vorhandenen Parkraum notwendig wären.

Ein genaueres Bild über die Kapazität der amtlich als solche gekennzeichneten Parkfläche ergibt die Zahl der Stellplätze, gemessen in Pkw-Einheiten. Danach konnten auf den 1,49 Mill. qm Gesamtfläche 88 600 Personenkraftwagen geparkt werden. Davon befanden sich 39 700 Stellplätze oder 44,7% in den fünf Großstädten, 36 900 oder 41,6% in den 14 Mittelstädten mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern sowie 12 000 oder 13,7% in den weiteren 17 Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern. Von den 88 600 Parkmöglichkeiten entfielen 63 000 oder 71,2% auf ausschließlich zum Parken verwendete Flächen, während 15 100 Stellplätze (17,0%) auf nur zeitweise zum Parken verfügbaren Plätzen, 6 600 (7,4%) als markierte Aufstellflächen auf Gehwegen und 3 800 (4,4%) in öffentlichen Parkbauten zur Verfügung standen. In den Großstädten belief sich der Anteil der Stellplätze in öffentlichen Parkhäusern an der gesamten Parkkapazität dagegen auf 9,7% gegenüber nur 6,3% im Jahre 1966. Die 63 000 Stellplätze auf der ausschließlich zum Parken bereitgestellten Fläche verteilten sich zu 62,4% (39 300) auf abseits der Fahrbahnen öffentlicher Straßen gelegene Parkplätze, zu 29,2% (18 400) auf in der Regel schräg oder senkrecht zur Straßenachse verlaufende Parkstreifen sowie zu 8,4% (5 300) auf Parkspuren, die auf die Fahrbahn gekennzeichnet sind und auf welchen die Fahrzeuge hauptsächlich parallel zur Straßenachse aufgestellt werden.

Auf den öffentlichen Parkflächen der 12 kreisfreien Städte von Rheinland-Pfalz (1,04 Mill. qm) fanden insgesamt 62 300 Personenkraftwagen Platz. Stellt man dieser Zahl den Bestand der hier zugelassenen Personenkraftwagen am 1. Januar 1971 (226 200), der als ein wenn auch bei weitem nicht ausreichender Anhaltspunkt für die Höhe der Nachfrage nach Parkplätzen in diesem Bereich gelten soll, gegenüber, so ergibt sich, daß die kreisfreien Städte in der Lage waren, 28% ihres Pkw-Bestandes auf ihren öffentlichen Parkflächen unterzubringen. Aus der Tatsache, daß diese Relation gegenüber 1966 unverändert geblieben ist, kann jedoch geschlossen werden, daß die in den größeren Städten zu beobachtende zunehmende Parkraumnot fast ausschließlich durch den täglich oder an bestimmten Tagen verstärkt einpendelnden Berufs- und Einkaufsverkehr verursacht wird. Die höchste Zahl an Stellplätzen wies mit 12 100 die Landeshauptstadt Mainz auf, gefolgt von den Großstädten Ludwigshafen (10 600), Koblenz (6 750) und Kaiserslautern (6 460). Die Großstadt Trier kam mit 3 700 Stellplätzen erst hinter Neuwied (5 500) an sechster Stelle (3 700). Die Gegenüberstellung des Pkw-Bestandes ergibt, daß die amtlich gekennzeichneten Parkflächen zum Teil nur einen geringen Teil des Pkw-Bestandes aufnehmen können: Mit einem Anteil von 75% liegt die Stadt Neuwied dabei mit großem Abtsand an erster Stelle, gefolgt von Landau (44%), Frankenthal (35%), Zweibrücken und Neustadt (je 31%). Von den Großstädten sind an erster Stelle Mainz (30%), dann Kaiserslautern (29%) und Koblenz (28%) zu nennen, während Trier (18%) und Worms (21%) erst mit Abstand folgen.

*Diplom-Volkswirt H. H. Meincke*



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 671	3 685	3 682	3 684	3 685	3 693	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	2 256	2 204	2 232	2 793	2 464	2 191	2 098	2 633	2 869 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,1	6,0	7,4	8,9	8,1	7,0	6,9 <sup>P</sup>	8,4 <sup>P</sup>	9,5 <sup>P</sup>
* Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	3 837	3 420	3 503	3 805	3 557	3 247	3 124	3 142	3 297 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,5	9,3	11,6	12,2	11,7	10,4	10,3 <sup>P</sup>	10,0 <sup>P</sup>	10,9 <sup>P</sup>
* Gestorbene (ohne Totgeborene) <sup>3)</sup>	Anzahl	3 667	3 660	3 320	3 640	3 488	3 800	3 689	3 544	3 476 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	9,9	11,0	11,6	11,5	12,1	12,2 <sup>P</sup>	11,3 <sup>P</sup>	11,5 <sup>P</sup>
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	88	82	85	108	74	67	80	79	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	22,9	24,0	24,3	28,4	20,8	20,6	25,6	25,1	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	170	- 240	183	165	69	- 553	- 565	- 402	- 179 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	0,5	- 0,7	0,6	0,5	0,2	- 1,8	- 1,9 <sup>P</sup>	- 1,3 <sup>P</sup>	- 0,6 <sup>P</sup>
<b>Wanderungen über die Landesgrenze</b>										
* Zugezogene	Anzahl	10 580	10 377	10 080	9 444	10 172	10 136	...	...	...
* Fortgezogene	Anzahl	9 119	9 150	8 891	7 482	8 891	7 967	...	...	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 461	1 227	1 189	1 962	1 281	2 169	...	...	...
* Innerhalb d. Landes Umgezogene <sup>4)</sup>	Anzahl	10 351	10 508	9 842	9 324	9 879	9 450	...	...	...
<b>Arbeitslage</b>										
* Arbeitslose	1 000	10,9	12,9	11,1	10,1	8,9	12,9	10,8	9,8	9,3
* Männer	1 000	6,6	7,8	5,7	4,9	4,5	7,3	5,3	4,7	4,5
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	621	776	121	90	86	675	108	88	74
Bauberufe	Anzahl	859	887	578	390	317	789	439	325	287
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	5 254	5 746	5 344	4 932	4 377	5 650	4 877	4 470	4 239
Offene Stellen	Anzahl	27 650	27 090	27 637	29 226	30 279	31 513	32 787	35 386	35 528
Männer	Anzahl	17 617	16 842	16 913	17 565	18 300	20 228	21 136	22 366	22 474
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	366	316	330	272	295	539	481	452	475
Bauberufe	Anzahl	2 663	2 623	2 598	2 817	2 814	3 216	3 258	3 429	3 312
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	12 159	11 549	11 118	12 181	13 011	13 820	14 554	15 961	16 378
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand</b>										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	686	678	.	.	698	.	.	.	708
* Milchkühe	1 000	252	251	.	.	252	.	.	.	253
* Schweine	1 000	741	744	.	.	708	773	.	.	762
* Zuchtsauen	1 000	69	70	.	.	72	73	.	.	75
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	42	42	.	.	45	45	.	.	47
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>										
* Rinder	1 000	20	16	16	17	14	14	15	14	13
* Kälber	1 000	2	1	1	2	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	103	98	94	106	88	93	104	91	88
* Hausschlachtungen	1 000	21	18	17	14	9	21	19	15	9
* Schlachtmengen <sup>5)</sup>	1 000 t	12,0	11,1	10,6	12,5	10,5	10,0	11,4	10,2	10,3
* Rinder	1 000 t	5,1	4,3	4,2	4,6	3,9	4,0	4,3	3,8	3,8
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,7	6,6	6,3	7,7	6,4	5,9	6,9	6,3	6,4
<b>Geflügel</b>										
* Eingelegte Bruteier <sup>6)</sup>	1 000	197	165	268	214	89	300	250	200	111
* für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch <sup>7)</sup>	1 000 kg	44	61	66	59	67	48	57	77	55
<b>Milch</b>										
* Milcherzeugung	1 000 t	79	80	85	94	89	86	85	94	87
* an Molkereien geliefert	%	80,8	83,1	82,5	84,6	85,6	82,0	84,3	86,5	87,1
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,0	10,4	11,2	12,0	11,7	11,0	11,4	12,0	11,5

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	3 059	3 059	3 072	3 063	3 058	3 008	2 998	2 995	2 992
* Beschäftigte	1 000	408	404	401	401	401	406	405	406	407
* Arbeiter 2)	1 000	304	298	296	296	296	298	298	298	299
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	46 972	45 571	44 435	45 269	46 035	47 628	44 642	47 858	44 411
Löhne und Gehälter	Mill. DM	541	591	545	583	608	611	613	684	686
* Löhne	Mill. DM	357	384	351	390	396	400	398	453	441
* Gehälter	Mill. DM	184	207	194	193	212	211	215	231	245
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	87	76	76	75	74	70	68	67	68
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	136	169	180	174	159	183	180	191	140
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	19	7	10	8	6	3	3	3	3
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	117	162	170	166	153	180	177	188	137
* Heizölverbrauch	1 000 t	201	207	206	191	169	247	228	201	182
* leichtes Heizöl	1 000 t	40	40	40	35	30	48	43	35	30
* schweres Heizöl	1 000 t	161	167	166	156	139	199	185	166	152
* Stromverbrauch	Mill. kWh	804	847	816	856	840	882	847	857	848
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	297	299	279	278	264	308	280	262	248
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 565	2 815	2 684	2 788	2 802	3 120	2 965	3 229	3 016
* Auslandsumsatz	Mill. DM	535	637	592	639	654	720	718	793	687
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1962 = 100	213	234	246	246	239	244	264	253	265 <sup>D</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	223	247	258	255	248	263	280	265	277 <sup>D</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1962 = 100	223	247	259	157	251	259	277	264	298
Energiewirtschaft	1962 = 100	210	228	236	225	205	327	337	304	306 <sup>D</sup>
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1962 = 100	234	264	278	272	273	283	303	283	298
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	165	180	202	203	211	166	203	218	226
Chemische Industrie	1962 = 100	276	317	329	320	318	346	365	322	343
* Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	288	322	345	358	323	316	347	327	355
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1962 = 100	242	299	320	364	284	242	266	223	271
* Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	170	183	187	176	177	202	204	197	197
Schuhindustrie	1962 = 100	108	102	119	74	71	103	89	85	77
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1962 = 100	178	182	172	187	177	175	193	211	211
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	157	166	185	193	188	143	177	188	201
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	103	103	.	.	101	102	.	.	...
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1962 = 100	207	223	.	.	212	228	.	.	...
* Handwerksumsatz	VjD 1962 = 100	208	227	.	.	209	229	.	.	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	176	221	243	209	181	283	230	...	...
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 181	1 266	1 213	1 218	1 123	1 394	1 365	...	...
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	330	384	364	338	305	462	476	...	...
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 015	1 088	1 077	1 074	985	1 198	1 104	...	...
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,6	0,6	0,5	0,4	0,2	0,2	0,2	0,1	...
Gasbezug 4)	Mill. cbm	192	233	244	219	183	288	137	117	...
Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	193	234	244	220	183	288	138	117	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	89 276	89 423	89 537	90 470	91 583	86 006	86 938	87 770	88 157
Facharbeiter	Anzahl	48 428	48 787	48 704	49 033	51 959	46 397	46 663	47 331	48 722
Fachwerker und Werker	Anzahl	26 438	26 017	26 500	27 043	25 139	24 785	25 416	25 701	24 665
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 257	13 348	13 540	14 974	15 200	11 898	12 639	14 628	14 004
Privater Bau	1 000	7 511	7 887	8 040	8 891	8 980	7 084	7 579	8 711	8 367
Wohnungsbau	1 000	4 906	5 235	5 324	6 015	6 007	4 884	5 267	5 987	5 685
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	143	122	148	142	115	76	70	124	124
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 462	2 530	2 568	2 734	2 858	2 124	2 242	2 600	2 558
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 746	5 461	5 500	6 083	6 220	4 814	5 060	5 917	5 637
Hochbau	1 000	1 427	1 346	1 278	1 369	1 492	1 215	1 161	1 280	1 125
Tiefbau	1 000	4 319	4 115	4 222	4 714	4 728	3 599	3 899	4 637	4 512
Straßenbau	1 000	2 007	1 909	1 852	2 105	2 307	1 690	1 833	2 146	2 150
Löhne und Gehälter	Mill. DM	115	131	123	144	145	120	130	156	155
* Löhne	Mill. DM	103	118	111	131	132	107	117	141	140
* Gehälter	Mill. DM	12	13	12	13	13	13	13	15	15
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	325	332	315	327	365	262	226	282	330

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal/Nm<sup>3</sup>. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Ab März 1973 vorläufige Ergebnisse.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 314	1 496	1 610	1 658	1 746	1 458	1 403	1 832	1 680
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 178	1 332	1 396	1 500	1 585	1 307	1 241	1 662	1 556
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 489	1 813	2 051	1 914	2 019	1 666	1 706	2 059	1 740
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	203	273	306	285	300	264	276	337	285
* Wohnfläche	1 000 qm	255	313	365	338	344	292	294	361	286
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	251	253	271	269	289	244	245	251	280
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 186	1 010	1 013	757	1 121	1 276	970	1 241	1 045
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	126	110	94	83	140	164	86	101	145
* Nutzfläche	1 000 qm	200	175	170	128	203	226	174	199	186
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	2 997	3 742	4 132	3 640	4 292	3 279	3 362	4 082	3 061
<b>Bauleistungspreise</b> (einschl. Umsatzsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	122	124	.	124	.	.	.	134	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	175	189	.	189	.	.	.	204	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	176	192	.	193	.	.	.	212	.
Leichttrennwand	1962 = 100	179	197	.	199	.	.	.	216	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	164	176	.	176	.	.	.	194	.
Beton für Wände	1962 = 100	170	182	.	182	.	.	.	200	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	132	137	.	138	.	.	.	146	.
Innenwandputz	1962 = 100	180	198	.	199	.	.	.	226	.
Deckenputz	1962 = 100	174	191	.	192	.	.	.	218	.
Außenwandputz	1962 = 100	185	205	.	206	.	.	.	234	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	153	170	.	171	.	.	.	192	.
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	170	182	.	179	.	.	.	201	.
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	633,4	737,5	680,0	789,5	769,5	870,5	796,3	939,5	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	20,1	25,5	21,3	24,0	27,7	32,8	32,9	42,7	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	613,3	712,0	658,7	765,5	741,9	837,6	763,3	896,8	...
* Rohstoffe	Mill. DM	10,1	10,3	11,0	11,9	13,7	11,7	12,4	13,4	...
* Halbwaren	Mill. DM	36,2	35,5	33,5	37,9	30,4	44,5	40,3	48,4	...
* Fertigwaren	Mill. DM	567,1	666,3	614,1	715,8	697,8	781,5	710,7	835,0	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	211,8	235,3	214,5	261,3	242,8	286,7	255,0	316,7	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	355,3	431,0	399,6	454,5	455,0	494,8	455,6	518,3	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
EG-Länder	Mill. DM	297,3	350,1	331,4	384,9	357,3	410,8	379,8	426,4	...
Frankreich	Mill. DM	101,9	122,9	122,3	143,3	123,9	137,7	131,5	142,4	...
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	43,6	51,4	48,1	53,6	49,9	58,7	57,7	63,5	...
Niederlande	Mill. DM	53,2	55,7	54,8	61,1	62,1	78,6	62,7	70,1	...
Italien	Mill. DM	54,7	65,4	63,7	65,7	68,6	63,4	70,1	81,7	...
Großbritannien	Mill. DM	29,4	38,3	29,3	45,3	41,3	51,7	37,5	46,6	...
Republik Irland	Mill. DM	1,3	1,7	1,1	1,7	1,6	2,3	2,1	3,7	...
Dänemark	Mill. DM	13,1	14,7	12,0	14,2	9,8	18,4	18,3	18,4	...
Österreich	Mill. DM	26,1	33,8	30,9	34,4	36,1	36,3	35,7	38,7	...
Schweiz	Mill. DM	38,1	41,7	38,2	44,6	41,8	49,9	43,0	49,1	...
USA und Kanada	Mill. DM	45,5	49,2	37,8	51,9	53,6	57,2	60,8	61,5	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	95,3	103,9	85,3	99,3	101,5	128,7	109,4	141,3	...
Ostblockländer	Mill. DM	22,2	36,0	31,5	45,9	50,1	44,8	40,0	69,0	...
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	455,8	480,5	496,1	472,7	504,5	522,7	509,0	539,5	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	74,1	83,3	90,1	78,9	78,8	104,4	109,6	116,9	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	381,7	397,2	405,9	393,8	425,7	418,3	399,4	422,7	...
<b>Einzelhandel</b>										
Beschäftigte	1962 = 100	96	99	95	98	97	99	98	99	...
* Umsatz	1962 = 100	170	188	173	184	179	195	201	200	...
* Waren verschiedener Art	1962 = 100	241	255	211	231	226	229	247	239	...
* Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	138	166	163	170	165	180	179	182	...
* Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1962 = 100	161	177	158	171	148	168	203	188	...
* Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	189	205	175	191	189	217	205	226	...
* Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1962 = 100	153	177	146	150	144	150	178	168	...
* Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1962 = 100	181	180	180	199	209	221	202	214	...



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Gastgewerbe</b>										
Beschäftigte	1962 = 100	113	116	121	125	117	112	114	117	...
Teilbeschäftigte	1962 = 100	211	228	219	247	240	238	223	236	...
* Umsatz	1962 = 100	174	196	210	221	215	187	200	224	...
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	246	285	286	375	383	174	297	335	...
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	164	186	201	208	203	184	189	209	...
<b>Fremdenverkehr</b>										
in 286 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	257	261	244	333	331	151	249	...	...
* Auslandsgäste	1 000	56	54	43	70	78	18	46	...	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	949	988	854	1 163	1 312	598	921	...	...
* Auslandsgäste	1 000	131	134	100	153	200	42	110	...	...
<b>Verkehr</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterumschlag	1 000 t	3 150	3 099	3 812	3 734	3 706	3 561	3 499	3 752	...
* Güterempfang	1 000 t	1 547	1 555	1 902	1 861	1 853	1 773	1 824	1 923	...
* Güterversand	1 000 t	1 603	1 544	1 910	1 873	1 853	1 788	1 675	1 829	...
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 358	4 166	4 302	4 366	4 129	4 158	3 373	3 594	3 597
Ladung	1 000 t	2 764	2 604	3 232	3 238	3 308	2 808	2 790	3 095	3 031
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	67	65	76	75	83	68	81	86	84
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 709	4 580	4 950	4 570	4 499	4 709	3 915	4 101	3 672
Ladung	1 000 t	1 182	1 158	1 485	1 293	1 445	1 356	1 411	1 613	1 460
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	62	60	76	70	80	63	78	86	83
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 440	11 664	12 669	14 624	14 531	17 225	15 054	13 923	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	93	164	238	248	272	345	389	423	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	10 198	10 427	11 406	13 223	13 115	15 247	13 381	12 151	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	687	612	605	728	721	788	717	787	...
Zugmaschinen	Anzahl	398	391	342	347	355	742	482	474	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	416	449	514	664	807	588	801	730	...
<b>Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen</b>										
Beförderte Personen	1 000	26 272	28 074	26 989	27 596	27 265	29 770	25 215	29 438	...
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	22 828	23 892	23 287	23 299	22 519	24 102	22 195	23 844	...
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	2 997	3 674	3 307	3 628	3 872	5 313	2 597	4 884	...
Berufsverkehr	1 000	844	900	871	878	880	1 133	1 083	1 066	...
Gelegenheitsverkehr	1 000	447	508	395	669	874	355	423	710	...
Ausflugsfahrten	1 000	97	110	81	137	167	64	79	136	...
Ferienziel - Reisen	1 000	2	3	2	3	3	1	2	5	...
Mietwagenverkehr	1 000	348	395	312	529	704	290	342	569	...
Wagenkilometer	1 000	11 705	11 704	11 197	13 443	14 434	12 433	10 903	14 685	...
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>	Anzahl	7 235	7 595	7 480	8 358	8 190	6 716	7 559	8 415	7 783
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 825	1 912	1 865	2 101	2 248	1 685	1 776	2 222	2 112
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 410	5 683	5 615	6 257	5 942	5 031	5 783	6 193	5 671
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	4 393	4 470	4 476	4 945	4 639	3 873	4 515	4 774	4 403
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	1 017	1 213	1 139	1 312	1 303	1 158	1 268	1 419	1 268
* Getötete Personen	Anzahl	103	101	77	90	117	97	73	108	95
Pkw - Insassen	Anzahl	55	56	41	46	72	58	39	58	45
Fußgänger	Anzahl	28	24	19	25	23	25	16	17	18
* Verletzte Personen	Anzahl	2 639	2 759	2 693	3 080	3 221	2 304	2 618	3 142	3 033
Pkw - Insassen	Anzahl	1 769	1 859	1 794	2 075	2 057	1 545	1 838	1 950	1 869
Fußgänger	Anzahl	319	331	335	367	380	344	258	414	332
Schwerverletzte	Anzahl	913	946	936	1 081	1 081	801	824	1 038	1 016
Pkw - Insassen	Anzahl	552	587	561	657	617	478	502	576	556
Fußgänger	Anzahl	162	169	169	180	176	183	131	192	149
<b>Bundespost</b>										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	42 452	44 981	45 640	47 397	47 037	41 124	38 864	40 940	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 137	1 115	1 010	939	874	1 154	1 038	919	...
Telegramme	1 000	51	40	42	46	41	35	38	40	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1101 076	1108 815	1078 870	1157 930	1102 849	1192 828	1208 212	1335 652	...
Lastschriften	1 000 DM	1101 741	1103 065	1069 927	1159 690	1086 771	1199 442	1209 553	1319 591	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	18 444	22 352	19 967	21 274	21 914	23 328	22 887	21 779	...
Auszahlungen	1 000 DM	20 753	24 564	20 953	24 823	24 171	28 637	29 381	28 467	...
Hörfunk- und Fernsehteilnehmer 1)										
Tonrundfunk	1 000	1 073	1 099	1 085	1 087	1 089	1 105	1 104	1 107	...
Fernsehrundfunk	1 000	956	984	971	973	975	992	992	993	...

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973				
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
<b>Geld und Kredit</b>											
<b>Kredite und Einlagen 1)</b>											
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)											
* Kredite an Nichtbanken insgesamt 2)	Mill. DM	22 898	26 531	23 620	23 842	24 312	27 434	27 521	27 610	28 301	
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken 2)											
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	22 590	26 265	23 348	23 540	24 026	27 233	27 329	27 413	28 110	
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	5 658	6 552	5 786	5 693	5 941	6 933	6 895	6 755	7 207	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	5 479	6 407	5 601	5 550	5 731	6 735	6 713	6 620	6 970	
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	179	146	185	143	210	198	182	135	237	
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 906	3 365	2 963	2 991	3 049	3 437	3 457	3 501	3 547	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 670	2 996	2 710	2 725	2 777	3 056	3 106	3 149	3 150	
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	236	369	253	266	272	380	351	352	397	
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	14 026	16 348	14 599	14 856	15 035	16 862	16 977	17 156	17 357	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 862	12 539	11 285	11 431	11 571	12 883	13 036	13 185	13 269	
* Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken 2)	Mill. DM	3 164	3 810	3 314	3 425	3 464	3 980	3 941	3 971	4 088	
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	20 581	23 587	21 152	21 581	21 478	23 939	24 202	24 809	24 494	
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	7 125	8 355	7 236	7 547	7 331	8 584	8 846	9 466	9 222	
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 963	6 968	5 950	6 123	6 025	7 172	7 462	7 798	7 634	
* Spareinlagen	Mill. DM	1 162	1 388	1 286	1 424	1 306	1 412	1 384	1 669	1 588	
* bei Sparkassen	Mill. DM	12 013	13 742	12 462	12 578	12 688	13 849	13 845	13 828	13 752	
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	Mill. DM	7 502	8 479	7 740	7 805	7 854	8 558	8 560	8 547		
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	678	757	645	641	648	665	663	698	647	
	Mill. DM	557	617	521	536	553	683	667	721	743	
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>											
* Konkurse 4)	Anzahl	16	17	12	19	18	31	6	12	17	
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	6 041	3 639	2 326	2 974	3 196	8 530	1 642	4 610	8 175	
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	1	2	2	2	-	-	1	2	
* Wechselproteste 5)	Anzahl	1 578	1 536	1 510	1 739	1 643	1 404	1 496	1 643	1 434	
* Wechselsumme	1 000 DM	4 041	4 898	4 488	5 039	4 947	3 957	5 045	4 593	3 818	
<b>Steuern</b>											
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten</b>											
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	454 593	525 232	353 900	418 964	623 593	619 758	379 542	498 312	758 870	
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	290 364	341 080	193 176	260 153	456 559	478 750	208 745	317 163	561 519	
* Lohnsteuer 6)	1 000 DM	179 517	207 791	163 809	221 592	150 461	163 363	163 165	271 653	193 021	
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	26 593	31 436	-	94 349	-	-	-	97 172	-	
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	70 011	87 108	23 658	4 718	212 431	227 126	19 529	7 898	240 971	
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	9 032	6 980	406	1 816	5 030	1 039	2 463	3 632	2 801	
* Körperschaftsteuer 7)	1 000 DM	31 805	39 202	5 303	32 027	88 637	87 222	23 588	33 980	124 726	
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	8 341	8 305	-	29 452	-	-	-	16 432	-	
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	164 228	184 152	160 724	158 811	167 034	141 008	170 797	181 149	197 351	
* Umsatzsteuer	1 000 DM	124 447	136 255	122 731	121 918	130 506	104 263	129 604	116 604	139 164	
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	39 781	47 897	37 993	36 893	36 528	36 745	41 193	64 545	58 187	
* Bundessteuern	1 000 DM	94 786	108 701	112 776	113 995	104 978	113 032	89 775	108 844	94 144	
* Zölle	1 000 DM	8 301	7 806	4 851	4 534	5 206	6 053	5 782	11 669	10 055	
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	77 709	93 404	102 738	105 320	88 383	93 732	77 829	90 899	70 602	
* Landessteuern	1 000 DM	40 669	44 597	38 666	59 376	37 526	42 401	38 912	67 296	38 443	
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 302	9 969	1 456	24 389	1 570	2 232	1 718	27 055	1 883	
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	21 027	24 155	25 531	25 630	24 432	28 395	26 564	26 670	24 885	
* Biersteuer	1 000 DM	5 751	5 904	5 800	5 101	6 735	5 113	5 713	6 144	6 949	
* Gemeindesteuern 8)	1 000 DM	239 504	281 926	.	.	277 239	305 787	.	.	312 401	
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 597	8 552	.	.	10 430	4 785	.	.	9 924	
* Grundsteuer B 9)	1 000 DM	30 745	34 377	.	.	35 874	29 939	.	.	38 719	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) 10)	1 000 DM	163 951	198 901	.	.	193 730	224 200	.	.	219 186	
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	14 661	16 389	.	.	14 881	19 500	.	.	17 309	
<b>Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften</b>											
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	348 440	391 359	332 275	334 223	416 687	417 119	330 693	369 722	473 076	
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	127 715	149 914	83 466	114 236	202 876	212 040	91 584	139 012	250 380	
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	114 960	120 015	104 477	103 241	108 584	91 667	112 428	116 426	128 196	
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	10 979	12 730	31 556	2 751	249	380	36 906	5 440	356	
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	248 273	288 219	230 997	252 625	330 087	356 529	244 558	297 272	380 913	
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	127 715	149 897	83 466	114 236	202 861	212 040	90 305	138 523	248 452	
* Anteil an den Steuern v. Umsatz 11)	1 000 DM	68 910	80 995	77 309	76 262	89 451	101 708	78 435	86 013	93 662	
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	10 979	12 730	31 556	2 751	249	380	36 906	5 440	356	
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	282 132	328 353	.	.	326 051	323 565	.	.	371 045	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 12)	1 000 DM	98 274	122 457	.	.	124 603	210 032	.	.	132 748	
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	108 305	122 871	.	.	117 939	31 947	.	.	145 083	

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) 1970: Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen. - 11) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 12) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	288	312	311	.	.	.	336	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	314	341	340	.	.	.	367	.	.
* Facharbeiter	DM	335	364	363	.	.	.	389	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	305	329	330	.	.	.	355	.	.
Hilfsarbeiter	DM	262	287	281	.	.	.	310	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	190	208	205	.	.	.	222	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	180	197	196	.	.	.	211	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	6,54	7,15	7,09	.	.	.	7,76	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	6,99	7,64	7,56	.	.	.	8,26	.	.
* Facharbeiter	DM	7,43	8,15	8,07	.	.	.	8,74	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	6,78	7,37	7,31	.	.	.	8,01	.	.
Hilfsarbeiter	DM	5,85	6,38	6,24	.	.	.	7,03	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	4,72	5,18	5,13	.	.	.	5,64	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	4,44	4,87	4,83	.	.	.	5,30	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,8	43,6	43,9	.	.	.	43,3	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	45,0	44,5	45,0	.	.	.	44,4	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	40,2	40,1	40,0	.	.	.	39,4	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 540	1 680	1 661	.	.	.	1 933	.	.
* männlich	DM	1 388	1 517	1 503	.	.	.	1 714	.	.
* weiblich	DM	1 672	1 824	1 805	.	.	.	2 077	.	.
Technische Angestellte	DM	1 078	1 187	1 176	.	.	.	1 306	.	.
* männlich	DM	1 783	1 932	1 906	.	.	.	2 174	.	.
* weiblich	DM	1 835	1 989	1 961	.	.	.	2 220	.	.
* weiblich	DM	1 248	1 358	1 337	.	.	.	1 468	.	.
im Handel, Kredit und Versicherungs-										
ungen	DM	1 052	1 157	1 148	.	.	.	1 347	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	1 046	1 150	1 141	.	.	.	1 323	.	.
* männlich	DM	1 379	1 504	1 499	.	.	.	1 721	.	.
* weiblich	DM	824	915	903	.	.	.	1 018	.	.
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 312	1 433	1 422	.	.	.	1 657	.	.
* männlich	DM	1 189	1 301	1 291	.	.	.	1 472	.	.
* weiblich	DM	1 521	1 657	1 647	.	.	.	1 874	.	.
Technische Angestellte	DM	917	1 013	1 002	.	.	.	1 115	.	.
* männlich	DM	1 767	1 910	1 887	.	.	.	2 140	.	.
* weiblich	DM	1 820	1 968	1 943	.	.	.	2 189	.	.
* weiblich	DM	1 228	1 331	1 309	.	.	.	1 428	.	.
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung <sup>1)</sup>										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 124	1 122	1 128	1 127	1 124	1 105	1 107	1 108	1 107
Pflichtmitglieder	1 000	677	676	677	675	672	674	675	675	673
Rentner	1 000	361	366	366	367	367	368	368	369	370
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,8	4,9	4,6	4,2	4,7	6,0	5,3	5,5	5,0
Männer	%	4,9	5,0	4,6	4,5	4,8	6,2	5,4	5,6	5,2
Frauen	%	4,6	4,6	4,4	4,1	4,4	5,7	4,9	5,3	4,7
Arbeiterrentenversicherung <sup>2)</sup>										
Rentenempfänger	Anzahl	381 361	394 570	388 540	396 289	393 848	402 943	404 546	409 462	412 422
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	111 773	130 911	154 270	124 624	121 731	138 277	139 172	143 277	143 983
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	8 462	9 794	9 073	6 498	6 946	11 785	6 816	7 027	6 224
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	7 728	8 748	7 860	5 581	5 944	10 427	5 806	6 011	5 272
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	5 273	.	9 422 <sup>3)</sup>	.	.	.	.	.	.
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	4 924	.	8 687 <sup>3)</sup>	.	.	.	.	.	.
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	157	153	.	.	153	150	.	.	150
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	36 458	38 326	38 721	38 496	38 433	40 627	41 027	40 579	41 623

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung. - 3) Einschl. Nachzahlungen nach dem 15. Renten Anpassungsgesetz.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 284	61 669 <sup>p</sup>	61 575	61 604	61 632	...	...	...	...
Eheschließungen 1)	Anzahl	36 003	34 512 <sup>p</sup>	38 495 <sup>p</sup>	33 097 <sup>p</sup>	44 690 <sup>p</sup>	24 603 <sup>p</sup>	34 362 <sup>p</sup>	31 828 <sup>p</sup>	38 856 <sup>p</sup>
Lebendgeborene 2)	Anzahl	64 877	58 153 <sup>p</sup>	62 850 <sup>p</sup>	59 338 <sup>p</sup>	63 472 <sup>p</sup>	51 240 <sup>p</sup>	56 374 <sup>p</sup>	53 359 <sup>p</sup>	55 336 <sup>p</sup>
Gestorbene 3)	Anzahl	60 889	60 533 <sup>p</sup>	62 847 <sup>p</sup>	57 040 <sup>p</sup>	60 229 <sup>p</sup>	59 337 <sup>p</sup>	61 598 <sup>p</sup>	59 990 <sup>p</sup>	59 338 <sup>p</sup>
Geburtenüberschuß	Anzahl	3 988	- 2 381 <sup>p</sup>	3 <sup>p</sup>	2 298 <sup>p</sup>	3 243 <sup>p</sup>	- 8 097 <sup>p</sup>	- 5 224 <sup>p</sup>	- 6 631 <sup>p</sup>	- 4 002 <sup>p</sup>
Arbeitslose	1 000	185	246	268	231	208	347	287	241	211
Männer	1 000	101	141	155	123	108	219	169	128	105
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	19 985	20 028	20 252	.	.	.	20 332	.	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	308	292	305	281	329	262	283	293	288
Milcherzeugung	1 000 t	1 764	1 791	1 922	1 988	2 172	1 613	1 936	1 978	2 149
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 538	8 340	8 359	8 327	8 321	8 339	8 348	8 347 <sup>r</sup>	8 352
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	977	934	990	921	941	926 <sup>r</sup>	973	916	969
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	46 919	49 668	51 430	47 097 <sup>r</sup>	49 057	50 997	56 902	52 818 <sup>r</sup>	57 313
Auslandsumsatz	Mill. DM	9 166	9 950	10 314	9 344	9 764	10 813	12 262	11 095	12 369
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	160	166	166	175	172	178	177	188	182 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	161	167	167	175	171	181	179	189	182 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	159	164	164	173	169	176	175	186	180 <sup>p</sup>
Energiewirtschaft	1962 = 100	205	232	238	232	214	281	266	264	234 <sup>p</sup>
Bergbau	1962 = 100	102	94	94	97	94	102	98	96	93 <sup>p</sup>
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	163	169	169	178	175	181	180	192	186 <sup>p</sup>
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	182	191	190	199	196	207	209	220	219 <sup>p</sup>
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	159	162	164	173	169	177	175	188	182 <sup>p</sup>
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	154	163	165	175	166	176	173	184	166 <sup>p</sup>
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	1962 = 100	146	148	141	150 <sup>r</sup>	154	142	141	155	152 <sup>p</sup>
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	141	152	145	172 <sup>r</sup>	178	116	131	166	174 <sup>p</sup>
Steinkohlenförderung	1 000 t	9 233	8 539	9 023	8 393	8 688	8 680	9 221	7 732	8 328
Braunkohlenförderung	1 000 t	8 454	9 201 <sup>p</sup>	8 900	8 154	8 877	9 409	9 810	9 113	9 570
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 499	2 667	2 753	2 505	2 676	2 746	3 154	2 940	3 142
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 305	3 361	3 688	3 363	3 501	3 712	4 302	3 853	4 171
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 393	2 599	2 667	2 475	2 640	2 891	3 212	2 770	3 226
Stromerzeugung	Mill. kWh	21 379	22 898	23 896	21 849	21 458	25 190	26 571	...	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	6 878	7 191	7 532	6 946	6 633	7 683	8 059	7 395	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 544	1 533	1 525	1 552	1 564	1 437	1 486	1 517	1 530
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	213	210	217	219	236	154	189	202	231
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	5 586	6 170	4 964	4 883	5 484	4 366	5 076	5 138	5 607
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	58 785	64 039	61 199	66 688	63 798	51 568	65 900	...	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	188	204	206	189	199	187	219	218	221
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	...	111	112	104	111	112	128	120	130
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	148	158	148	155	167	139	166	164	181
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	10 010	10 729	11 244	10 339	11 175	11 802	12 358	11 608	13 048
Ausfuhr	Mill. DM	11 333	12 414	12 924	11 697	12 490	13 742	14 686	14 179	15 870
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	1 323	1 688	1 680	1 357	1 316	1 940	2 328	2 571	2 822

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal / Nm<sup>3</sup>.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1971	1972				1973			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	92	93	93	88	90	97	100	...	...
Binnenschifffahrt	1970 = 100	96	95	86	106	107	...	...	...	...
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	96	97	99	93	93	106	...	...	...
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	100	103	96	104	96	102	97	...	...
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	103	104	104	104	104	118	111	98	...
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	40 292	45 767	40 416	40 840	40 791	43 300	44 673	44 934	45 033 <sup>p</sup>
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	594 686	681 676	607 604	614 790	621 646	691 826	699 767	703 969	708 750 <sup>p</sup>
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	490 915	569 672	503 777	509 964	516 290	578 295	585 294	589 288	593 563 <sup>p</sup>
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	103 771	112 004	103 827	104 826	105 356	113 531	114 473	114 681	115 187 <sup>p</sup>
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	501 359	565 845	506 855	511 763	517 804	574 103	578 928	581 700	587 702 <sup>p</sup>
Spareinlagen	Mill. DM	230 284	261 673	236 436	239 038	240 915	263 960	263 693	263 739	263 150 <sup>p</sup>
Index der Aktienkurse	31.12.65 = 100	132,9	150,5	148,7	152,5	155,4	156,3	163,9	164,1	150,4
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	80,4	79,4	82,4	80,4	79,2	75,9	75,4	73,9	71,2
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	5 865	7 133	9 509	4 242	3 779	4 946	10 960	4 861	4 677
Lohnsteuer	Mill. DM	3 567	4 095	3 339	3 580	3 366	4 033	3 775	4 122	4 216
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	3 575	3 915	3 270	3 752	4 272	4 895	3 633	3 893	4 599
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 572	2 846	2 213	2 643	2 644	1 266	2 471	2 655	2 669
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 209	2 498	2 207	2 587	2 516	2 536	2 574	2 651	2 635
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	98,1	106,5	108,6	108,6	110,6	121,8 <sup>x</sup>	124,8	125,2 <sup>p</sup>	125,6 <sup>p</sup>
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	110,8	116,5	118,2	118,6	119,7	130,7	131,9	131,5	133,8
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	112,5	116,1	115,1	115,3	115,6	120,7	121,4	122,2	122,8
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	162,7	174,3	.	.	174,6	180,3	.	.	188,5
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	124,8	126,7	.	.	126,9	127,7	.	.	132,0
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1962 = 100	124,0	137,9	135,8	136,1	136,5	144,3	145,2	146,3	147,2
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	117,4	129,3	126,4	126,8	127,4	136,1	137,0	139,0	140,4
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	115,8	130,4	128,6	129,1	129,4	136,3	137,5	138,6	139,5
Wohnungsmiete	1962 = 100	163,4	183,1	180,6	181,3	181,9	190,1	191,2	191,8	192,7
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	127,4	143,7	142,9	141,1	140,9	153,1	153,3	151,5	152,2
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	114,1	126,4	125,8	125,6	125,8	131,2	131,7	131,6	132,2
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1962 = 100	118,1	133,3	132,0	132,2	132,4	140,0	141,3	142,3	142,5
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	140,9	159,8	157,0	157,9	158,7	166,9	168,0	169,4	170,6
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	129,4	142,3	140,8	141,3	141,6	147,3	148,3	149,2	149,5
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	121,0	132,2	130,3	130,5	130,7	136,2	136,9	137,4	137,8
Preisindex für die Lebenshaltung der 4-Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1962 = 100	123,7	137,9	135,6	135,9	136,5	144,4	145,4	146,7	147,8
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	108,6	116,9	.	116,5	.	.	.	...	.
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	110,1	120,5	.	119,5	.	.	.	...	.
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	110,9	120,6	.	119,5	.	.	.	...	.
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	111,3	122,0	.	120,7	.	.	.	...	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	98,1	97,0	.	97,6	.	.	.	...	.
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	98,9	98,7	.	99,0	.	.	.	...	.

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baubeneleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig).



### Zunahme der Erwerbstätigkeit nur in den süddeutschen Ländern

Ein Vergleich der Ergebnisse der Volkszählungen von 1961 und 1970 zeigt, daß die Zahl der Erwerbstätigen im gesamten Bundesgebiet um 0,8% auf 26 493 500 zurückgegangen ist. Diese Abnahme ist darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft um 44,5% und im Bereich des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung um 2,2% sank und diese rückläufige Entwicklung nicht durch Zunahmen in den anderen Bereichen ausgeglichen werden konnte. Am stärksten verminderte sich die Zahl der Erwerbstätigen in Hamburg (— 7,7%), Berlin-West (— 7,1%), dem Saarland (— 6,6%) und Rheinland-Pfalz (— 6,3%). Etwas geringer waren dagegen die Einbußen in Bremen (— 4,1%), Nordrhein-Westfalen (— 3,4%) und Niedersachsen (— 2,0%). Für die restlichen Bundesländer war demgegenüber ein leichter Zugang festzustellen, der für Baden-Württemberg und Bayern mit + 3,4 und + 3,3% etwa gleich hoch war, während er in Schleswig-Holstein nur + 1,5% ausmachte. Diese Ergebnisse kontrastieren zu der Entwicklung der Wohnbevölkerung, die sich — mit Ausnahme von Berlin-West und Hamburg — in allen Bundesländern erhöhte. Mehr über dieses Thema auf Seite 217.

### Krebs der Atmungsorgane nimmt weiter zu

Im Jahre 1972 verstarben insgesamt 43 914 Personen, welche ihren Wohnsitz in Rheinland-Pfalz hatten; das sind 119 auf 10 000 der Bevölkerung. 22 360 waren männlichen und 21 554 weiblichen Geschlechts, was den Sterbeziffern 126,9 und 112,1 entspricht. Diese Werte haben gegenüber 1971 eine nur unbedeutende Veränderung erfahren. Den für das Bundesgebiet ermittelten vorläufigen Sterbeziffern zufolge lag die Gesamtsterblichkeit in Rheinland-Pfalz im Jahre 1972 etwas über dem Bundesdurchschnitt (117,8). Dies ist ausschließlich durch eine auf Bundesebene geringere Männersterblichkeit (124,0) bedingt.

Nach wie vor häufigste Todesursache bilden die Erkrankungen des Kreislaufsystems (12 767). Sie wurden im Berichtsjahr bei 29% der Gestorbenen als Grund ihres Ablebens diagnostiziert. Etwas rückläufig waren die innerhalb dieser Todesursachenkategorie unter den dominierenden Herzkrankheiten (83%) nachgewiesenen Erkrankungen der Herzkranzgefäße, für welche sich eine Mortalitätsziffer von 14,9 (1971: 16,3) ergab. Allerdings blieb die Sterblichkeit infolge akuter Herzmuskelinfarkte (11,0) unverändert hoch. Mit einem Fünftel aller Sterbefälle des Jahres 1972 stellen die 8 775 an bösartigen Neubildungen Gestorbenen (23,8 auf 10 000 Lebende) die zweitgrößte Todesursachengruppe. Obwohl die Krebssterblichkeit insgesamt gesehen keine Zunahme erfahren hat, stiegen die Neubildungen der Atmungsorgane (1 524) weiterhin an. Einer zumeist altersbedingten Hirngefäßkrankheit erlagen 7 989 Personen, das sind 18% der Gestorbenen. Krankheiten der Verdauungsorgane führten in 2 524 Fällen (5,7%), zum größten Teil infolge einer Leberzirrhose (1 184), zum Tode. Die das Bild des infektiösen und parasitären Krankheitsgeschehens bestimmende Tuberkulose wurde in 276 Fällen als Todesursache angegeben. Sowohl bei der Mütter- als auch der Säuglingssterblichkeit ergaben sich im Berichtsjahr mit 0,3 und 24,1 Sterbefälle auf 1 000 Lebendgeborene relativ günstige Werte. Zahlenmäßig fast unverändert blieben gegenüber 1971 die tödlichen Unfälle (2 346), zi-

### Einkommensniveau der Arbeitnehmer in regionaler Gliederung

Die Aktionsprogramme, in welchen die Förderungsmaßnahmen des Bundes und der Länder erstmals vereinheitlicht wurden, umfassen für das erste 5-Jahres-Programm mehr als 50% des Gebietes der Bundesrepublik, in dem rund ein Viertel der Bevölkerung wohnt. Diese Daten lassen erkennen, daß die Grenzen einer sinnvollen Förderung erreicht, wenn nicht schon überschritten sind. Eine Neuabgrenzung der Förderungsräume ist folglich zwingend geboten, wobei eine umfassende statistische Information erforderlich ist, um eine optimale Konzeption entwickeln zu können. Die kombinierte Darstellung der Eckwerte der Volks- und Arbeitsstättenzählung 1970 in branchenmäßiger und regionaler Untergliederung will hier eine brauchbare Hilfestellung bieten. Im Mittelpunkt dieser Sonderaufbereitung stehen die erstmals für das Jahr 1969 erfaßten Lohn- und Gehaltssummen, mit deren Hilfe eine branchenmäßige und regionale Einkommensdifferenzierung möglich wird. Diese für die gesamte Bundesrepublik im Rahmen einer Sonderuntersuchung für Mittelbereiche zu erstellenden Ergebnisse wurden für Rheinland-Pfalz ergänzt um eine Ergebnisdarbietung nach verbandsfreien und Verbandsgemeinden, wobei diese Daten auch für weitere Untersuchungen von Erkenntniswert sein dürften. sp

Mehr über dieses Thema auf Seite 210.

### Zunehmende Verbesserung der Straßenqualität

Der in den letzten Jahren stark angestiegene Kraftfahrzeugverkehr machte auch in Rheinland-Pfalz eine erhebliche Verbesserung der Straßen erforderlich. Während 1961 noch die ungeschotterten Fahrbahnen und wassergebundenen Decken mit 29,5% den größten Anteil an der Gesamtlänge der öffentlichen Straßen hatten, nahmen 1971 bereits die mittelschweren bituminösen Beläge mit 33,1% den ersten Platz ein. Die einfachen Deckenbauweisen waren dagegen nur noch mit 9,1% beteiligt. Gleichzeitig wurden zunehmend breitere Straßen gebaut bzw. bestehende Straßen verbreitert. So erhöhte sich die Gesamtlänge der Straßen mit 6 m Fahrbahnbreite und mehr seit 1966 um 1 800 km oder 34,3%. mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 233.

### Geringes Wachstum des Fremdenverkehrs in 1972

In den 286 rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden wurden am 1. April 1972 insgesamt 3 441 Beherbergungsbetriebe mit 79 565 Betten gezählt. Einschließlich Privatquartieren standen dem Fremdenverkehr 100 722 Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung. Das sind 3,6% mehr als ein Jahr zuvor. Am stärksten trugen mit einem Anteil von 26% wieder die Heilbäder zu diesem Ergebnis bei, die mit einem Bettenbestand pro 100 Einwohner von 11,8 ebenfalls an erster Stelle standen. Hinsichtlich des Wachstums ihres Bettenangebots (+ 2,2%) kamen sie jedoch erst hinter den Großstädten, Luftkurorten (jeweils + 6,4%) und Erholungs-orten (+ 5,9%).

Die Zahl der übernachtenden Gäste erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,6% auf 3,1 Mill., die der Übernachtungen um 4,1% auf 11,9 Mill. Die Ausnutzung der vorhandenen Bettenkapazität lag im Jahresdurchschnitt mit 32,2% wieder unter dem Bundesdurchschnitt (35,1%). mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 229.



### **Ernteaussichten unterschiedlich**

Nachdem gut die Hälfte der Vegetationsperiode abgelaufen ist, können aufgrund von Vorschätzungen und allgemeinen Beurteilungen für die wichtigsten Fruchtarten Prognosen über die zu erwartenden Erntemengen gegeben werden. Der Witterungsverlauf gestaltete sich für verschiedene Kulturpflanzen zeitweise weniger günstig und bewirkte im Frühjahr einen späten Vegetationsbeginn sowie Ende Juni/Anfang Juli durch Trockenheit und Hitze eine Beeinträchtigung des Wachstums.

Nach anfänglich recht gutem Wachstumsstand traten beim Getreide vor allem auf leichteren Böden Notreifeerscheinungen auf, welche die Erntemengen merklich reduziert haben dürften. Nach ersten Vorschätzungen werden die Hektarerträge daher etwas unter den Rekordergebnissen des Vorjahres bleiben. Da erstmals seit vielen Jahren auch die Anbaufläche eingeschränkt worden ist, wird die Getreideernte insgesamt ebenfalls das Ergebnis von 1972 nicht erreichen.

Die Reben entwickelten sich trotz eines verspäteten Austriebs sehr vorteilhaft und kamen auch gut durch die Blüte. Gebietsweise aufgetretene Welkeerscheinungen zu Anfang Juli sind inzwischen wieder überwunden. Anfang August bestehen daher für den kommenden Weinherbst aufgrund eines fortgeschrittenen Entwicklungsstandes und eines günstigen Traubenansatzes sowohl in qualitativer und in quantitativer Hinsicht recht gute Aussichten. Bei weiterhin normalem Witterungsverlauf dürften Menge und Güte des letzten Jahres deutlich übertroffen werden. tg

Mehr über dieses Thema auf Seite 220.

### **Leicht angestiegene Milchproduktion im 1. Halbjahr 1973**

Im ersten Halbjahr 1973 wurden in Rheinland-Pfalz nahezu 500 000 t Kuhmilch erzeugt. Das sind 0,6% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zunahme resultiert aus der erneut gestiegenen Durchschnittsleistung der Kühe, für die sich im Berichtszeitraum ein Monatsmittel von 331 kg je Kuh gegenüber 327 im Vorjahr errechnete. Mit überdurchschnittlichen Leistungen waren hierbei vor allem wieder die der Milchleistungskontrolle unterliegenden Tiere beteiligt, die eine Einzelleistung von 368 kg je Kuh und Monat erbrachten.

Von der erzeugten Milchmenge wurden annähernd 420 000 t oder 84,2% an Molkereien abgesetzt, die damit 12 000 t mehr aufnahmen als in der ersten Hälfte des Vorjahres (+ 2,9%). Dagegen ging der Milchverbrauch in den Erzeugerbetrieben zurück. Der zur Verfütterung gelangte Anteil belief sich auf rund 41 000 t und war absolut und relativ kleiner als im Vorjahr (— 4,7%). Das gleiche gilt für die zum Frischverbrauch und zur Landbutter- oder Käseherstellung in den Erzeugerhaushalten benötigte Menge, die mit 24 800 t um ein Siebentel unter dem Vorjahresverbrauch lag. Der Rückgang des auf diesen Verwendungsposten entfallenden Mengenanteils dürfte seine Ursache im wesentlichen in dem sich auch 1973 fortsetzenden Schwund an Betrieben haben. Weniger Milch als im Vorjahr, nämlich 13 300 t wurde auch für sonstige, im einzelnen nicht näher bezeichnete Verwendungszwecke, wie Direktabgaben an Verbraucher, bereitgestellt (— 17,3%). po

### **Mehr Rinder, Schweine und Schafe**

Nach der am 4. Juni 1973 durchgeführten repräsentativen Viehzwischenzählung waren in Rheinland-Pfalz am Erhebungstichtag rund 708 000 Rinder, 762 000 Schweine und 96 000 Schafe vorhanden.

Die Zahl der Rinder nahm nach einer längeren Rückgangperiode erstmals wieder zu und übertraf den Bestand zur gleichen Zeit des Vorjahres um 1,5%. An der Zunahme waren mit Ausnahme der Kälber, deren Zahl mit annähernd 80 000 um 4,2% zurückging, alle Alters- und Nutzungsgruppen beteiligt. Der Bestand an Milchkühen wurde um 0,6 und der an Färsen um 6,4% ausgedehnt.

Im Gegensatz zu der Vergrößerung des Bestandes ging die Zahl der Betriebe mit Rindern weiter zurück. Mit annähernd 48 000 war sie um 7,4% kleiner als vor Jahresfrist. In etwa gleichem Verhältnis nahm die Zahl der Milchkuhhalter ab, die sich auf rund 41 000 reduzierte. Der durchschnittliche Rinderbestand je Betrieb stieg auf 14,8 Tiere gegenüber 13,5 im Juni des Vorjahres.

Bei Schweinen konnte eine Zunahme der Bestände gegenüber Juni des Vorjahres um rund 54 000 Tiere oder 7,6% beobachtet werden. Dabei stieg die Zahl der Ferkel um 6,5 und die der Jungschweine um 9,2% an. Schlacht- und Mastschweine gab es um 5,2% mehr als vor Jahresfrist und der Bestand an Zuchtsauen erhöhte sich um 5,3%. Bemerkenswert ist im Hinblick auf die künftige Ferkelproduktion hierbei die größere Zahl der trächtigen Tiere (+ 4,6%).

Die Zahl der Schweinehalter reduzierte sich im gleichen Zeitraum um fast 2 000 oder 3,2%.

Der Schafbestand wies eine neuerliche Zunahme auf und war um 7,6% größer als vor Jahresfrist, womit sich die Anstiegstendenz weiter fortsetzte.

Die Zahl der Schafhalter nahm um 12% zu, was auf einen vermehrten Anteil der Haltungen mit Einzeltieren schließen läßt. po

### **Schlachtungen im 1. Halbjahr 1973 weiter rückläufig**

Im ersten Halbjahr 1973 wurden in Rheinland-Pfalz 87 000 Rinder, 4 600 Kälber, 573 000 Schweine und 3 100 Schafe geschlachtet. Im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 1972 waren das 15 000 Rinder (— 15%), 3 900 Kälber (— 46%) und 22 000 Schweine (— 3,7%) weniger. Bei den Rindern resultiert der Rückgang fast ausschließlich aus der starken Abnahme der Bullen- und Färsenschlachtungen. Die Zahl der Kuhschlachtungen blieb dagegen nur geringfügig hinter dem Vorjahresergebnis zurück.

Die Durchschnittsschlachtgewichte stiegen bei Rindern von 284 auf 298 kg, bei Kälbern sogar von 81 auf 94 kg. Darin werden die Bestrebungen zu stärkerer Ausmästung deutlich. In besonderem Maße zeigt sich das bei den sprunghaft angestiegenen Kälbergewichten. Bei der zugunsten der Aufzucht stark zurückgetretenen Kälbermast wird so der Rückgang an Schlachttieren zum Teil kompensiert.

Die insgesamt gewonnene Schlachtmenge lag mit rund 73 500 t um 7,2% unter dem vergleichbaren Vorjahresergebnis. Davon entfielen 26 000 t auf Rind-, 47 000 t auf Schweine- und 400 t auf Kalbfleisch.

Die Schlachtviehimporte beliefen sich auf gut 2 000 Rinder und 24 000 Schweine. Das war das Zweieinhalbfache an Rindern und fast das Dreifache an Schweinen gemessen an den Zahlen von 1972. po



Soeben ist in der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz erschienen

**B a n d 256**

**SOZIALHILFE, KRIEGSOPFERFÜRSORGE  
UND ÖFFENTLICHE JUGENDHILFE  
IN RHEINLAND-PFALZ 1971**

Umfang 103 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 6,50

Die Veröffentlichung enthält in weitgehender fachlicher Gliederung wichtige Ergebnisse aus den amtlichen Jahresstatistiken der Sozialhilfe, der Kriegsopferfürsorge und der Jugendhilfe.

Die mit einem ausführlichen Kommentar versehenen Ergebnisse vermitteln einen Einblick in die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung auf den genannten Gebieten. Sie dienen nicht zuletzt als Arbeitsgrundlage für die Sozialämter und Jugendämter der Kreise und kreisfreien Städte. Die Einzelmeldungen der erwähnten Stellen und die Berichte der überörtlichen Träger waren Grundlage der Datenaufbereitung.

Von besonderer Bedeutung ist der Nachweis, daß auf fürsorgerische Maßnahmen auch in Zeiten allgemeinen Wohlstands nicht verzichtet werden kann, die Erfassung von Umfang und Struktur der Hilfetätigkeit also erforderlich ist, um eine sinnvolle Planung von Hilfsmaßnahmen zu ermöglichen.

**Zeichenerklärungen**

— = nichts vorhanden	$\phi$ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ \* 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz \* Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,— Jahresabonnement DM 20,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (02603) \* 711. Telex 869 007 la ems, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.